

Journal für Generationengerechtigkeit

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen



Thema: Junge Generation unter Druck?

Inhaltsverzeichnis

Thema: Junge Generation unter Druck?		Rezensionen	
Editorial	51	Martin Kronauer / Gudrun Linne: Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität	81
Die ‚rush hour‘ des Lebens und die Bedeutung der Familienarbeit und ihrer Aufteilung <i>von Harald Lothaller</i>	52	Ankündigungen und Interna	
Unsicherheiten und Belastungen in frühen Lebensphasen als Herausforderung für die Gestaltung einer lebenslauforientierten, nachhaltigen Sozialpolitik <i>von Prof. Dr. Ute Klammer</i>	57	Aufruf für Artikel: Die Rechte von Kindern und Jugendlichen – mit dem Schwerpunkt auf Wahlrecht	83
Mutterschaft im höheren Alter: Eine überfällige Revolution? <i>von Dr. Tomáš Sobotka</i>	63	Aufruf für Artikel: Generationengerechtigkeit und die Geißel des Krieges	83
Veränderungen im Wohlfahrtsstaat: ungleiche Lebensstandards und -chancen der verschiedenen Kohorten <i>von Prof. Dr. Louis Chauvel</i>	68	Aufruf für Artikel: Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation in der Parteiendemokratie	84
Altersgruppen und Generationen – Konfliktlinien und Integrationspotential <i>von Prof. Dr. Martin Kohli</i>	75	Neuigkeiten	84
		Impressum	85
		Mitgliedsantrag	86

Die Gutachter dieser Ausgabe (in alphabetischer Reihenfolge):

Prof. Dr. Bruce Edward Auerbach: ist außerordentlicher Professor für Politikwissenschaft am Albright College in Reading, Pennsylvania (USA).

Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink: hat zur Zeit eine Professur für Industrie- und Organisationssoziologie am Institut für Gesellschaftswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main inne.

Dr. Ingolfur Blühdorn: ist außerordentlicher Professor für Politik und Politische Soziologie an der Universität Bath (UK).

Prof. Dr. Birgit Geissler: ist Professorin für Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld.

Prof. Dr. Edeltraud Günther: ist Professor für betriebliche Umweltökonomie an der TU Dresden.

Dr. Marga Günther: leitet seit 1996 den Lehrstuhl für Betriebliche Umweltökonomie an der TU Dresden.

Dr. Ulrike Jureit: ist Historikerin am Hamburger Institut für Sozialforschung.

R. Andreas Kraemer: Er ist Geschäftsführer des Ecologic Instituts in Berlin, Chairman des Ecologic Instituts in Washington DC sowie Visiting Assistant Professor der Duke University.

Prof. Dr. Kurt Lüscher: ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Konstanz.

Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling: ist emeritierter Professor am Kiel Institute of World Economics.

Nira Lamay Rachlevsky: Sie ist Rechtsanwältin und seit 1998 Mitglied des Israelischen Gerichts. Lamay-Rachlevsky arbeitet für den Knesset als Rechtsberaterin zwei parlamentarischer Ausschüsse.

Dr. Gotlind Ulshöfer: ist Programmdirektorin für Ökonomie- und Wirtschaftsethik und Geschlechterfragen an der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Sie lehrt Ethik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a.M.

Dieses Heft nimmt die junge Generation aus zwei Perspektiven in den Blick: Zeit- und Geldknappheit. Obwohl die Lebenserwartung kontinuierlich steigt, klagen viele Menschen darüber, immer weniger Zeit zu haben. Dies gilt speziell für die ‚rush hour‘ des Lebens, also den Lebensabschnitt zwischen den Mittzwanzigern und den späten Dreißigern, in dem Personen beiderlei Geschlechts gleichzeitig die Anforderungen von Beruf/Karriere und Familiengründung bewältigen sollen. In Bezug auf die finanzielle Situation deutet vieles darauf hin, dass die Kohorten, die heute im jungen Erwachsenenalter sind, im Verlauf ihres Berufslebens nicht mehr dieselben Einkommenszuwächse zu erwarten haben wie ihre Vorgängergeneration. Dies hat wiederum Auswirkungen auf ihre reproduktiven Entscheidungen.

Die SRzG richtete zu diesem Themenkomplex ein Symposium vom 4. bis 6. Juli 2008 im WannseeForum in Berlin aus. Die Veranstaltung wurde von der VW Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Haniel Stiftung finanziell sowie von Bionade mit Freigetränken gefördert. Die SRzG führte ihre Auseinandersetzung mit dem Thema nach Abschluss des Symposiums fort. Als Ergebnis wird unter anderem Ende 2009 ein Sammelband beim renommierten Wissenschaftsverlag Springer erscheinen.

Den Reigen der Beiträge eröffnet Harald Lohaller (Universität Graz), der einleitend einen kurzen Überblick über das so genannte Phänomen der ‚rush hour‘ des Lebens gibt. Basierend auf den Daten aus mehreren europäischen Staaten präsentiert er Statistiken über die Zeit, die für verschiedene Aufgaben verwendet wird, und über die Aufteilung dieser Aufgaben bei Doppelverdiener-Paaren mit kleinen Kindern.

Der zweite Hauptartikel, verfasst von Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen), beschäftigt sich mit der ungesicherten Arbeitsmarkteinbindung der jungen Generation, die gerade während der ‚rush hour‘ des Lebens einen großen Einfluss auf die Entscheidung zur Familiengründung hat. Klammer diskutiert auch Ansätze für eine lebenslauforientierte und nachhaltige Sozial-

politik, die den Belastungen entgegensteuern soll.

Dr. Tomáš Sobotka (Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) konzentriert sich in seinem Artikel auf die späte Mutterschaft als einen Weg, um die ‚rush hour‘ des Lebens zu entzerren. Er zeigt auf, dass vor allem für höher qualifizierte Frauen das Verschieben der Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt zunehmend zur präferierten Option wird. Der Beitrag bespricht deshalb auch die Maßnahmen, die die Politik zur Unterstützung von (späten) Schwangerschaften setzen könnte.

Der Artikel von Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (Universität Bamberg) konzentriert sich auf die Arbeitsmarktsituation von jungen Berufseinsteigern. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass diese Gruppe zu den ‚Verlierern‘ der Globalisierung gehört. Junge Menschen, die über wenig Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt verfügen und ungesicherten Arbeitsverhältnissen ausgeliefert sind, sind den Auswirkungen der Globalisierung stärker ausgesetzt als ihre älteren Kollegen.

Der Beitrag von Prof. Dr. Louis Chauvel (Sciences Po, Paris) dreht sich um die Einkommensverhältnisse verschiedener Kohorten in Frankreich. Im Jahr 1977 verdiente ein Dreißigjähriger im Durchschnitt 15 Prozent weniger als ein Fünfzigjähriger, heute verdient er 40 Prozent weniger. Chauvel analysiert, dass korporatistische Wohlfahrtsstaaten (zu dem auch Deutschland gehört) die institutionalisierten Besitzstände der eingesessenen Arbeitnehmerschaft auch bei zunehmender internationaler Konkurrenz schützten - auf Kosten der Jungen, die dies letztlich finanzieren. Lange war umstritten, ob jüngere Kohorten den erschwerten Berufseinstieg (Praktikaschleifen, Zeitverträge, vermehrte Phasen von Arbeitslosigkeit) in ihren späteren Lebensabschnitten wieder aufholen werden, so dass sich am Ende ihres Lebens ihr Lebenszeiteinkommen nicht mehr von dem früherer Kohorten unterscheidet. Chauvel rechnet nun vor, dass die ‚Narben‘ im Lebenslauf keineswegs wieder verheilen.

Der nächste Artikel, verfasst von Prof. Dr. Martin Kohli (European University Institute),

hinterfragt, ob es wirklich einen Bruch zwischen den Generationen gibt. Kohli untersucht, ob und wie sich diese mögliche Bruchlinie manifestiert und welche Institutionen als Mediatoren zwischen den einzelnen Generationen wirken.

Mit diesem Heft greift die SRzG Themen auf, die bisher in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt werden. So ist die zunehmende Spreizung der Einkommen zwischen Alt und Jung in Tarifverhandlungen oder Parteiprogrammen bisher kein Thema. Wie die Einkommen von jungen und alten Arbeitnehmern auseinanderdriften zeigt aber ein Beispiel ganz exemplarisch: Die Abschaffung des Senioritätsprinzips im Bereich der Professoren-Vergütungen zum 1.1.2005. Dies war an sich richtig, führt jedoch nach heutiger Rechtslage dazu, dass die Einkommen der Generationen auseinanderdriften. Ein nach dem 1.1.2005 im Rahmen der W-Besoldung berufener Professor erleidet dadurch einen Lebenszeiteinkommensverlust von bis zu 400.000 € gegenüber seinem kurz vorher im Rahmen der C-Besoldung berufenen Kollegen.

Ältere bekommen im öffentlichen Dienst, wie in vielen Branchen der Privatwirtschaft, mehr Lohn, genießen einen deutlich besseren Kündigungsschutz, haben mehr Urlaub und müssen weniger Arbeitsstunden pro Woche leisten als ihre jüngeren Kollegen, obwohl alle die gleiche Arbeit erledigen. Dies ist ein Nachteil für die Jungen, die vielleicht eine Familie gründen wollen und dazu ein relativ hohes verfügbares Einkommen und stabile Perspektiven für ihr Leben brauchen.

In der aktuellen Ausgabe finden sich ebenfalls die Call for Papers der JfGG zu anstehenden Ausgaben mit den Themen Kinderrechte, Geißel Krieg und Kooperation in der Parteidemokratie. Weiterhin werden Neuzugänge und Abgänge im Redaktionsbeirat der Zeitschrift bekanntgegeben.

Eine ansprechende Lektüre wünscht

Ihr
Jörg Tremmel
Chefredakteur



Die ‚rush hour‘ des Lebens und die Bedeutung der Familienarbeit und ihrer Aufteilung

Harald Lothaller (Übersetzung: Katharina Pöllmann)

Abstract: Der Artikel gibt einleitend einen kurzen Überblick über das so genannte Phänomen der ‚rush hour‘ des Lebens. Gemeint ist damit der Lebensabschnitt, wenn Personen gleichzeitig ins Berufsleben einsteigen und eine Familie gründen, und daher auch gleichzeitig mit den Anforderungen aus verschiedensten Lebensbereichen, wie eben der Familie und dem Beruf, konfrontiert werden. Der Artikel fokussiert danach auf das Thema der Familienarbeit als wichtigem Bereich des täglichen Lebens einer Person, die sich in der ‚rush hour‘ des Lebens befindet. Basierend auf den Daten aus mehreren europäischen Staaten werden Informationen über die Zeit, die für verschiedene Aufgaben verwendet wird, und über die Aufteilung dieser Aufgaben bei Doppelverdiener-Paaren mit kleinen Kindern, präsentiert. Schließlich werden jene Faktoren diskutiert, die zu einer mehr oder weniger (un)ausgeglichenen Aufteilung von Familienarbeit zwischen den beiden Geschlechtern beitragen und, auf einem allgemeineren Niveau, Ausgangspunkt für Strategien sein können, um die ‚rush hour‘ des Lebens zu erleichtern.

Was ist die ‚rush hour‘ des Lebens?

Während des letzten Jahrzehnts manifestierte sich ein neuer Begriff sowohl in politischen als auch in wissenschaftlichen Diskussionen – die ‚rush hour‘ des Lebens.¹ Doch was ist damit gemeint? Beschreibt hier nicht lediglich ein neuer Begriff ein altes Phänomen? Ich behaupte, dass dem nicht so ist – zumindest nicht zur Gänze. Natürlich hat es auch in früheren Tagen schon lebenslaufbedingte Stressfaktoren und Lebensphasen mit allerlei Schwierigkeiten für die Menschen gegeben. Aber ich werde versuchen zu definieren, was die ‚rush hour‘ des Lebens ist, und dadurch zu erklären, wieso es sich nicht nur um einen neuen Begriff handelt, sondern um ein neues Phänomen, das Ende des 20. Jahrhunderts aufgetaucht ist – und uns auch in der Zukunft beschäftigen wird. Ein Indiz dafür ist, dass sich auch der Siebente Familienbericht,² erstellt von einer Gruppe bekannter Experten im Bereich der Familienforschung und -politik und in Auftrag ge-

geben von der Deutschen Bundesregierung, mit der ‚rush hour‘ des Lebens beschäftigt und die Bedeutung dieses Phänomens, sowohl für die betroffenen Personen als auch auf gesellschaftlicher Ebene, unterstreicht.

In sehr einfachen Worten kann man sagen,

Wir erreichen jeden Lebensabschnitt als Neuling.

/ François Duc de La Rochefoucauld /

dass Individuen drei Lebensabschnitte durchlaufen: am Anfang werden sie geboren, wachsen heran, gehen in die Schule und werden ausgebildet. Dann steigen sie ins Berufsleben ein und machen Karriere und/oder gründen eine Familie. Am Ende gehen sie in Pension und eines Tages sterben sie.

Bei einem historischen Vergleich können wir drei Dinge feststellen: Erstens stieg in den letzten Jahrzehnten die durchschnittliche Ausbildungsdauer an³ mit der Auswirkung, dass immer mehr Personen eine höhere (und deshalb längere) Ausbildung vorzuweisen haben.⁴ Zweitens betraten mehr und mehr Frauen den Arbeitsmarkt und frühere traditionelle Aufgabenteilungen (d.h. Männer als Ernährer der Familie und Frauen, die sich um die Familienangelegenheiten kümmern) sind dadurch überholt.⁵ Drittens stieg die Lebenserwartung.⁶ Als Folge davon dauert es länger bis Individuen den ersten Lebensabschnitt beenden, während sie später mehr Zeit haben, um den dritten Lebensabschnitt zu genießen. Dazwischen befindet sich jedoch eine verkürzte Zeitperiode, in der man mit vielerlei Belastungen zurechtkommen muss und die teilweise unumkehrbare Auswirkungen hat: Wer bis Anfang Vierzig noch keine Kinder hat, bleibt in der Regel gänzlich kinderlos. Wer bis dahin nicht ins Berufsleben eingestiegen ist, wird in diesem Kontext vieles nicht mehr aufholen können. Deshalb definiere ich die ‚rush hour‘ des Lebens als den

bestimmten Lebensabschnitt zwischen den Mittzwanzigern und den späten Dreißigern, in dem Personen beiderlei Geschlechts, die gerade ihre (höhere) Ausbildung beendet haben, sowohl ins Berufsleben einsteigen als

auch eine Familie gründen und daher gleichzeitig die Anforderungen von Beruf/Karriere und Familie bewältigen müssen, und der in verschiedener Hinsicht eine entscheidende Rolle für den Rest ihres Lebens spielt.

Auch frühere Generationen mussten mit ähnlichen Problemen fertig werden. Durch das frühere Ende des ersten Lebensabschnitts hatte man aber vermutlich weniger Zeitdruck dabei, ins Berufsleben einzusteigen und eine Familie zu gründen, oder eventuell sogar ausreichend Zeit, um das eine nach dem anderen zu tun. Außerdem waren die Aufgabenbereiche im Sinne traditioneller Geschlechterrollen eher noch stärker zwischen den Geschlechtern aufgeteilt. Dementsprechend waren Frauen eher mit familiären Verpflichtungen beschäftigt und Männer verfolgten eher ihre Karriere, aber nicht beides zugleich von beiden Partnern. Ich wage zu behaupten, dass die ‚rush hour‘ des Lebens, so wie sie aktuell zu beobachten ist, ein neues Phänomen ist, da sich die Situation in diesem Lebensabschnitt für die gegenwärtige Generation anders darstellt als für frühere Generationen. Gleichwohl dürfen wir nicht übersehen, dass es auch heutzutage Personen gibt, die keine höhere sekundäre oder tertiäre Ausbildung haben und relativ jung in den Arbeitsmarkt eintreten. Folgerichtig durchläuft also nicht jeder Person der gegenwärtigen Generation eine ‚rush hour‘ des Lebens. Die Anzahl von höher gebildeten Menschen steigt allerdings allgemein an⁷ und die Gruppe jener Personen, die die ‚rush hour‘ des Lebens durchmachen, wird damit immer größer.

Wieso sollen wir uns mit der ‚rush hour‘ des Lebens befassen?

Niemand würde abstreiten, dass es schon immer harte Zeiten im Leben eines jeden gegeben hat und frühere Generationen mit entscheidenden historischen Ereignissen umzugehen hatten. Der Grund, wieso wir die Wichtigkeit dieses Phänomens hervorheben, ist, dass sich hier die Konsequenzen der Situation eines Individuums bzw. eines Paares nicht auf die betroffenen Personen allein beschränken, sondern sich schnell und

häufig auf ein gesellschaftliches Niveau ausweiten. Dieser Umstand lässt sich zum Beispiel an kinderbezogenen Indikatoren wie der Fertilitätsrate oder dem Alter von Frauen bei der Erstgeburt zeigen. Die Entscheidung, ob und wann man ein Kind bekommt, obliegt hauptsächlich dem Paar. Es ist eine Entscheidung, die im zweiten Lebensabschnitt getroffen werden muss und

Die Zukunft des Volkes hängt nicht von der Zahl der Kraftwagen ab, sondern von der Zahl der Kinderwagen.

/ Kardinal Josef Frings /

die sehr eng mit dem Abschluss der Ausbildung und mit den Berufen/Karrieren der potenziellen Eltern verbunden ist. Damit sind wir nun mitten drinnen im Thema der ‚rush hour‘ des Lebens bzw. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Rückgang der Fertilitätsrate stellt in den meisten westlichen und anderen Industriestaaten ein ernstes Problem für diese Gesellschaften dar: vom Mangel an jungen Arbeitskräften in naher Zukunft bis hin zu einem Anstieg des Altenquotienten und dem daraus resultierenden Problem der Finanzierung sozialer Leistungen.⁸ Seit 2000 liegt in jedem der EU-Staaten die Gesamtfertilitätsrate konstant unter dem Ersatzniveau von 2.1 Kindern pro Frau.⁹

Ein Konzept, das in Diskussionen über soziale Trends, Geburtsraten oder Strategien für die Zukunft häufig herangezogen wird, ist die so genannte ‚work/life balance‘. Dieser Begriff wurde in den letzten 25 Jahren geprägt und ist inzwischen allgemein gebräuchlich. Der Begriff ‚work/life balance‘ suggeriert jedoch, dass der Beruf etwas anderes als das Leben sei. Daher werde ich das Konzept zwar verwenden, es aber ‚life-domains balance‘ nennen, da Beruf, Familie und Partnerschaft, Ausbildung, Freizeit etc. verschiedene Lebensbereiche darstellen, die in einem ausgewogenen Verhältnis miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Gerade in einer Lebensphase, in der zwei große Lebensbereiche wie Beruf und Familie entscheidenden Veränderungen unterliegen, also in der ‚rush hour‘ des Lebens, scheint es unumgänglich diese Bereiche in Balance zu halten.

Die Aufteilung der Familienarbeit

Familienarbeit wird definiert als „unpaid work done to maintain family members and/or a home“¹⁰. Abbildung 1 zeigt die typischen Bereiche der Familienarbeit wie

Hausarbeit (z.B. Putzen, Kochen), Kinderbetreuung (z.B. Wickeln, Hausaufgabenbetreuung), Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten (z.B. Gartenarbeit, Auswechseln von Glühbirnen), Altenpflege oder Betreuung von anderen pflegebedürftigen Angehörigen, emotionale Arbeit (z.B. seelischer Beistand für andere Familienmitglieder) sowie Managementaufgaben (z.B. Organisation, finanzielle Erledigungen).

umgehen und diese untereinander aufteilen. Gelingt es den Paaren eine zufriedenstellende Lösung zu finden, könnte dies einen maßgeblichen Teil ihrer Strategien zur Erleichterung der ‚rush hour‘ des Lebens ausmachen.

Einige empirische Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse basieren auf Daten eines europäischen Projekts,¹³ bei

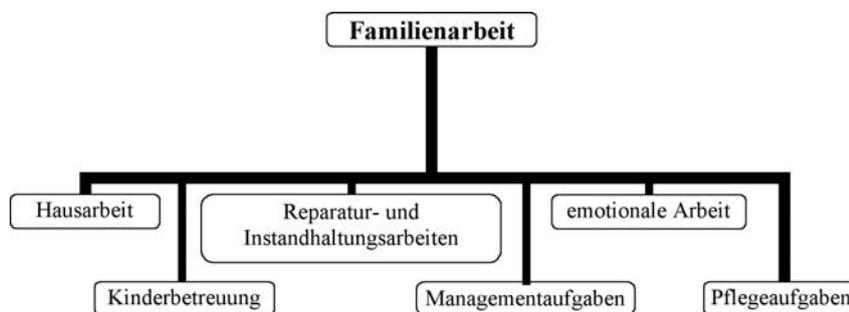


Abbildung 1: Bereiche der Familienarbeit

Verschiedene Studien zeigen, dass die Aufteilung von Familienarbeit zwischen den Partnern von großer Bedeutung dafür ist, inwieweit Personen das Gefühl haben, mit verschiedenen positiven oder – vor allem in Fällen von unausgebalancierten Lebensbereichen und erdrückenden Anforderungen – negativen Konsequenzen ihrer Situation konfrontiert zu sein. Sie zeigen außerdem, dass Frauen trotz ihrer steigenden Teilnahme am Arbeitsmarkt während der letzten Jahrzehnte und trotz der Entwicklung der Geschlechterrollen von Frau und Mann hin zur Gleichstellung einen Großteil der Familienarbeit erledigen.¹¹

Familienarbeit und ihre Aufteilung zwischen den beiden Partnern ist somit ein wichtiger Aspekt hinsichtlich der life-domains balance. Je mehr Zeit man für die Familienarbeit aufwendet bzw. je größer der Anteil an der Erledigung von Familienarbeit ist, desto mehr beeinträchtigt die Familie den Beruf – und führt damit zu einem Ungleichgewicht zwischen den beiden Lebensbereichen. Dies geht einher mit negativen Konsequenzen sowohl im beeinflussten Lebensbereich als auch für die Person selbst, zum Beispiel in Form von höherem erlebtem Stress, geringerer Zufriedenheit bzw. geringerem individuellem Wohlbefinden.¹² Vor allem in der ‚rush hour‘ des Lebens, in der es sehr wahrscheinlich ist, dass Konflikte zwischen den beiden Lebensbereichen Familie und Beruf auftreten, ist es von großer Bedeutung, wie Paare mit den familiären Anforderungen

dem eine umfangreiche Befragung von mehr als 3000 Personen aus acht Ländern durchgeführt wurde. In allen Fällen mussten jeweils beide Partner teilnehmen, so dass wir zwei voneinander unabhängige Standpunkte zur selben Familiensituation für unsere Analyse zur Verfügung hatten. Alle Teilnehmer mussten berufstätig (das Minimum lag bei 15 Stunden pro Woche) und Eltern von mindestens einem Kind im Vorschulalter sein.¹⁴ Zu erwähnen ist, dass es sich auf Grund der Kriterien für die Teilnahme und der Merkmale und Ziele des Projekts bei der vorliegenden Stichprobe um eine anfallende Stichprobe handelt. Allerdings befinden sich die Personen, die befragt wurden, sehr wahrscheinlich genau in ihrer ‚rush hour‘ des Lebens – was einerseits auf ihre Situation als Doppelverdiener-Paare mit jungen Kindern zurückzuführen ist, andererseits auch auf ihr Alter (das Durchschnittsalter der Frauen beträgt 33 Jahre und das der Männer 35 Jahre).

Abbildung 2 zeigt, wie viel Zeit die Frauen und Männer der österreichischen Teilstichprobe (je 213 Personen) für Hausarbeit und Kinderbetreuung sowie den Beruf (einschließlich Überstunden und Arbeitsweg) durchschnittlich aufwenden. Frauen verbringen mehr Zeit mit den beiden erstgenannten Bereichen, also der Familienarbeit, als Männer, wohingegen Männer mehr Zeit im Beruf verbringen. Unterteilt man den Bereich der Hausarbeit weiter in Haushaltsführung und Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten (in der Abbildung 2 nicht enthalten), so zeigt sich, dass viel mehr Zeit

für die Haushaltsführung aufgewendet wird (oder werden muss). Hinzu kommt, dass der erste Bereich, der sich hauptsächlich aus wiederkehrenden Routinearbeiten zusammensetzt, Frauenarbeit ist (sie erledigen hiervon 70 Prozent und wenden dafür durchschnittlich 20 Stunden pro Woche auf) und jener Bereich, der eher Gelegenheitsarbeiten enthält, Männerarbeit ist (sie erledigen hiervon zwei Drittel und wenden dafür durchschnittlich 4 Stunden pro Woche auf). Wir fanden also bei dieser Stichprobe eine traditionelle Aufteilung der Familienarbeit und des Berufs, wobei Frauen eine leicht höhere durchschnittliche Gesamtarbeitszeit aufweisen. Ähnliche Aufteilungen ergaben sich in den anderen nationalen Teilstichproben und auch in vielen anderen Studien.¹⁵

Frauen beschäftigen sich in allen nationalen Stichproben mehr mit der Hausarbeit und der Kinderbetreuung und Männer mehr mit dem Beruf, wie in Abbildung 3 zu erkennen ist. Auch hier gilt jeweils, dass – bei weiterer Unterteilung der Hausarbeit – Haushaltsführung eher Frauensache und Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten eher Männersache sind. Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern in der Ausprägung der Unausgeglichenheit sind vermutlich auf Divergenzen in wirtschaftlicher Nachfrage, Angebote an Familienunterstützung, traditionelle Geschlechterrollen, etc. zurückzuführen.¹⁶ Diese Unterschiede werden an dieser Stelle nicht weiter analysiert, da das grundsätzliche traditionelle Muster der Aufgabenaufteilung zwischen Frauen und Männern für alle Länder gilt.

Interessant ist, dass die Paare in den Ein-

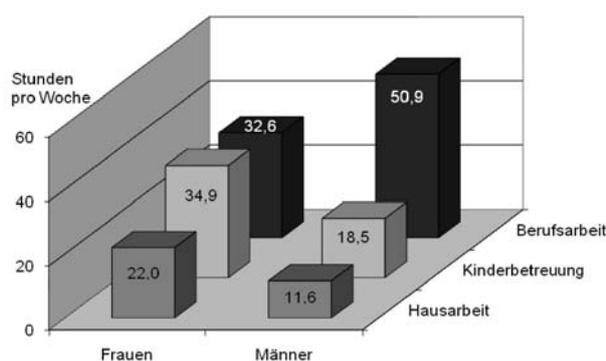


Abbildung 2: Zeitaufwand von Frauen und Männern für verschiedene Arbeitsbereiche

schätzungen über den jeweiligen Zeitaufwand der beiden Partner gut übereinstimmen. Der Vergleich der Angaben zeigt, dass sich die Ansichten von Frauen und Männern zur jeweils aufgewendeten Zeit für Familie und Beruf in der Höhe kaum un-

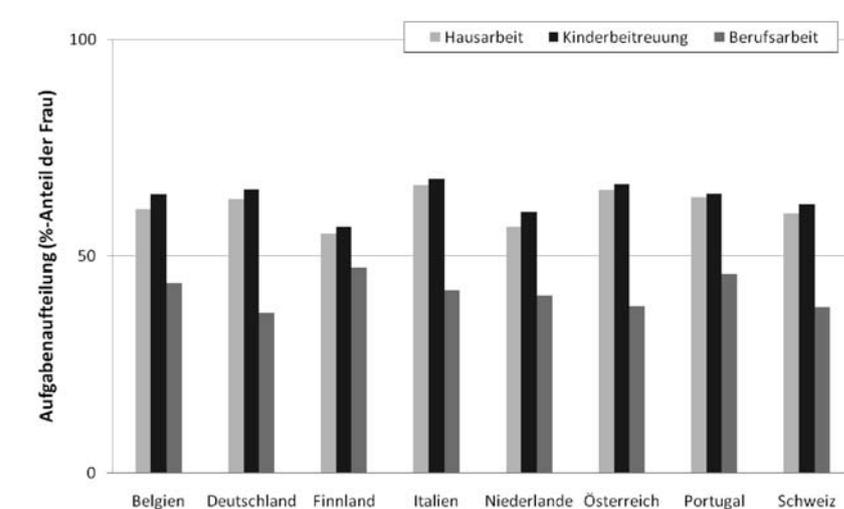


Abbildung 3: Arbeitsaufteilung in verschiedenen Ländern

terscheiden (Abbildung 4). Erwähnenswerte Unterschiede ergeben sich nur für die Kinderbetreuung durch Frauen und Männer: Aus Sicht der Frauen verbringen beide Partner erheblich mehr Zeit mit der Kinderbetreuung als Männer dies angeben. Diese Diskrepanz könnte sich aus unterschiedlichen Definitionen von ‚Kinderbetreuung‘ ergeben: Männer betrachten Kinderbetreuung mehr als Freizeitbeschäftigung bzw. weniger als Arbeit als Frauen dies tun.¹⁷ Ferner zeigen die Ergebnisse überzufällige Zusammenhänge zwischen den Zeitangaben von Frauen und Männern für Hausarbeit und Kinderbetreuung (signifikante Korrelationen zwischen 0.31 und 0.59). Die Zusammenhänge zwischen den Angaben zur Berufsarbeitszeit sind noch höher (signifikante Korrelationen zwischen 0.67 und 0.72). Das dürfte daran liegen, dass es

zumeist klare Vereinbarungen über Berufsarbeitszeiten gibt, jedoch kaum für den Bereich der Familienarbeit. Zusammenfassend kann man sagen, dass die betroffenen Personen sehr realistische Ansichten zu ihrer eigenen Situation haben, die durch die unabhängigen Aussagen ihrer Partner bestätigt werden, und kaum dazu tendieren, ihren eigenen Zeitauf-

wand für die verschiedenen Bereiche zu überschätzen. Dies ist einerseits von wissenschaftlichem Interesse, andererseits kann es aber auch dazu beitragen, dass die betroffenen Personen von manchem unbegründeten subjektiven Gefühl der Über-

forderung verschont bleiben – der status quo ist wahrscheinlich ohnehin anstrengend genug.

Wir konnten beobachten, dass Personen aus verschiedenen Ländern, die sich gerade in der ‚rush hour‘ des Lebens befinden, die Aufgaben zwischen den beiden Partnern eher auf traditionelle Weise aufteilen. Dessen ungeachtet gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Paaren, wie sie die Aufgaben und Pflichten aufteilen. Interessant ist daher, welche Faktoren zu einer eher traditionellen oder einer eher egalitären Aufteilung von Familienarbeit führen. Die Literatur bietet allerlei Erklärungen dafür an¹⁸ und in einer aktuellen Studie haben wir die Einflussfaktoren für die Aufteilung von Familienarbeit analysiert – mit dem Fokus auf die beiden zeitaufwendigen Bereiche Haushaltsführung und Kinderbetreuung. Wir verwendeten dafür Daten von je 735 Frauen und Männern aus Österreich, den Niederlanden und Portugal, den drei in vielerlei Hinsicht unterschiedlichsten Länder unserer Gesamtstichprobe. Das Ergebnis zeigt klar und für alle drei Länder die Bedeutung von vier Einflussfaktoren, jeweils von beiden Partnern, die zu einer mehr oder weniger ausgeglichenen Aufteilung von Familienarbeit zwischen den Partnern beitragen. Zusammengefasst kann man sagen, dass die Aufteilung umso unausgeglichener zum Nachteil der Frau ist, d.h. die Frau im Vergleich zu ihrem Partner umso mehr Zeit für die Familienarbeit aufwendet,

- je weniger Zeit die Frau im Beruf verbringt,
- je mehr Zeit der Mann im Beruf verbringt,
- je geringer das Einkommen der Frau ist,
- je höher das Einkommen des Mannes ist,
- je traditioneller die Geschlechterrollen-

- Einstellung der Frau ist,
- je traditioneller die Geschlechterrollen-Einstellung des Mannes ist,
- je größer das Gefühl von persönlicher Erfüllung durch die Erledigung von Familienarbeit bei der Frau ist, und
- je geringer das Gefühl von persönlicher Erfüllung durch die Erledigung von Familienarbeit beim Mann ist.

Wichtig ist, dass diese Faktoren unabhängig voneinander zur Aufteilung von Familienarbeit beitragen, das heißt, dass sie relevant sind, wenn alle anderen konstant bleiben. Dies ist von speziellem Interesse in Bezug auf die Zeit, die man im Beruf verbringt, und das Einkommen. Die Einkommen beider Partner sowie die für den Beruf aufgewendete Zeit tragen unabhängig voneinander zur Aufteilung der Familienarbeit bei.

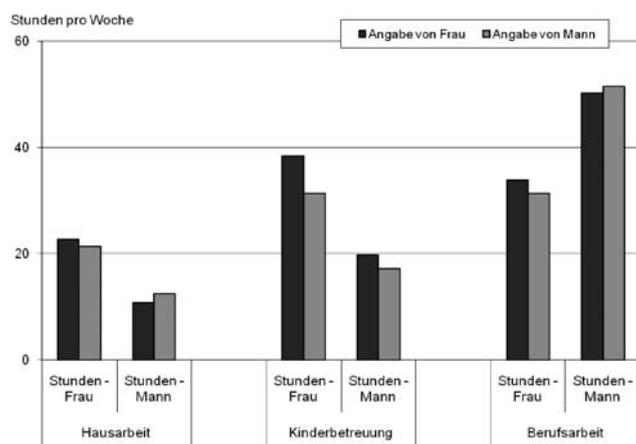


Abbildung 4: Unabhängige Angaben von Frauen und Männern über den Zeitaufwand beider Partner

Für die Aufteilung der Kinderbetreuung ist die Anzahl der Kinder ein weiterer maßgeblicher Einflussfaktor: mehr Kinder führen zu einer weniger unausgeglichenen Aufteilung. Es scheint, dass Männer sich mehr an der Kinderbetreuung beteiligen, wenn sich die Anforderungen an das Paar erhöhen. Mehrere andere potenzielle Einflussfaktoren auf die Aufteilung der Familienarbeit erwiesen sich in unserer Analyse als nicht relevant.¹⁹

Schlussbetrachtung

Die Behauptung, dass eine ‚rush hour‘ des Lebens existiere und es sich hierbei um ein neues Phänomen handle, scheint durch verschiedene Belege als gerechtfertigt, da sich dieser Lebensabschnitt verkürzt hat und es für die gegenwärtige Generation deshalb schwieriger ist, wenn Personen zur gleichen

Zeit sowohl ins Berufsleben einsteigen als auch eine Familie gründen wollen.

Daher sind Maßnahmen und Strategien, um die Anforderungen verschiedener Lebensbereiche in Einklang zu bringen, entscheidend, um die ‚rush hour‘ des Lebens zu erleichtern. Manche von ihnen setzen auf gesellschaftlicher Ebene oder am Arbeitsplatz an,

Die modernste Form menschlicher Armut ist das Keine-Zeit-Haben.

/ Ernst Ferstl /

wie zum Beispiel Familienförderungen und Angebote wie Ganztagskindergärten, flexible Arbeitszeiten oder kurzfristige Flexibilität am Arbeitsplatz im Falle einer unvorhergesehenen familiären Verpflichtung. Andere Maßnahmen und Strategien sind auf der Ebene von Individuen bzw. Paaren angesiedelt. Die Individuen und Paare

müssen eine Situation kreieren, die für alle Beteiligten zufriedenstellend ist und es ihnen erlaubt, ihr Wohlbefinden zu steigern, während sie ihr Bestes für alle Lebensbereiche geben und das Beste von allen Lebensbereichen erhalten. Frauen erledigen unbeschadet der Entwicklungen der letzten

Jahrzehnte noch immer den Großteil der Familienarbeit, und auch ein bisschen mehr von den gesamten Anforderungen an die Paare, und der Umgang mit der Situation darf nicht den betroffenen Personen allein überlassen werden. Auch die Gesellschaft und die Politiker sind dazu aufgerufen, Eltern bzw. Familien bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Wenn wir uns die Einflussfaktoren auf die Aufteilung von Familienarbeit ins Gedächtnis rufen, können wir sehr leicht einige Aspekte erkennen, wie wir es für Paare ermöglichen könnten, eine ausgeglichene Aufteilung von Familienarbeit zu erreichen, um damit in weiterer Folge auch die verschiedenen Lebensbereiche in Einklang zu bringen und die ‚rush hour‘ des Lebens zu erleichtern.

- Im Hinblick auf die Auswirkungen der im Beruf verbrachten Zeit sollte es Frauen erleichtert werden, ihre Berufszeiten zu erhöhen (z.B. Flexibilität, Kinderbetreu-

ungsangebote oder keine Einkommensbeschränkungen, wenn man Kindergeld bezieht), und Männern ermöglicht werden, ihre Berufszeiten zu verringern (z.B. geschützte Elternteilzeitarbeit, Väterkarenz, oder manchmal liegt es auch nur an der fehlenden Akzeptanz des Umfelds, wenn man – bzw. Mann – die Arbeitszeit verkürzen möchte).

- Im Hinblick auf die zusätzlichen Auswirkungen durch die Einkommen beider Partner ist dies ein weiterer Aufruf – und ich befürchte, es wird nicht der letzte sein – die existierende Kluft zwischen den Einkommen von Frauen und Männern zu reduzieren. Wenn Frauen und Männer denselben Lohn für dieselbe Arbeitszeit erhalten würden, würde nicht nur die Aufteilung der Familienarbeit weniger unausgeglichen sein, sondern es dürfte auch eine Bedingung dafür sein, dass Familien es sich leisten können, dass der Mann nur halbtags arbeitet oder vielleicht sogar ganz daheim bleibt, um sich um die Kinder zu kümmern, während die Frau ihrem Beruf nachgeht.

- Im Hinblick auf die Auswirkungen der Geschlechterrollen-Einstellungen ist es absolut notwendig, dass man auf allen Ebenen beständig an einer Gleichstellung der beiden Geschlechter arbeitet. Für Vorbilder zu sorgen ist nur eine von mehreren Möglichkeiten, die sich hier anbieten. Man sollte nicht vergessen, dass es nicht immer nur auf traditionelle Einstellungen der betroffenen Personen zurückzuführen ist, dass sie die Lebensbereiche auf traditionelle Weise organisieren. Oftmals ist es auch der Traditionalismus ihrer Umgebung, der sie dazu zwingt.

Das Thema der Familienarbeit ist nur eines von vielen, das für die Erleichterung der ‚rush hour‘ des Lebens relevant ist – aber höchstwahrscheinlich ein sehr zentrales Problem des alltäglichen Lebens. Für die Zukunft ist es daher unabdingbar, dass diesbezügliche Forschung in verschiedenen Fachdisziplinen ausgeweitet wird und man praktische Bemühungen auf allen Ebenen unterstützt, da wir bereits heute mit den Auswirkungen der ‚rush hour‘ des Lebens konfrontiert sind.

Anmerkungen

- 1 Bittman/Rice 2000.
- 2 BMFSFJ 2005.
- 3 UNESCO 2005.
- 4 USAid 2008.
- 5 vgl. Coltrane 2000.

- 6 United Nations 2007.
 7 USAid 2008; World Research Institute 2008.
 8 Eurostat 2008a.
 9 Eurostat 2008b.
 10 Shelton/John 1996: 300.
 11 vgl. Coltrane 2000; Lothaller/Mikula/Schoebi, in Druck; Shelton/John 1996.
 12 vgl. Frone 2003.
 13 „Family life and professional work: Conflict and synergy“, Projekt der Europäischen Kommission Nr. SERD-2002.
 14 vgl. FamWork 2005.
 15 vgl. Coltrane 2000.
 16 vgl. FamWork 2005.
 17 Shaw 1988.
 18 vgl. Coltrane 2000; Lothaller et al., in Druck.
 19 Lothaller et al., in Druck.

Literatur

Bittman, Michael / Wajcman, Judy (2000): The rush hour: the character of leisure time and gender equity. *Social Forces*, Jg. 79 (1/2000), 165-190.

BMFSFJ (2005): Siebenter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Coltrane, Scott (2000): Research on household labor: Modeling and measuring the social embeddedness of routine family work. *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 62 (4/2000), 1208-1233.

Eurostat (2008a): Old-age-dependency ratio. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=>

[en&pcode=tsdde510](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=en&pcode=tsdde510). (am 08.08.2008).

Eurostat (2008b): Total fertility rate. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=en&pcode=tps00015>. (am 08.08.2008).

FamWork (2005): Final report by the consortium of the project: Family Life and Professional work: Conflict and Synergy. www.eu-project-famwork.org. (am 08.08.2008).

Frone, Michael R. (2003): Work-family balance. In: Quick, James C./Tetrick, Lois E. (Hg.): *Handbook of occupational health psychology*. Washington D.C.: American Psychological Association.

Lothaller, Harald / Mikula, Gerold / Schoebi, Dominik (in Druck): What contributes to the (im)balanced division of family work? *Swiss Journal of Psychology*.

Shaw, Susan M. (1988): Gender Differences in the Definition and Perception of Household Labor. *Family Relations*, Jg. 37 (3/1988), 333-337.

Shelton, Beth A. / John, Daphne (1996): The division of household labor. In: *Annual Review of Sociology*, Jg. 22 (1996), 299-322.

UNESCO (2005): Education Trends in Perspective – Analysis of the World Education Indicators. <http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/pdf/wei/WEI2005.pdf>. (am 12.08.2008).

UNESCO (2008): Tertiary enrolment. http://stats.uis.unesco.org/unesco/TableViewer/document.aspx?ReportId=198&IF_Language=eng. (am 12.08.2008).

USAid (2008): Number of tertiary students per 100000 inhabitants. http://quesdb.usaid.gov/cgi-bin/broker.exe?_program=ged-progs.ged_theme_une_2.sas&_service=default&sscode=UNE530906+&ccocode=ALL. (am 12.08.2008).

World Research Institute (2008): Demographics: Life expectancy at birth. http://earthtrends.wri.org/searchable_db/index.php?theme=4&variable_ID=379&action=select_countries. (am 12.08.2008).

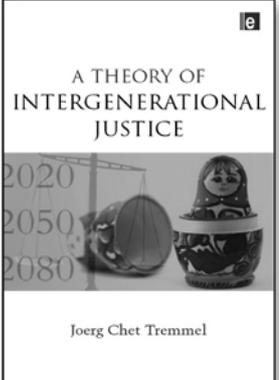


Harald Lothaller arbeitet seit 2006 an der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz (Österreich) und ist dort zuständig für Statistik und Berichtswesen. Davor war er mehrere Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Gerold Mikula am Institut für Psychologie der Universität Graz in Projekten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er ist dort weiterhin neben seinem Hauptberuf in Forschung und Lehre aktiv.

Kontaktdaten:
 Mag. Harald Lothaller
 Fischergasse 14, 8010 Graz, Österreich
harald@lothaller.net
 +43-650-9041977



20 years of publishing
for a sustainable future



A Theory of Intergenerational Justice
 Joerg Chet Tremmel

'Tremmel's landmark book presents ... an indispensable addition to the growing library of philosophical studies in intergenerational justice.'
 Professor Ernest Partridge, University of Colorado, USA

'An interdisciplinary masterpiece artfully combining practical philosophy, law, economics and social sciences. A "must-read" for anyone interested in the topic.'
 Professor Ernst von Weizsäcker, University of California, USA

This book provides a theory of intergenerational justice that is both intellectually robust and practical with wide applicability. It answers in detail the two most important questions in this context: 'What to sustain?' and 'How much to sustain?'

It is a comprehensive overview of current research and theory, exposing how and why the interests of people today and those of future generations are often in conflict, and what can be done to resolve these tensions.

Hardback • £65.00 • ISBN 978-1-84407-826-4 • November 2009 • 240 pages

Get a 20% DISCOUNT on all Earthscan books with our New Book E-Alerts
 To receive an e-alert announcing new books in your field, and take advantage of offers unique to our members, visit www.earthscan.co.uk and choose the subjects that interest you.

Unsicherheiten und Belastungen in frühen Lebensphasen als Herausforderung für die Gestaltung einer lebenslauforientierten, nachhaltigen Sozialpolitik

Prof. Dr. Ute Klammer

Abstract: Empirische Daten belegen, dass in Deutschland ein Großteil der Flexibilitätsrisiken auf dem Arbeitsmarkt (befristete Jobs, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit, etc.) von der jungen Generation und von Geringqualifizierten getragen werden. Die daraus resultierende Unsicherheit und Ungewissheit kann zu besonderen Herausforderungen führen, wenn eine ungesicherte Arbeitsmarkteinbindung mit der Phase der Familiengründung (*'rush hour' des Lebens*) zusammenfällt. Der Beitrag diskutiert mögliche Ansätze, den besonderen Belastungen bestimmter Beschäftigtengruppen und Lebensphasen durch eine lebenslauforientierte, nachhaltige Sozialpolitik entgegenzusteuern. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung der Kontinuität von Arbeitsverhältnissen, aber auch die *'Entzerrung' des Lebensverlaufs durch neue Möglichkeiten, Geld und (Arbeits-)zeit an unterschiedliche Lebensphasen mit unterschiedlichen monetären und zeitlichen Bedarfen anzupassen.*

Von der Querschnitts- zur Längsschnittsperspektive

Im Sinne eines umfassenden Bildes sollte nicht nur danach gefragt werden, wie sich unterschiedliche Erwerbsmuster und familiäre Zeitarrangements zu einem bestimmten Untersuchungszeitpunkt darstellen, sondern es gilt zu klären, wie sich diese Muster über den Lebensverlauf der Betroffenen entwickeln. Bestimmte Arbeitszeitformen, z.B. reguläre oder auch marginale Zeitarbeit (Mini-Jobs) müssen daraufhin untersucht werden, welche Rolle sie langfristig im Leben derjenigen, die sie ausüben, spielen. Handelt es sich um kürzere Episoden einer Erwerbsbiografie, die vorübergehend, z.B. beim Berufseinstieg, akzeptiert oder sogar – z.B. in Phasen eines hohen Bedarfs an Zeit für Familienarbeit – bewusst gewählt werden? Oder sind es Arbeitsformen, die – ‚freiwillig‘¹ oder ‚unfreiwillig‘ – dauerhaft ausgeübt werden? Findet eine Verfestigung bestimmter problematischer Arbeitszeitformen, z.B. der geringfügigen Beschäftigung, in bestimmten Segmenten der Erwerbsbevölkerung statt? Welche monetären Konse-

quenzen für das Erwerbseinkommen oder für sozialpolitische Transferleistungen ergeben sich langfristig aus Erwerbsunterbrechungen und Zeitarbeit? Führen unsichere Erwerbssichten zum Aufschub von oder sogar zum gänzlichen Verzicht auf Elternschaft und Familie – haben sie damit einen direkten Einfluss auf das demografische ‚Problem‘ niedriger Geburtenraten?

Die Längsschnittsperspektive ermöglicht es auch, die unterschiedliche Verteilung von Zeitbedarfen in der individuellen Biografie besser sichtbar zu machen und Phasen von Zeitnot, z.B. in der so genannten *'rush hour' des Lebens*, zu identifizieren. Dieser Begriff hat sich in der europäischen Zeitforschung eingebürgert zur Beschreibung des mittleren Lebensalters, in dem häufig die Erwerbstätigkeit und Karriere besonders viel Zeit erfordert, während gleichzeitig jüngere Kinder zu betreuen sind. Ebenso macht die Analyse von Zeitverwendung über den Lebensverlauf interpersonelle Unterschiede besonders deutlich – bestimmte Zeitbedarfe, z.B. für Fürsorgearbeit, fallen nicht nur bei unterschiedlichen Menschen zu unterschiedlicher Zeit an, sondern sie kumulieren bei den

Wenn die Zeit kommt, in der man könnte, ist die vorüber, in der man kann.

/ Marie von Ebner-Eschenbach /

einen über den Lebensverlauf zu großen ‚Zeitmengen‘, während sie in der Gesamtbiografie anderer Menschen (beiderlei Geschlechts) nur ein sehr geringes Gewicht haben. Diese Ergebnisse werfen ein neues Licht auf die Aufgabe der (Sozial-)Politik, die intertemporale und interpersonelle Verteilung von Zeit und Geld zu beeinflussen. In einigen europäischen Ländern sowie auch auf der EU-Ebene zeichnet sich zurzeit ein verstärktes politisches Interesse an diesen und ähnlichen Fragen ab. Auf der EU-Ebene hat die Lebenslaufperspektive durch die Diskussion um ‚lebenslanges Lernen‘ und allgemein durch das gestiegene Interesse an Bildungsfragen im Kontext einer ‚investiven

Sozialpolitik‘ an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig rücken die im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie fixierten Ziele, die Erwerbsquoten von Frauen und älteren Menschen sowie das faktische Rentenalter deutlich anzuheben, Fragen nach dem *Verlauf* von Erwerbsbiografien und nach den Einflussmöglichkeiten der Arbeits- und Sozialpolitik zwangsläufig ins Blickfeld. So enthalten die Europäischen Richtlinien für die nationalen Beschäftigungspolitiken seit einigen Jahren die Aufforderung, umfassende nationale Strategien auf der *Basis eines Lebensverlauf-Ansatzes* zu entwickeln.² Dies wurde 2005 explizit bekräftigt durch die neue Beschäftigungsleitlinie Nr. 18, *Promote a life-cycle approach to work*.³

Der vorliegende Beitrag verknüpft daher die Frage nach den (unterschiedlichen sowie sich verändernden) Lebensverläufen von Frauen und Männern mit der Debatte um eine Neuausrichtung der Sozialpolitik im demographischen Wandel. Zunächst werden schlaglichtartig einige empirische Ergebnisse zur Struktur und zur Veränderung der Lebensverläufe von Frauen und Männern in Deutschland und im internationalen Vergleich präsentiert.⁴ Der darauf folgende Abschnitt entwickelt Ansatzpunkte für eine nachhaltige, am Lebensverlauf orientierte Sozialpolitik.

Erwerbsbiografien von Frauen und Männern im Wandel – einige empirische Schlaglichter

Umfangreiche empirische Datenanalysen aus eigenen Projekten belegen, dass die Arbeitsmarktrisiken in Deutschland ungleich verteilt sind und Diskontinuitäten im Erwerbsleben inzwischen weit verbreitet sind.⁵ In Deutschland nimmt – nach einem inzwischen ähnlichen Arbeitsmarkteinstieg junger Männer und Frauen – die Erwerbsbeteiligung und durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Frauen immer noch deutlich ab, wenn Kinder geboren werden bzw. solange Kinder unter sieben Jahren zu versorgen sind. Die *'rush hour' des Lebens* wird also von den Frauen durch eine verringerte Arbeitsmarktbeteiligung entschärft. Aber auch nach

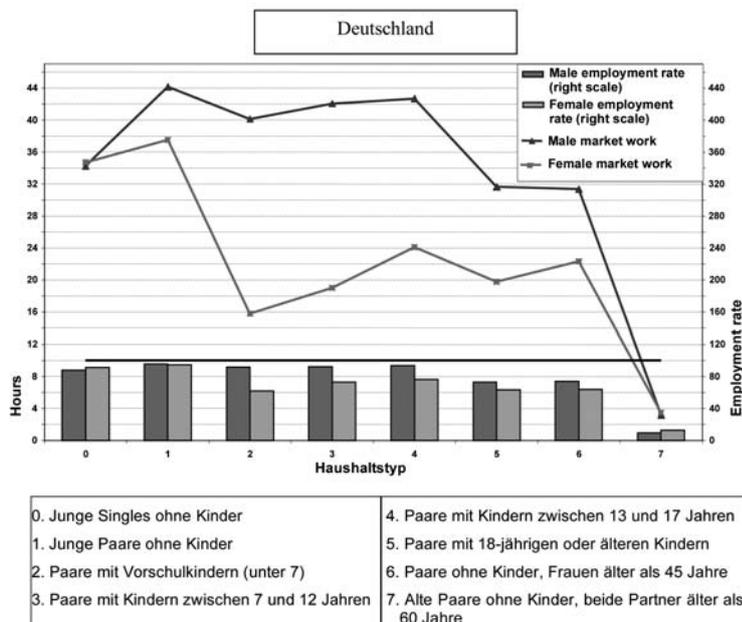


Abbildung 1: Erwerbstätigenquoten und durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von Frauen und Männern über den Familienzyklus: Deutschland. Projektberechnungen für die European Foundation auf der Basis des ECHP 2000⁶

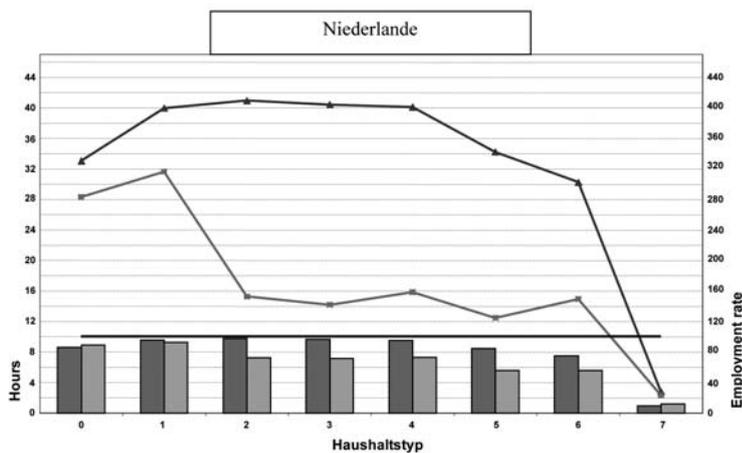


Abbildung 2: Erwerbstätigenquoten und durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von Frauen und Männern über den Familienzyklus: Niederlande. Projektberechnungen für die European Foundation auf der Basis des ECHP 2000⁷

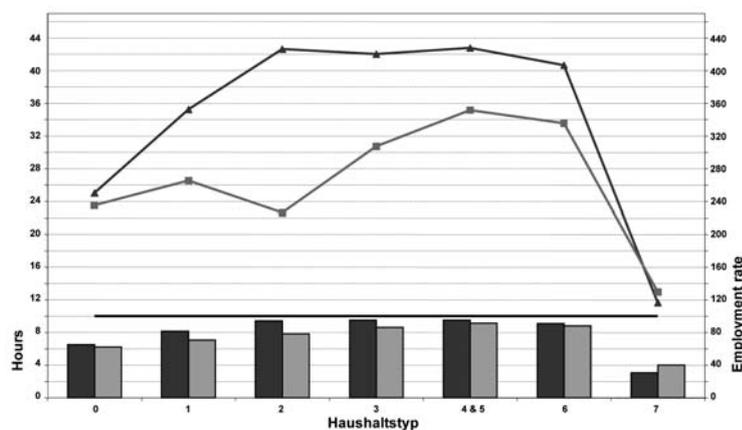


Abbildung 3: Schweden: Erwerbstätigenquoten und durchschnittliche Wochenarbeitszeiten von Frauen und Männern über den Familienzyklus. Projektberechnungen für die European Foundation auf der Basis des Schwedischen Haushaltspanels 1998⁸

dem Schuleintritt der Kinder liegt die durchschnittliche Arbeitszeit der Mütter noch deutlich unter der beruflichen Wochenarbeitszeit der Väter. Betrachtet man verschiedene Lebens- und Familienphasen auf der Basis von Querschnittsdaten (die allerdings das Verhalten unterschiedlicher Kohorten spiegeln), so wird deutlich, dass Mütter in keiner späteren Lebensphase mehr die Erwerbsbeteiligung und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ihrer männlichen Partner erreichen (vgl. Abb. 1).

Wie die nachfolgenden Abbildungen für die Niederlande und Schweden illustrieren, zeigen sich zwar in beiden Ländern Unterschiede zwischen den Erwerbsverläufen von Männern und Frauen, und zwar vor allem ab der Phase der ‚rush hour‘ des Lebens, in der kleine Kinder im Haushalt zu versorgen sind. Dennoch unterscheiden sich die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen gravierend bezüglich des Niveaus und der Kontinuität der Arbeitsmarktpartizipation und durchschnittlichen Arbeitszeiten von Männern und Frauen in verschiedenen Lebensphasen – auch in und nach der ‚rush hour‘ des Lebens. Dies verweist auf unterschiedliche Möglichkeiten und Strategien, mit den besonderen Belastungen dieser Phase umzugehen.

In den Niederlanden nimmt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Frauen deutlich ab, wenn Kinder geboren werden bzw. solange Kinder unter sieben Jahren zu versorgen sind. Die Kurve der Niederländerinnen liegt deutlich unter derjenigen der Männer, aber auch unter derjenigen der deutschen Frauen. Im Vergleich zu Deutschland entschärfen die niederländischen Frauen die ‚rush hour‘ des Lebens aber eher durch Arbeitszeitreduktion als durch einen längerfristigen völligen Erwerbsausstieg.

Schweden unterscheidet sich deutlich von den bisher betrachteten Ländern. Hier nimmt die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen nur geringfügig ab, wenn Kinder geboren werden bzw. solange Kinder unter sieben Jahren zu versorgen sind; die durchschnittliche berufliche Wochenarbeitszeit der Frauen sinkt dadurch nur um vier Stunden (von rund 26 auf rund 22 Stunden). Später nähern sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen und ihre durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit wieder sehr viel stärker an die Erwerbsmuster der Männer an als in den anderen betrachteten Län-

dern. Es kann davon ausgegangen werden, dass neben unterschiedlichen Rollenmodellen institutionelle Faktoren wie gesetzliche und betriebliche Arbeitszeit- und Freistellungsoptionen für bestimmte Lebensphasen im nordischen Wohlfahrtsstaat Schweden hier eine wichtige Rolle spielen. In Verbindung mit der Verfügbarkeit öffentlicher Kinderbetreuung führen diese Optionen dazu, dass ‚Vereinbarkeitsprobleme‘ in der frühen Familienphase nicht in gleicher Weise auftreten wie in den anderen Ländern – bzw. nicht einseitig durch den Rückzug der Mütter vom Arbeitsmarkt gelöst werden (müssen).

In Deutschland klaffen Wunsch und Wirklichkeit bezüglich der Erwerbsarbeitszeiten bei beiden Geschlechtern, vor allem aber bei den Frauen, auseinander. Die Wunscharbeitszeiten der Männer liegen etwa bei der Vollzeitnorm, während ihre tatsächliche Arbeitszeit durch Überstunden vielfach höher liegt. Frauen mit langen Arbeitszeiten würden häufig gerne kürzer arbeiten, während Frauen mit kleinen Teilzeitjobs sich vielfach eine längere Arbeitszeit (mit entsprechend höherem Einkommen) wünschen. Mit 27/34 Stunden in West-/Ostdeutschland sehen Frauen in Westdeutschland im Durchschnitt eine ‚lange Teilzeitstelle‘ als ideal an, in Ostdeutschland eine ‚kurze Vollzeitstelle‘.

Die Veränderungen der Berufseintrittsphase in Deutschland im Generationenvergleich

Bezogen auf Deutschland wird bei einer Lebensverlaufsbeobachtung deutlich, dass unter den jüngeren Kohorten schon rund 80 Prozent der Frauen irgendwann im Leben Teilzeitphasen von mindestens einem Jahr aufweisen, während es bei Männern immer noch ein sehr geringer Teil ist. Rückläufig sind bei Frauen Unterbrechungsphasen zur Kindererziehung, jedoch waren auch von den 1951-55 geborenen Frauen noch rund zwei Drittel mindestens ein Jahr aus diesem Grund nicht erwerbstätig. Dafür hat ein beträchtlicher Teil der Männer – je nach Geburtsjahrgängen (1936-1955) ca. 16-20 Prozent - irgendwann im Leben eine oder mehrere Selbständigkeitsphasen, die oft mit Sozialversicherungslücken verbunden sind.⁹

Frauen sind dabei allerdings nicht mehr generell ‚qua Geschlecht‘ benachteiligt. Einen Großteil der Flexibilitätsrisiken (z.B. befristete Jobs, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit etc.) tragen in Deutschland junge Menschen –

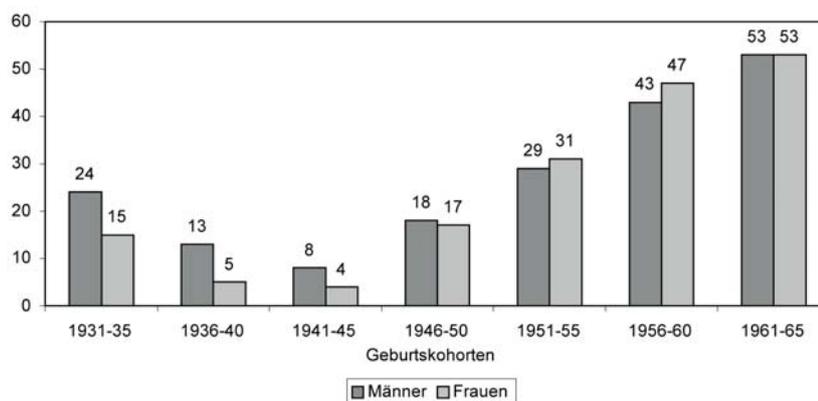


Abbildung 4: Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bis zum Alter von 30 Jahren¹⁰, nach Kohorten, Westdeutschland (Klammer/Tillmann 2002 auf der Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe)¹¹

die *Newcomer* auf dem Arbeitsmarkt – sowie Geringqualifizierte. So sind die jüngsten Kohorten auf dem Arbeitsmarkt siebenmal so häufig befristet beschäftigt wie die ältesten Kohorten. Von den 1941-45 Geborenen an sind alle folgenden Gruppen von Geburtsjahrgängen mit einem steigenden Arbeitslosigkeitsrisiko schon in jungen Jahren konfrontiert gewesen. Unter den 1961-65 Geborenen waren bereits 53 Prozent aller Frauen wie auch aller Männer vor dem 30. Lebensjahr bereits mindestens einmal arbeitslos (Klammer/Tillmann 2002 auf der Basis von Daten der IAB-Beschäftigtenstichprobe, vgl. Abb. 4). Dies ist bedenklich, da eine gegenüber früher verlängerte Arbeitsmarkt-Einstiegsphase mit (finanziellen) Unsicherheiten und Risiken bei jungen Leuten häufig in die Phase der potentiellen Familiengründung fällt und einen nicht unerheblichen Einfluss darauf haben dürfte, dass junge Menschen die Entscheidung für eigene Kinder zunehmend hinauszögern oder ganz darauf verzichten.

Zwar ist die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer in Deutschland bisher erstaunlich stabil, doch haben immerhin 15 Prozent der Beschäftigten schon fünf oder mehr Arbeitgeber – oft unterbrochen von Arbeitslosigkeit – gehabt. Unter den befristet Beschäftigten sind es sogar 22 Prozent, d.h. Befristete haben ein höheres Risiko, von einem ins nächste befristete Arbeitsverhältnis zu wechseln. Auch wenn bisher rund zwei Drittel der Jobwechsler freiwillig sind und sich die Mehrheit der Jobwechsler nach eigener Einschätzung durch den Wechsel verbessert hat, ist doch von Kohorte zu Kohorte eine Zunahme unfreiwilliger (z.B. vom Arbeitgeber initiiert) Wechsel zu konstatieren, und weniger Wechsel führen zu beruflichen Verbesserungen.¹²

Betrachtet man die über das Leben akkumulierten Erwerbsjahre (Datenbasis: AVID), so zeigt sich ein deutlicher Rückgang bei den Männern und ein leichter Zuwachs bei den Frauen. Hatten von den 1936-1940 geborenen Männern noch 42 Prozent eine (rentenrechtlich) ‚vollständige‘ Erwerbsbiografie, so werden es von den 1951-1955 Geborenen voraussichtlich nur noch ca. 30 Prozent sein. Bei den Frauen steigt der Anteil von knapp acht auf rund 13 Prozent. Auch die heute rund 50-jährigen Frauen werden aber im Durchschnitt noch etwa sieben (in Westdeutschland etwa neun) Erwerbsjahre weniger als ihre männlichen Altersgenossen im Lebensverlauf ansammeln. Hier zeigen sich nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Erwerbs- und Einkommenslücken, die sich im Rentenalter fortsetzen.

Betrachtet man die Erwerbseinkommensverläufe der 1936-55 geborenen Frauen und Männer, so lässt sich – vorwiegend bei Männern – eine zunehmende Verdichtung oder ‚Kompression‘ des Lebenseinkommenserwerbs konstatieren: Die langfristig zu beobachtenden Trends zum späteren Berufseinstieg und zum früheren Berufsausstieg haben dazu geführt, dass sich der Einkommenserwerb inzwischen immer stärker auf die mittlere Lebensphase konzentriert. Dies ist zum einen problematisch, da es sich hier um die ohnehin schwierige ‚rush hour‘ des Lebens handelt, in der oft auch die Familienpflichten und die allgemeine Belastung am höchsten sind. Zudem werden durch die Ballung des Lebenseinkommenserwerbs auf diese Phase Ausfälle – z.B. in Form von Arbeitslosigkeit – biografisch zunehmend problematischer, da gewichtiger. Ökonometrische Studien zu den Auswirkungen von Erwerbsunterbrechungen zeigen erhebliche langfristige Einkommens-

kapazitäts- und Humankapitalverluste, die häufig von den Individuen unterschätzt werden.¹³ Bei frühen Unterbrechungen im Lebensverlauf ist das abzuschreibende Humankapital in der Regel geringer und die Einbußen sind daher begrenzt. Das zu beobachtende Aufschieben der Mutterschaft in ein späteres Lebensalter erscheint vor diesem Hintergrund bedenklich. Mehrere Studien weisen darauf hin, dass sozialversicherungspflichtige (nicht geringfügige!) Teilzeit bezüglich der langfristigen Humankapital- und Einkommensverluste dagegen besser ist als ihr Ruf, zumal sie oft eine Brückenfunktion bzw. – vor allem in Ostdeutschland – eine Scharnierfunktion zwischen Vollzeitphasen hat.¹⁴

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Sozialpolitik: Lebenslaufsorientierung als Ansatzpunkt zur Entschärfung der ‚rush hour‘ des Lebens

Sozialpolitische Flankierung von Übergängen

Eine Aufgabe bei der Begleitung von Erwerbsverläufen kann in einer verstärkten Förderung von Übergängen gesehen werden. Gemeint sind hierbei – gemäß der Theorie der Übergangsmärkte¹⁵ – Übergänge aus Phasen der (Weiter-)Bildung, der Haushaltstätigkeit oder der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit und *vice versa*, Übergänge in die Nacherwerbsphase, aber auch Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitarbeit, Jobwechsel o.ä. Notwendig ist eine stärkere Konzentration der sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen auf die Bewältigung und Absicherung von Übergängen anstelle der bisherigen Fokussierung auf eine finanzielle Sicherung des Lebensstandards bei Einkommensausfall. Im Zentrum der Unterstützung von Übergängen steht heute in den meisten Ländern der Europäischen Union die (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt, die als Herzstück des Paradigmas des ‚aktivierenden Sozialstaats‘ bezeichnet werden kann. Die deut-

Man muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen.

/ Georg Christoph Lichtenberg /

sche arbeitsmarktpolitische Gesetzgebung hat diesen Weg im europäischen Vergleich eher spät, aber seit einigen Jahren mit umso größerem Nachdruck vollzogen.¹⁶ Allerdings sind ungeachtet der internationalen Parallelen in der Aktivierungsterminologie, deren Annäherung u.a. auf die europäische Beschäftigungsstrategie zurückgehen dürfte,

sehr unterschiedliche Ausgestaltungen des Aktivierungsparadigmas zu konstatieren, die von stark paternalistischen Ansätzen bis zu solchen reichen, die die Autonomie und Selbstbestimmung des Individuums betonen.¹⁷ Das Wissen über die langfristigen Auswirkungen von Aktivierung ist bisher sehr unzureichend. Kurzfristig scheinen die Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich von einem günstigen Schlüssel zwischen Beratern und zu beratenden Arbeitslosen, von der Existenz regional abgestimmter und zielgruppenspezifischer Programme sowie von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig zu sein.¹⁸ In allen genannten Punkten bestehen in Deutschland bisher – ungeachtet der verbesserten Zielvorgaben durch die Hartz-Gesetze – Defizite.

In den deutschen Arbeiten zum Ansatz der Übergangsmärkte sind bereits zahlreiche Elemente und Strukturen identifiziert worden, die als Brücken bei Statusänderungen fungieren können.¹⁹ Es gilt, den Ansatz der Übergangsmärkte dahingehend weiterzuentwickeln, dass, unter Beachtung lebensphasenspezifischer Bedürfnisse, Kriterien für ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Übergänge und die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

Eine besondere Aufgabe kann in der Reorganisation des Beginns und des Endes der Erwerbsbiografie gesehen werden, die sich mehr und mehr zu ganzen Phasen entwickelt haben.²⁰ Wie dargestellt, ist die oft mehrjährige Eintrittsphase heute häufig durch instabile Jobs und kurze Arbeitslosigkeitsphasen gekennzeichnet, die Austrittsphase kann von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit oder Altersteilzeit begleitet sein. Vor dem Hintergrund der Tendenz zur Verkürzung und Verdichtung des Erwerbslebens liegt eine zentrale Zukunftsaufgabe darin, auf eine erneute Entzerrung des Erwerbslebens hinzuwirken. Hierzu können verkürzte Schul- und Studierendauern beitragen, ebenso eine nachhaltige Arbeitspolitik, die als *conditio sine qua non* eines späteren Rentenübergangs gelten kann, wie er von der Europäischen Union im Rahmen der Lissabon-Strategie vorgegeben wird. *Echte* Altersteilzeitmodelle, die zu einer tatsächlichen Reduzierung der Arbeitszeit in der letzten Erwerbsphase führen,²¹ würden die Flexibilisierung des Altersübergangs verbessern.

Wenn hier für einen früheren Erwerbsbeginn und einen späteren Erwerbsausstieg votiert wird, so geht es nicht darum, das

durchschnittliche Lebensarbeitszeitvolumen zu erhöhen. Vorrangiges Ziel einer Entzerrung des Lebenserwerbsverlaufs sollte es vielmehr sein, die Einkommensrisiken besser über das Leben zu verteilen und in der mittleren Phase, bzw. während der individuellen ‚rush hour(s)‘ des Lebens, mehr Raum für andere Zeitbedürfnisse zu schaffen, z.B. über Auszeiten für Fürsorgearbeit und Weiterbildung.

Der zuverlässigste Weg, in die Zukunft zu sehen, ist das Verstehen der Gegenwart.

/ John Naisbitt /

Zur Finanzierung: Individuelle Möglichkeiten zur Verteilung des Lebenserwerbseinkommens und Neuausrichtung der kollektiven finanziellen Unterstützungssysteme

Die in vielen europäischen Ländern zu beobachtende Konzentration der Sozialpolitik auf eine Aktivierung und eine Reintegration aller Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt hat die Bereitstellung monetärer Transfers für bestimmte Lebensphasen keineswegs überflüssig gemacht. Im Gegenteil: Neue Diskontinuitäten und Zeitbedarfe über den Lebensverlauf werfen neue Fragen bezüglich der finanziellen Abfederung entsprechender Phasen auf. Ein hier diskutierter Ansatz²² ist darauf ausgerichtet, den Individuen mehr Möglichkeiten zu geben, flexibel über ihr zu erwartendes Lebenserwerbseinkommen zu verfügen. Die Niederlande haben diesen Weg bisher am konsequentesten in die Realität umgesetzt: Seit Anfang 2006 ist hier mit der so genannten *levensloopregeling* eine neue Rahmengesetzgebung in Kraft, die es Arbeitnehmer/innen ermöglicht, einen Teil ihres Gehalts (bis zu 12 Prozent des Bruttolohns oder auch Zeit, z.B. Überstunden, kumuliert bis zu 210 Prozent des Bruttomonatslohn) steuerbegünstigt anzusparen, um diese Guthaben später für alle Arten von Zeitbedarfen einzusetzen und damit z.B. ein *Sabbatical*, eine Familienzeit, Weiterbildungsphase, Altersteilzeit oder auch den vorgezogenen Rentenzugang zu finanzieren.²³ Damit entsprechende Auszeiten auch in frühen Lebensphasen – der ‚rush hour‘ des Lebens – genutzt werden können, in denen i.d.R. noch keine großen Ersparnisse vorliegen, besteht die Möglichkeit, in Form eines Kredits auf zukünftig zu erwartendes Einkommen (z.B. betriebliche Rentenansprüche) vorzeitig zuzugreifen.

Entsprechende Ansätze können die Möglichkeiten des Einzelnen zur eigenverant-

wortlichen und an den persönlichen Bedürfnissen orientierten Verteilung des Lebenseinkommens zweifellos verbessern. Allerdings müssen mehrere kritische Einwände vorgebracht werden. Zum einen dürften jüngere Kohorten – im Unterschied zu einem Großteil heutiger Rentner – ohnehin schon Probleme haben, Armut vermeidende Erwerbseinkommen zu erzielen und ebensolche Rentenansprüche aufzubauen. Ein vorgezogener Verbrauch von potentiell Erwerbs- und Alterseinkünften würde insofern den Druck auf das weitere Erwerbsleben erhöhen und das Risiko von Altersarmut weiter steigen lassen. Kritisch erscheint zudem, dass die Modelle der weiteren Privatisierung von sozialen Risiken – wie der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige – Vorschub leisten. Wenn davon ausgegangen wird, dass jeder entsprechende ‚Erwerbsrisiken‘ durch eine Umschichtung des persönlichen Lebenserwerbseinkommens kompensieren kann, liegt es nahe, einen kollektiv finanzierten Ausgleich für soziale Risiken und gesellschaftlich wichtige Formen nicht entlohnter Arbeit für überflüssig zu deklarieren. De facto ist jedoch dieser Ausgleich unverzichtbar, weil sich Erwerbsrisiken und Fürsorgearbeit in der Lebensbilanz sehr ungleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen. Allerdings bedarf es einer neuen Diskussion darüber, für welche Lebensphasen und Tatbestände eine interpersonelle Umverteilung über kollektive Systeme gesellschaftlich angebracht erscheint. Einiges spricht dafür, Zeitoptionen mit monetärer Unterstützung („integrierte Optionen“) eher für Personen in der ‚rush hour‘ des Lebens mit Zeitnot und Fürsorgeverpflichtungen bereit zu stellen, als z.B. für die Erleichterung eines vorgezogenen Rentenzugangs, wie dies in Deutschland bis heute vorrangig geschieht. Ein Ansatz wäre ein kollektiv unterstütztes Modell der ‚Teilzeit für Personen mit Fürsorgeaufgaben‘. Finanzielle Mittel hierfür könnten durch eine Einschränkung der wenig zielgenauen Familienförderung durch das Ehegattensplitting gewonnen werden.²⁴ Sinnvoll erscheint daher eine Kombination und Abstimmung von verbesserten individuellen Möglichkeiten zur Neuverteilung von Geld (und Zeit) über den Lebensverlauf mit auf bestimmte Situationen und Lebensphasen konzentrierte kollektiv finanzierte Geldleistungssysteme.

Die Neuausrichtung der Geldleistungssysteme erfordert vor dem Hintergrund der analysierten Entwicklungen auch einen brei-

teren individuellen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Bestimmte flexible Erwerbsformen und Erwerbslücken gehen in Deutschland häufiger als in Ländern, die stärker auf eine bevölkerungsweite Grund- oder Bürgersicherung abstellen, mit Lücken in der Versicherungsbiografie und im sozialen Schutz einher,²⁵ auch wenn ein Teil der Risiken nach wie vor durch abgeleitete, an die Ehe geknüpfte Rechte aufgefangen wird. Junge Menschen werden, wie zuletzt die im November 2007 veröffentlichten Daten der neuen AVID gezeigt haben,²⁶ angesichts der Kürzungen im Bereich der gesetzlichen Altersvorsorge zunehmend mit dem Risiko der Altersarmut zu rechnen haben – selbst dann, wenn sie die staatliche Förderung der privaten Vorsorge nutzen und z.B. über einen Riester-Vertrag für ihr Alter sparen.

Zum Ausbau eigenständiger Ansprüche empfiehlt sich eine Erweiterung der Versicherungspflicht in den gesetzlichen Sozialversicherungen mit dem Ziel der bevölkerungsweiten Abdeckung für zu definierende Basisrisiken. Im Bereich der Alterssicherung ist im Zuge der Rentenreform von 2001 zwar bereits eine bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt worden. Diese stellt jedoch nur einen Reparaturmechanismus für – gemessen an den Normvorstellungen – ‚misslungene‘ biografische Verläufe dar;²⁷ die eigentlichen Ursachen eines unzureichenden Aufbaus von Anwartschaften, nämlich Erwerbs- und Versicherungslücken, werden weder identifiziert noch behoben. Eine Antwort auf veränderte Erwerbs- und Lebensverläufe, die an den Ursachen ansetzt, müsste dagegen ausgehend von einer allgemeinen Versicherungspflicht über den Lebensverlauf festlegen, wer jeweils die finanziellen Lasten für die Aufrechterhaltung des Versicherungsstatus in einer bestimmten Erwerbs- und Lebenssituation trägt.²⁸ Zur Orientierung für das Ausmaß der Versicherungspflicht kann das Ziel dienen, dass jede/r über den Lebensverlauf zumindest eigenständige Alterssicherungsansprüche in Höhe des sozio-kulturellen Minimums (Sozialhilfe) aufbaut. Dies würde nicht nur helfen, Altersarmut bei Frauen und Männern mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien zu vermeiden, sondern könnte auch das allgemeine Bewusstsein bezüglich der langfristigen Risiken und Kosten entsprechender Erwerbsverläufe verbessern, ‚Free-Rider-Verhalten‘ erschweren sowie die Akzeptanz für die kollektive Unterstützung der dennoch Bedürftigen stärken – und damit die Aussichten jüngerer

Kohorten, sich trotz gestiegener Arbeitsmarktrisiken auf das System sozialer Sicherung verlassen zu können.

Anmerkungen

1 Die Anführungsstriche geben zum Ausdruck, dass ‚Freiwilligkeit‘ und ‚Unfreiwilligkeit‘ abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen und kulturellen Normen sind.

2 Council of the European Union 2003: Paragraph 15, Hervorhebung U.K.

3 European Commission, Guidelines 2005, 2005/600/EC.

4 Die Ergebnisse entstammen zum Teil Längsschnittauswertungen aus den Datenbeständen der AVID (Altersvorsorge in Deutschland) sowie der IAB-Beschäftigtenstichprobe für ein von der Autorin geleitetes Forschungsprojekt, vgl. Klammer/Tillmann 2002.

5 vgl. z.B. Klammer/Tillmann 2002.

6 Berechnungen auf der Basis von Daten des European Community Household Panel für das von der Autorin mit durchgeführte Projekt „Towards a new organisation of working time throughout working life“, vgl. Anxo et al. 2006 und Klammer et al. 2005. Die Konstruktion des Familienzyklus auf der Basis von Querschnittsdaten (hier: 2000) hat den Vorteil, dass alle Lebensphasen zu einem bestimmten Zeitpunkt – und damit vor dem Hintergrund bestimmter institutioneller Rahmenbedingungen – abgebildet werden können. Sie hat allerdings den Nachteil, dass es sich nicht um ‚echte‘ Lebensverläufe handelt und insofern mögliche Kohorteneffekte mit zu berücksichtigen sind (d.h. Männer und Frauen, die heute kleine Kinder haben, können möglicherweise später andere Erwerbsmuster aufweisen als diejenigen, die sich heute in späteren Lebensphasen befinden).

7 vgl. z.B. Klammer/Tillmann 2002.

8 ebd.

9 vgl. Klammer/Tillmann 2002 auf der Basis von AVID-Daten.

10 Anteil der mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen bis 30 Jahre in Prozent aller Erwerbspersonen bis 30 Jahre, nach Kohorten.

11 Ergänzungsstichprobe I der IAB-Beschäftigtenstichprobe, Projektberechnungen für Klammer / Tillmann 2002.

12 vgl. Klammer/Tillmann 2002.

13 u.a. Beblo/Wolf 2002.

14 vgl. Klammer/Tillmann 2002.

15 z.B. Schmid/Gazier 2002.

16 Klammer/Leiber 2004.
 17 Berkel/Hornemann Møller 2002: 54.
 18 Cebulla 2002.
 19 z.B. Rabe/Schmid 1999; Schmid/Gazier 2002.
 20 Gautié 2003.
 21 Das existierende deutsche Altersteilzeitmodell wird – entgegen der ursprünglichen Intention – überwiegend als Blockmodell zum vorzeitigen Übergang in den Ruhestand genutzt.
 22 z.B. in den Niederlanden, aber auch in der Europäischen Kommission, vgl. Stuurgroep Verkenning Levensloop 2002; Naegele et al. 2003; Klammer et al. 2005; Waas 2004.
 23 SZW 2006.
 24 Deutscher Bundestag 2002: 257 – 260.
 25 Klammer 2000.
 26 Rische 2007, in kritischer Auseinandersetzung dazu: Hauser 2007; Klammer 2008.
 27 Konsequenterweise ist die Leistung seit 2005 ins Sozialhilferecht des neuen SGB XII eingegliedert worden.
 28 Vielle 2001; Vielle/Walthéry 2003.

Literatur

Anxo, Dominique / Boulin, Jean-Yves / Cebrian, Immaculada / Fagan, Colette / Keuzenkamp, Saskia / Klammer, Ute / Klenner, Christina / Moreno, Gloria / Toharía, Luis (2006): Working time options over the life course: New work patterns and company strategies. Luxembourg: European Foundation, Office for Official Publications of the European Communities.

Beblo, Miriam / Wolf, Elke (2002): Wage Penalties for Career Interruptions. An Empirical Analysis for West Germany. Mannheim: ZEW Discussion Paper, Nr. 02/45.

Berkel, Rik van / Hornemann Møller, Iver (Hg.) (2002): Active Social Policies in the EU. Inclusion through participation?. Bristol: Policy Press.

Cebulla, Andreas (2002): Flexibilität und soziale Sicherung in Großbritannien unter besonderer Berücksichtigung des New Deal. In: Klammer, Ute/Tillmann, Katja (Hg.): Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Düsseldorf: Landesarbeitsministerium MASQT 1106, 585 - 636.

Council of the European Union (2003): Council Decision of 22 July 2003 on guidelines for the employment policies of the

Member States. Official Journal of the European Union. 5.8.2003, L 197 13 – L 197 21.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. BT-Drs. 14/8952. Berlin.

Gautié, Jérôme (2003): Transitions et trajectoires sur le marché du travail en France: mutations et conséquences. Troisièmes entretiens de l'emploi. ANPE. Mars.

Hauser, Richard (2007): Anmerkungen zur Untersuchung „Alterssicherung in Deutschland“, Vortrag gehalten auf der Tagung „Sozialpolitische Herausforderungen in der Alterssicherung gestalten“, Berlin 22.11.2007, unveröff. Manuskript.

Klammer, Ute (2000): Auf dem Weg zu mehr Flexicurity in Europa. WSI-Mitteilungen 5/2000, 313-321.

Klammer, Ute (2008): Armut und Verteilung in Deutschland und Europa – eine kritische Bestandsaufnahme, WSI-Mitteilungen 3/2008.

Klammer, Ute / Keuzenkamp, Saskia / Anxo, Dominique / Boulin, Jean-Yves / Cebrián, Immaculada / Fagan, Colette / Klenner, Christina / Moreno, Gloria / Toharía, Luis (2005): Working time options over the life course: Changing social security structures. Luxembourg: European Foundation, Office for Official Publications of the European Communities.

Klammer, Ute / Leiber, Simone (2004): Aktivierung und Eigenverantwortung in europäisch-vergleichender Perspektive. WSI-Mitteilungen 9/2004, 514 - 521.

Klammer, Ute / Tillmann, Katja (2002): Flexicurity – Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Düsseldorf: Landesarbeitsministerium MASQT 1106.

Naegele, Gerhard / Barkholdt, Corinna / de Vroom, Bert / Goul Anderson, Joergen / Krämer, Katrin (2003): A new organisation of time over working life. Luxembourg: European Foundation, Office for Official Publications of the European Communities.

Rabe, Brigitta / Schmid, Günther (1999): Eine Frage der Balance. Reform der Arbeits-

marktpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/1999, 21-30.

Rische, Herbert (2007): Vorstellung der Studie „Altersvorsorge in Deutschland (AVID)“. 3. Aktuelles Presse-seminar der Deutschen Rentenversicherung Bund. Würzburg 20.-21.11.2007. www.deutsche-rentenversicherung.de. (am 25.11.2007).

Schmid, Günther / Gazier, Bernard (Hg.) (2002): The Dynamics of Full Employment. Social Integration Through Transitional Labour Markets. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Stuurgroep Verkenning Levensloop (2002): Verkenning Levensloop. Den Haag.

SZW (2006): Levensloopregeling: informatie voor werknemers. http://home.szw.nl/navigatie/rubriek/dsp_rubriek.cfm?rubriek_id=1001&subrubriek_id=1003&link_id=77624. (am 15.3.2006).

Vielle, Pascale (2001) : La sécurité sociale et le coût indirect des responsabilités familiales. Brüssel: Bruylant.

Vielle, Pascale / Walthery, Pierre (2003): Flexibility and social protection. Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.

Waas, Bernd (2004): Die ‚lebensverlaufbezogene‘ Politik in den Niederlanden. Ein Beispiel für Deutschland?. In: Sozialer Fortschritt. Jg. 53 (7/2004), 173 – 178.



Dr. Ute Klammer ist Professorin für Politische Wissenschaften, insbesondere Sozialpolitik an der Universität Duisburg-Essen (seit 3/2007) und Prorektorin der Universität Duisburg-Essen für Diversity Management (seit 10/2008). Mitglied des Nationalen Rates für Nachhaltige Entwicklung und der Sachverständigenkommission Gleichstellung der Bundesregierung (jeweils seit 2008).

Kontakt-daten:

Von-Claer-Str. 74, 53757 Sankt Augustin,
 Tel: 02241/206324, Fax: 02241/206325,
 ute-klammer@t-online.de.

Mutterschaft in fortgeschrittenem Alter: eine überfällige ‚Revolution‘?

Dr. Tomáš Sobotka (Übersetzung: Aisha Kastl)

Abstract: Es wird für Paare zunehmend schwieriger, den richtigen Zeitpunkt für eine Elternschaft abzuspannen und diese mit Ausbildung, Karriere, Freizeit, und Beziehung in Einklang zu bringen. Der vorliegende Artikel behandelt v.a. in Hinblick auf höher qualifizierte Frauen verschiedene Aspekte, die eine späte Elternschaft bedingen. Er befasst sich mit verschiedenen individuellen und allgemeinen Folgen der späten Mutterschaft und diskutiert die Rolle der Reproduktionsmedizin, welche sich verstärkt mit Infertilität aufgrund des fortgeschrittenen gebärfähigen Alters auseinandersetzen muss. Schließlich möchte der Artikel darauf aufmerksam machen, dass es sowohl positive wie auch negative Auswirkungen der ‚reproduktiven Revolution‘ auf die Familienplanung gibt. Er möchte Empfehlungen an die Politik geben, wie diese die Entscheidung für eine Elternschaft sowohl in jungem wie auch in fortgeschrittenem gebärfähigem Alter besser unterstützen kann. Die Politik sollte auch die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensstile der Einzelnen berücksichtigen.

Einleitung

In den letzten 40 Jahren war in den Industrienationen eine merkliche Verschiebung der Mutterschaft nach hinten festzustellen. Dieser Trend ist bereits in vielen Ländern mit unterschiedlichen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Begebenheiten zu verzeichnen.¹ Während zur gleichen Zeit eine allgemeine Verschiebung von Bildungsabschluss und Partnerschaft auf spätere Lebensabschnitte stattfindet, erfährt die verspätete Eltern- bzw. Mutterschaft aufgrund der damit verbundenen gesundheitlichen Risiken und einer steigenden Infertilitätsrate besondere Aufmerksamkeit.

Es wird für Paare zunehmend schwieriger, den richtigen Zeitpunkt für eine Elternschaft abzuspannen und diese mit Ausbildung, Karriere, Freizeit und Beziehung in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund behandelt der vorliegende Artikel verschiedene Aspekte einer späten Elternschaft. Ich möchte unterschiedliche individuelle und

allgemeine Folgen dieser späten Mutterschaft darstellen und die Rolle der Reproduktionsmedizin, welche sich verstärkt mit Infertilität aufgrund des fortgeschrittenen reproduktionsfähigen Alters, auseinandersetzen muss, erläutern. Abschließend möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es sowohl positive wie auch negative Auswirkungen der ‚reproduktiven Revolution‘ auf die Familienplanung gibt und möchte Empfehlungen an die Politik geben, wie sie die Entscheidung für eine Schwangerschaft sowohl in jungem wie auch in fortgeschrittenem gebärfähigem Alter besser unterstützen kann.

Die meisten von uns werden Eltern, lange bevor wir aufhören, Kinder zu sein.

/ Mignon McLaughlin /

Gründe für eine späte Mutterschaft

Ausgehend von west- und nordeuropäischen Staaten und entwickelten Ländern außerhalb Europas hat sich seit den 1970er Jahren ein Trend zur ‚späten Mutterschaft‘ verbreitet, welcher bis Ende der 1990er Jahre auch in allen Industrienationen Einzug fand. Heutzutage bekommen sowohl Frauen in West-, Nord- und Südeuropa wie auch in Japan ihr erstes Kind im Schnitt zwischen dem 28. und 29. Lebensjahr (über

29 in Italien, Spanien, den Niederlanden und in der Schweiz). 1970 lag das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes dagegen noch zwischen dem 24. und dem 25. Lebensjahr (siehe Abbildung 1). In Japan und den meisten Ländern Europas macht die Anzahl minderjähriger Mütter nur einen marginalen Teil aus, wobei hingegen die Häufigkeit der Mutterschaft bei über 40-Jährigen seit den späten 1980ern stark zugenommen hat, was einen Gegentrend zu dem lang anhaltenden Abwärtstrend, ausgelöst durch den demografischen Übergang, bedeutet.²

Die Verlagerung der Mutterschaft auf ein höheres Alter ist in erster Linie auf die Verbreitung besserer Bildungsmöglichkeiten, v.a. für Frauen, zurückzuführen. Die allgemeine Auffassung der Inkompatibilität von Ausbildung und Kinderwunsch sowie das späte Beenden der Ausbildungszeit führen automatisch zu einer späteren Elternschaft.⁴ Es konnten viele weitere Faktoren, die eine späte Elternschaft bedingen, identifiziert werden.⁵ Zu einer späten Elternschaft tragen die relative Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und die in vielen Ländern herrschende, hohe Arbeitslosenquote unter jungen Erwachsenen bei.⁶ Zum Teil trug auch ein höheres Bildungsniveau der Frau zu ihrer ‚Befreiung‘ von Häuslichkeit und

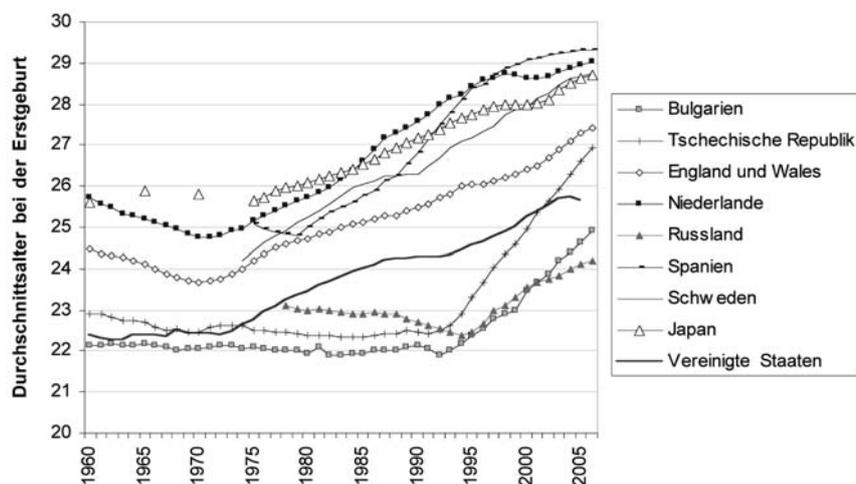


Abbildung 1: Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes, ausgewählte Länder Europas, Japan und die USA (1960-2006)³

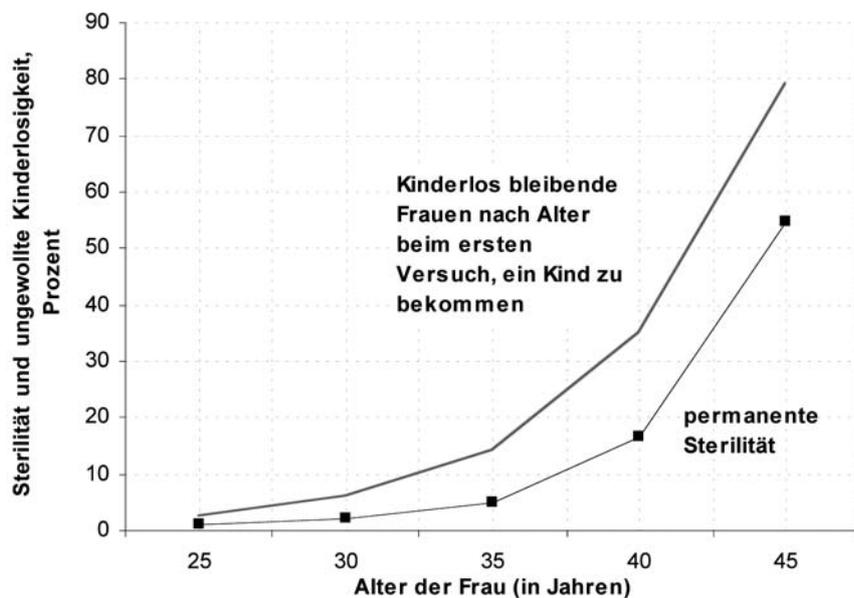


Abbildung 2: Sterilität von Frauen nach Alter und Prozent der kinderlosen Paare nach Alter bei ihrem ersten Versuch, ein Kind zu bekommen¹³

wirtschaftlicher Abhängigkeit des Mannes bei, eröffnete ihr neue Möglichkeiten und machte die ständige Beteiligung am Arbeitsmarkt zu einem erwarteten und essentiellen Bestandteil ihrer Biografie.⁷ Infolgedessen wurde die Entscheidung für eine Mutterschaft immer schwieriger.

Die Verbreitung der empfängnisverhütenden Pille ist ein wichtiger technischer Fortschritt. Zum einen trägt er dazu bei, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden, zum anderen ermöglicht er es einem Paar besser über den Zeitpunkt des Kinderkriegers zu entscheiden bzw. die Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.⁸ Hinzu kommen die veränderten Normen und Werte im Zusammenhang mit Partnerschaft und Familie. Elternschaft ist schon lange nicht mehr das einzige und universelle Ziel des Lebens. Demnach konkurriert der Kinderwunsch mit anderen Optionen wie Selbstverwirklichung, Freizeitgestaltung und Konsum. Die Motivation für eine Elternschaft hat sich tiefgreifend verändert: Die Familiengründung wird zu einer mit aller Vorsicht durchdachten Entscheidung. Paare wägen erst die positiven und negativen Auswirkungen der Elternschaft auf ihre Beziehung, ihren Lebensstil und ihre wirtschaftliche Lage ab.⁹ Eine instabile Partnerschaft oder die Uneinigkeit zwischen den Partnern kann daher ebenfalls Grund für eine späte Schwangerschaft sein.

Vor allem unter hochqualifizierten Frauen ist die Konkurrenz zwischen Mutterschaft

und einer anderen Lebensentscheidung besonders hoch. Frauen mit einem Hochschulabschluss schieben den Zeitpunkt der ersten Mutterschaft nicht nur aufgrund der langen Studienzeit weiter nach hinten, sondern warten auch nach dem Abschluss ihres Studiums länger als andere Frauen, um ein Kind zu bekommen. Dies führt zu einer länderübergreifenden, zunehmenden, sozialen Statusdifferenzierung im Familienleben: Frauen mit einem Hochschulabschluss bekommen häufig ihr erstes Kind erst nach dem 30. Lebensjahr. Frauen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss bekommen ihr erstes Kind hingegen häufig im jugendlichen Alter.¹⁰

Konsequenzen für die Frauen im ‚Übergang‘ zum neuen Modell einer späten Mutterschaft

Die eindeutigste Folge später Elternschaft ist der rapide Anstieg von Kinderlosigkeit bei 30- bis 40-Jährigen Frauen. In den Niederlanden z.B. bleiben neun von zehn Frauen der Jahrgänge 1965-74 die über ein hohes Bildungsniveau verfügen, bis zu ihrem 28. Lebensjahr kinderlos, was einen scharfen Anstieg von ca. 50 Prozent im Vergleich zu der 1940-49 Kohorte ausmacht.¹¹ In den meisten Ländern weisen hochqualifizierte Frauen die höchste Rate an Kinderlosigkeit auf, wobei ungewollte Kinderlosigkeit hierfür nicht der wichtigste Auslöser ist. Während hochqualifizierte Frauen ihr erstes Kind viel später als Frauen mit einem niedrigeren Bildungsniveau bekommen, weisen hochqualifizierte Frauen eine hohe Zahl an

Zweit- und Drittgeburten zwischen ihren Mitt- bis Spätdreißigern und frühen Vierzigern auf.¹²

Viele Frauen riskieren Kinderlosigkeit sowohl durch langes Herauszögern des richtigen Zeitpunkts für eine Mutterschaft wie auch durch das ‚Verlegen‘ der Mutterschaft auf ihre späten 30er. Unfruchtbarkeit steigt nach dem 35. Lebensjahr deutlich an und nimmt nach dem 40. rapide zu. Leridons (2008) neueste Erhebung bezüglich Unfruchtbarkeit und permanenter Kinderlosigkeit veranschaulicht diese Tendenz (siehe Abbildung 2): Ab dem 40. Lebensjahr wurden 17 Prozent der Frauen als endgültig unfruchtbar (Schwangerschaft ausgeschlossen) eingestuft und 35 Prozent würden nicht in der Lage sein in diesem Alter eine Schwangerschaft auszutragen.

Die Jahre 38 bis 42 können als letztes, kritisches Zeitfenster für einen Schwangerschaftsversuch betrachtet werden, bevor die biologische Uhr besonders schnell weiter tickt. Viele Frauen, die sich diesem kritischen Zeitfenster nähern, haben den Wunsch über dieses Alter hinaus noch ein Kind zu bekommen. In Österreich wünschen sich z.B. acht Prozent aller Frauen und 18 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss zwischen 36 und 40 noch ein Kind.¹⁴

Die medizinische Fachliteratur belegt, dass eine späte Schwangerschaft das Risiko für Fehlgeburten, Komplikationen während der Schwangerschaft, Gesundheitsschäden für die Mutter, Totgeburten, Frühgeburten und Fehlbildungen, wie z.B. das Down Syndrom, erhöht.¹⁵ Frauen, die ihr erstes Kind mit über 35 Jahren bekommen, riskieren eine langfristige Beeinträchtigung ihrer Gesundheit. Zur gleichen Zeit sind Frauen, die ihr erstes Kind in ihren frühen Dreißigern bekommen, in besserer gesundheitlicher Verfassung als jüngere Erstgebärende.¹⁶

Dennoch hat eine späte Mutterschaft auch positive Effekte und Folgen. Viele Kinder, die ‚ältere‘ Eltern haben, sind Wunschkinder und wachsen in einem stabilen Familienumfeld auf. Wenige der älteren Mütter sind zum Zeitpunkt der Geburt alleinstehend. In England z.B. nimmt die Zahl der Mütter, die nicht in einer Partnerschaft leben oder deren Mann woanders lebt, rapide ab. Dies betrifft v.a. junge erwachsene Frauen bis zum 30. Lebensjahr. Mehr als die Hälfte aller jugendlichen Mütter sind alleinstehend

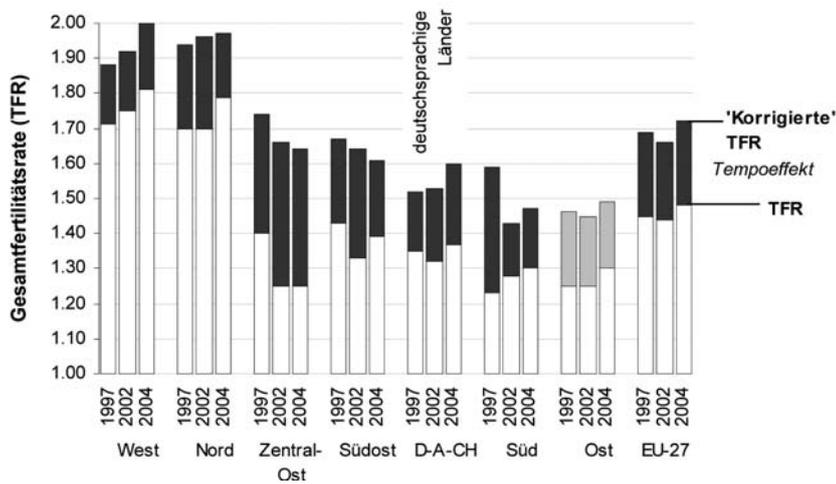


Abbildung 3: Gesamtferilitätsrate und angepasste Gesamtferilitätsrate in den größten europäischen Gebieten, ohne Berücksichtigung des Alters bei der ersten Mutterschaft.²²

oder leben zum Zeitpunkt der Geburt nicht mit dem Vater des Kindes zusammen. Dieser Anteil sinkt um 28 Prozent zwischen dem 20. und 24. und um sieben Prozent ab dem 30. Lebensjahr.¹⁷ Was jedoch Partnerschaft und Ehe betrifft, so weisen Paare in ihren späten Zwanzigern bis Anfang 30 mehr Stabilität auf als jüngere Paare. Dadurch wird das Risiko gemindert, dass Kinder instabilen familiären Verhältnissen ausgesetzt werden, wie es in den meisten Industrienationen bereits der Fall ist.¹⁸ Es besteht sogar Grund zur Annahme, dass Kinder älterer Mütter über bessere kognitive und intellektuelle Fähigkeiten verfügen könnten.¹⁹

Eine späte Elternschaft ist ebenfalls mit wirtschaftlichen und Karriere bezogenen Vorteilen verbunden. Eine Studie von Joshi (2002) kam in Großbritannien zu dem Schluss, dass der Aufschub der Fertilität die wirtschaftlichen Einbußen durch eine Schwangerschaft, v.a. unter Hochschulabsolventinnen, verringern könnte. Ähnliche Ergebnisse erhielt Miller (2008) in den USA: Je länger die Schwangerschaft hinausgezögert wurde, desto höher war das Einkommen der Frau. Schließlich bedeutet die Erwerbstätigkeit der Frau bis zu ihrem 50. oder 60. Lebensjahr, dass mehr Großeltern, z.B. nach ihrer Pensionierung, für die Betreuung der Enkelkinder deren Mütter 30 Jahre und älter sind, zur Verfügung stehen.

Konsequenzen später Mutterschaft auf gesellschaftlicher Ebene

Auf allen Ebenen bringt die Verlagerung der Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt eine Abnahme der Geburtenrate in einem bestimmten Zeitraum mit sich, ob-

wohl die Anzahl aller geborenen Kinder konstant bleibt. Man kann sich dies vergegenwärtigen, indem man an diesen Effekt im Sinne einer Vergrößerung der Intervalle zwischen den Generationen denkt, wobei in jedem Kalenderjahr weniger Geburten zu verzeichnen sind. Neueste Erhebungen des Instituts für Demografie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften²⁰ weisen darauf hin, dass bei einer Nichtberücksichtigung des steigenden Alters von Frauen bei der ersten Geburt, die gesamte Fertilitätsrate für die Länder der Europäischen Union zwischen 2003 und 2005 einen Wert von 1,72 statt dem beobachteten Wert von 1,48 (Abbildung 3) erreichen würde. Indem man den Anstieg des hohen Alters der Mutter bei der ersten Geburt entgegenwirkt, könnte man diesen Unterschied reduzieren und die Geburtenrate erhöhen. Dieser Effekt ist in der Tat jüngst in vielen europäischen Ländern beobachtet worden.²¹

Neben dem kurzzeitigen Effekt der späten Mutterschaft auf die Fertilitätsrate, führt diese ebenfalls zu niedrigeren Fertilitätsraten aufgrund steigender Unfruchtbarkeit. Dies führt infolgedessen dazu, dass viele Frauen nicht die Anzahl der gewünschten Kinder bekommen können. Ein länderübergreifender Vergleich weist darauf hin, dass eine späte Mutterschaft in Europa bisher eine geringe Rolle in der beobachteten Verlagerung hin zu niedrigen und extrem niedrigen Fertilitätsraten gespielt hat. In Ländern wie Frankreich, Norwegen und Schweden weisen die Erstgebärenden europaweit nicht nur das höchste Alter auf, sondern auch die höchste Fertilitätsrate und in der Kohorte relativ stabile Niveaus der gesamten Fertilitätsrate, was fast dem Bevölkerungserneuerungsniveau entspricht.

Bietet die Reproduktionsmedizin im Hinblick auf die altersbedingte Unfruchtbarkeit eine Lösung?

Frauen, die sich aufgrund ihrer Entscheidung für eine späte Mutterschaft mit Unfruchtbarkeit konfrontiert sehen, könnten in der Reproduktionsmedizin eine mögliche Lösung finden. Dennoch hat die Forschung in der Reproduktionsmedizin noch keine effektive Methode entwickelt, um Unfruchtbarkeit bedingt durch späte Mutterschaft zu behandeln. Untersuchungen während der künstlichen Befruchtung haben ergeben, dass für jeden Zyklus weiblicher Eizellen die Chance, ein lebendes Kind zur Welt zu bringen, ab dem 32. Lebensjahr stetig sinkt. Die Schwangerschaftsrate und die Rate der Lebendgeburten sind besonders niedrig bei Frauen ab 40: In den USA führte eine künstliche Befruchtung 40-Jähriger mit frischen, eigenen Eizellen bei 23 Prozent zu einer Schwangerschaft, wobei 16 Prozent Lebendgeburten zu verzeichnen sind.²³ Ab einem Alter von 42 Jahren liegt die Zahl der Lebendgeburten unter zehn Prozent.

Auffallend ist jedoch, dass eine Befruchtung mit Spender-Eizellen junger Frauen, die Aussichten älterer Frauen auf eine erfolgreiche Schwangerschaft und Geburt erhöht. Diese Anzeichen sprechen dafür, dass die Anwendung von Kryokonservierung (Aufbewahrung von Eizellen in flüssigem Stickstoff) in jungen Jahren vielen Frauen eher die Möglichkeit bietet, mit ihren eigenen Eizellen zu einem späteren Zeitpunkt schwanger zu werden. Allerdings steckt die Reproduktionsforschung auf dem Gebiet der Kryokonservierung noch in den Kinderschuhen.²⁴ Es sind nur wenige Fälle einer erfolgreichen Anwendung bekannt.

Kinder sind gewiss ein Segen, aber sie machen die Dinge unglaublich kompliziert.

/ Lionel Shiver /

Schlussbetrachtung und Empfehlungen an die Politik

In der medizinischen Fachliteratur wird späte Mutterschaft aufgrund des höheren Risikos für Fehlgeburten und Fehlbildungen sehr kritisch betrachtet. Dennoch befindet sich die rein biologisch rationale Begründung, dass eine frühe Schwangerschaft besser sei, in zunehmendem Konflikt mit den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die eine späte Schwangerschaft vorteilhaft machen. Das Phänomen der späten Mutter-

schaft geht einher mit der allgemein längeren Lebenserwartung, einem späten Übergang ins Erwachsensein und wirtschaftlicher Aktivität.²⁵

Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik könnten auf die Entscheidung für eine Schwangerschaft Einfluss nehmen. Lutz und Skirbekk (2005) erläutern zwei Möglichkeiten, wie bei gleich bleibender ‚Reihenfolge des Lebenslaufes‘, die Politik eine frühere Elternschaft unterstützen bzw. fördern kann: (1) Indem sie eine Neuordnung der Lebensläufe ermöglicht (z.B. Kinderkriegen während bzw. vor Beendigung der Ausbildungszeit) und (2), indem bestimmte Lebensphasen verkürzt werden (z.B. Verkürzung der Zeit die für eine höhere Bildung aufgewendet wird). Eine weitere detaillierten Untersuchung, durchgeführt von Rindfuss und Brauner-Otto (2008), analysiert die Auswirkungen von Regulationsmechanismen und Bildungs-, Arbeits- und Wohnungspolitik auf eine frühere Mutterschaft.

Eine Familienpolitik, die eine bessere Kombination von Arbeit und Familie im Zuge der ‚rush hour‘ des Lebens ermöglicht, muss die große Heterogenität an Lebensstilen und Elternschaftszeitpunkten berücksichtigen. Neue Regelungen müssen sich frei machen von einer ‚alten‘, uniformen Behandlung. Denn Erfahrungen, Bedürfnisse und Vorlieben des Einzelnen sind sehr unterschiedlich. Karriereorientierte Frauen würden sich z.B. durch eine Politik, die eine längere Elternzeit zwar unterstützt, aber nicht für Jobalternativen, wie z.B. Teilzeitjobs, oder Kinderbetreuung sorgt, nicht zu einer früheren Schwangerschaft motiviert fühlen. Die Familienpolitik des 21. Jahrhunderts muss auf die unterschiedlichen Lebensstile und Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Die Politik sollte so gestaltet sein, dass auf einem sehr allgemeinen Niveau „more innovatively paid and unpaid duty-free time over the entire life course“ ermöglicht wird.²⁶

Nach der ausführlichen Betrachtung der Thematik sollen abschließend in einer Art ‚Wunschliste‘ die Empfehlungen an die Politik formuliert werden:

- Den herrschenden Trend, dass junge Arbeitnehmer zwischen dem 25. und 34. Lebensjahr im Vergleich zu 45- bis 54-Jährigen seit Mitte der 70er immer weniger verdienen, umkehren. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einen besseren Zu-

gang für junge Erwachsene ermöglichen. Regelungen, die ältere Arbeitnehmer schützen, limitieren, um auf diese Weise die Arbeitslosenquote unter jungen Erwachsenen zu reduzieren.

- Männern und Frauen mehr Flexibilität in Arbeits- und Familienplanung ermöglichen. Die Länge der Wochenarbeitszeit, des Erziehungsurlaubs (einschließlich einem System, das kurzen Erziehungsurlaub für Eltern mit Kindern unter 15 Jahren garantiert) und der geteilten Elternzeit sollte flexibler zu gestalten sein.
- Eine öffentliche Kinderbetreuung sollte für alle zugänglich sein. Die Ganztagsbetreuung, Betreuung für Kinder unter drei Jahren und Kinder im Schulalter sollte gewährleistet sein.
- Frauen, bei denen trotz Unfruchtbarkeit eine nicht-marginale Chance auf eine Schwangerschaft diagnostiziert wurde, sollte ein guter und günstiger Zugang zu jeder Art von medizinischer Behandlung offen stehen.
- Ein unabhängiger Haushalt ist die wichtigste Voraussetzung für die Gründung einer Familie. Daher sollte die Politik Paare beim Erwerb sowohl erschwinglicher Miet- wie auch Eigentumswohnungen besser unterstützen.²⁷

Da es keine eindeutigen Beweise für die Behauptung gibt, dass eine frühe Schwangerschaft einer späten vorzuziehen sei, sollten sich die vorangegangenen Empfehlungen an die Politik nicht ausschließlich auf das Senken des Alters bei Erstgebärenden konzentrieren. Bis zu einem gewissen Punkt würden sie dazu dienen, eine frühe Schwangerschaft zu unterstützen und Hindernisse für junge Paare mit Kinderwunsch aus dem Weg zu räumen. Zur gleichen Zeit könnten einige der politischen Maßnahmen eine Mutterschaft in späten Jahren fördern und die Verwirklichung des endgültigen Kinderwunsches (Anzahl der Kinder) realisierbar machen.

Vor dem Hintergrund, dass in den meisten Ländern und sozialen Gruppen Frauen ihr erstes Kind in einem Alter bekommen, in dem ein zweites Kind nicht ausgeschlossen ist, sollte die Verlagerung der ersten Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt nicht allzu negativ betrachtet werden. Um es anders auszudrücken: Solange die Mehrzahl

der Frauen, auch jene mit einem hohen Bildungsabschluss, ihr erstes Kind vor dem 35. Lebensjahr bekommen, ist die Sorge um steigende Auswirkungen von Unfruchtbarkeit (aufgrund des fortgeschrittenen Alters) auf Kinderwunsch und Fertilitätsrate der Kohorte, unbegründet. Das Phänomen der späten Mutterschaft wird, mit leichter Abschwächung, weiterhin bestehen bleiben. Das macht nicht nur die wachsende Zahl an kinderlosen Frauen oder Frauen mit nur einem Kind nach ihrem 30. Lebensjahr deutlich, sondern auch der Wunsch vieler Frauen, auch im fortgeschrittenen Alter Kinder zu haben. Die ‚Revolution‘ der späten Mutterschaft ist deshalb noch nicht vorbei.

Anmerkungen

- 1 Kohler et al. 2002.
- 2 Sobotka et al. 2007.
- 3 Quelle: Eurostat (2008); Council of Europe (2006); Smallwood (2002); Zakharov (2008); Amtliche Statistiken.
- 4 Blossfeld/Huinink 1991.
- 5 vgl. Rindfuss et al. 1988; Kohler et al. 2002; Sobotka 2004.
- 6 vgl. Mills/Blossfeld 2005.
- 7 Goldin 2006.
- 8 vgl. Santow/Bracher 2001.
- 9 vgl. Liefbroer 2005.
- 10 McLanahan 2004.
- 11 de Graaf, 2008: 20, Abbildung 2.
- 12 vgl. Rendall/Smallwood 2003.
- 13 Quelle: Übernommen aus Leridon (2008: Tabelle 1 und 2).
- 14 Sobotka 2008.
- 15 ESHRE 2005; Heffner 2004.
- 16 Mirowsky 2005.
- 17 ONS 2007.
- 18 vgl. Heuveline et al. 2003.
- 19 Pollock 1996.
- 20 VID 2008.
- 21 Lutz/Sobotka 2008.
- 22 Quelle: VID 2008 (angepasste TFR nach Bongaarts-Feeney 1998). abrufbar unter <http://www.oew.ac.at/vid/datasheet/box2.s.html>.
- 23 CDC 2007 (Daten beziehen sich auf 2005).
- 24 Nowak 2007.
- 25 Lee/Goldstein 2003.
- 26 Avramov/Cliquet 2003.
- 27 vgl. Rindfuss/Brauner-Otto 2008.

Literatur

Alonzo, Angelo A. (2002): Long-term health consequences of delayed childbirth: NHANES III. In: Women's Health Issues, Jg. 12 (1/2002), 37-45.

- Avramov, Dragana / Cliquet, Robert (2003): Economy of time and population policy. Rethinking the 20th Century life course paradigm. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Jg. 28 (2-4/2003), 369-402.
- Blossfeld, Hans-Peter / Huinink, Johannes (1991): Human capital investments or norms of role transition? How women's schooling and career affect the process of family formation. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 97 (1/1991), 143-168.
- Bongaarts, John / Feeney, Griffith (1998): On the quantum and tempo of fertility. In: *Population and Development Review*, Jg. 24 (2/1998), 271-291.
- CDC (2007): Assisted reproductive technology success rates 2005. U.S. Department of Health and Human Services, Centers for Disease Control and Prevention, Atlanta. <http://www.cdc.gov/ART/ART2005/download.htm>. (am 01.02.2008).
- Council of Europe (2006): Recent demographic developments in Europe 2005. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- De Graaf, A. (2008): Vruchtbaarheid in de twintigste eeuw. In: *Bevolkingstrends*, (1/2008), 14-22.
- ESHRE (2005): Fertility and ageing. ESHRE Capri Workshop Group. In: *Human Reproduction Update*, Jg.11 (2005/3), 261-276.
- Eurostat (2008): Population and Social Conditions. Online database of Eurostat accessed in May 2008. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>.
- Goldin, Claudia (2006): The quiet revolution that transformed women's employment, education, and family. In: *American Economic Review*, Jg. 96 (2/2006), 1-21.
- Heffner, Linda (2004): Advanced maternal age – How old is too old? In: *New England Journal of Medicine*, Jg. 351 (189/2004), 1927-1929.
- Heuveline, Patrick / Timberlake, Jeffrey M. / Furstenberg, Frank F. Jr. (2003): Shifting childrearing to single mothers: Results from 17 Western countries. In: *Population and Development Review*, Jg. 29 (1/2003), 47-71.
- Joshi, Heather (2002): Production, reproduction and education: Women, children and work in a British perspective. In: *Population and Development Review*, Jg. 28 (3/2002), 445-474.
- Lee, Ronald / Goldstein, Joshua (2003): Rescaling the life cycle. Longevity and proportionality. In: Carey, James / Tuljapurkar, Shripad (Hg.): *Life span. Evolutionary, ecological and demographic perspectives*. In: *Supplement to Population and Development Review*, Jg. 29 (2003), 183-207.
- Leridon, Henri (2008): A new estimate of permanent sterility by age: Sterility defined as the inability to conceive. In: *Population Studies*, Jg. 62 (1/2008), 15-24.
- Liefbroer, Aart (2005): The impact of perceived costs and rewards of childbearing on entry into parenthood: evidence from a panel study. In: *European Journal of Population*, Jg. 21 (4/2005), 367-391.
- Lutz, Wolfgang / Skirbekk, Vegard (2005): Policies addressing the tempo effect in low-fertility countries. In: *Population and Development Review*, Jg. 31 (4/2005), 699-720.
- Lutz, Wolfgang / Skirbekk, Vegard / Testa, M. (2006): The low fertility trap hypothesis. Forces that may lead to further postponement and fewer births in Europe. In: *Vienna Yearbook of Population Research* 2006, 167-192.
- Lutz, Wolfgang / Sobotka, Tomáš (2008): Misleading policy messages from the period TFR: Should we stop using it? Paper presented at the 2008 Population Association of America Annual Meeting. New Orleans, 17-19 April 2008.
- Kohler, Hans-Peter / Billari, Francesco / Ortega, José Antonio (2002): The emergence of lowest-low fertility in Europe during the 1990s. In: *Population and Development Review*, Jg. 28 (4/2002), 641-680.
- McLanahan, Sara (2004): Diverging destinies: How children are faring under the second demographic transition? In: *Demography*, Jg. 41(4/2004), 607-627.
- Miller, Amalia R. (2008): Motherhood delay and the human capital of the next generation. <http://ssrn.com/abstract=1079832>. (am 01.07.2008).
- Mills, Melinda / Blossfeld, Hans-Peter (2005): Globalization, uncertainty and the early life course: A theoretical framework. In: Blossfeld, Hans-Peter et al. (Hg.): *Globalization, uncertainty and youth in society*. Routledge/London, 1-24.
- Mirowsky, John (2005): Age at first birth, health, and mortality. In: *Journal of Health and Social Behaviour*, Jg. 46 (2005), 32-50.
- Nowak, Rachel (2007): Egg freezing: A reproductive revolution. *New Scientist*, 21 March 2007, 8-9.
- ONS (2007): Birth statistics. Review of the Registrar General on births and patterns of family building England and Wales, 2006. Series FM1, Nr. 35, Office of National Statistics, London.
- Pollock, J. I. (1996): Mature maternity: long term associations in first children born to older mothers in 1970 in the UK. In: *Journal of Epidemiology and Community Health*, Jg. 50 (1996), 429-436.
- Rendall, Michael / Smallwood, Steve (2003): Higher qualifications, first-birth timing, and further childbearing in England and Wales. In: *Population Trends*, Jg. 111 (2003), 18-26.
- Rindfuss, R. R. / S. R. Brauner-Otto (2008): Policies, institutions, and the transition to adulthood: Implications for fertility tempo in low fertility settings. *Bevorstehend in Vienna Yearbook of Population Research* 2008.
- Rindfuss, R. R. / S. P. Morgan / G. Swicegood (1988): *First births in America. Changes in the timing of parenthood*. Berkeley/Kalifornien: University of California Press.
- Santow, Gigi / Bracher, Michael (2001): Deferral of first birth and fluctuating fertility in Sweden. In: *European Journal of Population*, Jg. 17 (2001), 343-363.
- Smallwood, Steve (2002): New estimates of trends in births by birth order in England and Wales. In: *Population Trends*, Jg. 108 (2002), 32-48.
- Sobotka, Tomáš (2004): *Postponement of childbearing and low fertility in Europe*. PhD Thesis, University of Groningen. Amsterdam: Dutch University Press.

Sobotka, Tomáš (2008): Sub-replacement fertility intentions in Austria. Exceptional case of likely future trend in other European countries? Studie präsentiert auf der 2008 European Population Conference. Barcelona, 9-12 Juli 2008.

Sobotka, Tomáš / Kohler, Hans-Peter / Billari, Francesco (2007): The increase in late childbearing in Europe, Japan and the United States. Paper presented at the 2007 Annual Meeting of the Population Association of America. New York, 29-31 March 2007.

VID (2008): European demographic data sheet 2008. Vienna Institute of Demography, IIASA, Population Reference Bureau. Abrufbar unter: <http://www.oeaw.ac.at/vid/datasheet/index.html>.

Zakharov, Sergei (2008): Russian Federation: From the first to second demographic transition. In: Frejka, T. / Sobotka, Tomáš / Hoem, Jan / Toulemon, Laurent (Hg.): Childbearing trends and policies in Europe. Demographic Research, Special Collection 7, Vol. 19(24), 907-972.



Dr. Tomáš Sobotka studierte Demographie und Soziale Geographie in Prag und schloss 2004 seinen PhD am Zentrum für Bevölkerungsforschung der Universität Groningen (Niederlande) mit Cum laude ab. Seit 2004 ist er Forscher am Institut für Demographie in Wien, Österreich, und leitender Redakteur

des Vienna Yearbook of Population Research. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die zeitliche Aufschiebung des Kinderbekommens, die sehr niedrige Fertilitätsrate in den Industrieländern, die Demographie Zentral- und Osteuropas, die zweite demographische Transition, gemeinsames Wohnen und Wandel in Wohnbedingungen sowie Kinderlosigkeit. In diesen Gebieten hat er außerdem einige Publikationen veröffentlicht.

Kontaktadressen: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wohllebengasse 12-14, 6. OG, A-1040 Wien, Österreich. Tel. +431 515 81 7716, e-mail: tomas.sobotka@oeaw.ac.at.

Veränderungen im Wohlfahrtsstaat: ungleiche Lebensstandards und -chancen der verschiedenen Kohorten¹

von Prof. Dr. Louis Chauvel (Übersetzung: Aisha Kastl und Edith Laser)

Abstract: Der vorliegende Artikel beschäftigt sich zum einen mit dem Vergleich von Lebensstandards zwischen und innerhalb der Kohorten, zum anderen erläutert er die unterschiedlichen nationalen Antworten auf die Herausforderungen des verlangsamten Wirtschaftswachstums, der steigenden wirtschaftlichen Konkurrenz, der Globalisierung sowie die Auswirkung dieser Faktoren auf die verschiedenen Altersgruppen. Es soll der Zusammenhang zwischen den jeweiligen Typen von Wohlfahrtsstaaten und dem Aufkommen bestimmter kohorten-spezifischer, ökonomischer Ereignisse, die ‚soziale Generationen‘² hervorbringen, aufgezeigt werden. Ich möchte die Entstehung von ‚narbenbildenden Effekten‘ hervorheben; darunter verstehe ich die irreversiblen Konsequenzen der (kurzfristigen) sozialen Fluktuation im Kontext der Sozialisation auf (langfristige) Lebenschancen der verschiedenen Kohorten. Diese Effekte betreffen vor allem junge Kohorten in den Ländern, in denen der Staat zum einen die Polarisierung zwischen Insidern und Outsidern auf dem Arbeitsmarkt begünstigt und zum anderen jungen Erwachsener keine Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt bietet.

Konsequenzen der Wohlfahrtsstaatsreformen für die verschiedenen Generationen

Das Ziel dieses Artikels³ über ‚Generationsnachsichtbarkeit‘ in Wohlfahrtsstaaten ist die Analyse der langfristigen Folgen von sozialstaatlichen Reformen⁴ für die verschiedenen Kohorten. Ich zeige im Kontext der Konjunkturschwankungen vom ‚Wirtschaftswunder‘ (1945-1975) zum verlangsamten Wirtschaftswachstum (1975 bis heute),⁵ dass sich eine Kluft aufgetan hat zwischen der Generation der vor 1955 Geborenen (die frühen Babyboom-Kohorten)

einer starken Ungleichheit zwischen den Kohorten zu Lasten der jungen Erwachsenen. In den USA hingegen zeigt sich bei gleichen Stressoren (steigender Globalisierungsdruck, verlangsamtes Wirtschaftswachstum, intensivere Konkurrenz, ökologische Ressourcenknappheit) ein anderes Szenario: geringere Ungleichheiten zwischen verschiedenen Kohorten bei gleichzeitiger Zunahme der Ungleichheiten innerhalb der Kohorten. Meine Überlegungen basieren auf der Typologie von Wohlfahrtsstaaten, die von Esping-Andersen (1990) und Ferrara (1996)

Die Familie verändert sich, sie verschwindet nicht. Wir haben unser Verständnis für sie erweitert und suchen nach neuen Metaphern.

/ Mary Catherine Bateson /

und der Generation der nach 1955 Geborenen, die stärker betroffen waren von hohen Jugendarbeitslosigkeitsquoten und den daraus resultierenden Folgen. Diese Kluft zwischen den Generationen wird oft von den politischen Entscheidungsträgern in der öffentlichen Debatte bestritten. Diese Abwehrhaltung übersieht, dass die Generationsdynamiken größte Konsequenzen für die Stabilität unseres Wohlfahrtsstaates haben können. In Frankreich zeigt sich das Bild

entwickelt wurde. Ich gehe davon aus, dass die möglichen sozioökonomischen Antworten, die ein Wohlfahrtsstaat auf die heutigen Stressoren und Herausforderungen (verlangsamtes Wirtschaftswachstum, soziale Ungleichheiten durch die Globalisierung, zunehmende Überflüssigkeit von unqualifizierten Arbeitskräften) geben kann, signifikant unterschiedlich sein können. Ein Hinweis auf diese Unterschiede liefert die Beobachtung starker, kohortenspezifischer,

‚narbenbildender Effekte‘ in Frankreich und Italien, wohingegen diese Effekte in den nordischen Ländern unklar und in den angelsächsischen oder liberalen Ländern fast nicht existent sind.

Dieser Artikel soll zu einer Theorie über die inter- und intragenerationellen Ungleichheiten im internationalen Vergleich beitragen,⁶ die Staaten helfen kann, solche Ungleichheiten möglichst zu vermeiden. In Wohlfahrtsstaaten, in denen Kohorten junger Erwachsener einem intergenerationellen Niedergang ihrer Position zusehen müssen und zusätzlich die Unterschiede zwischen den Generationen zunehmen, besteht das Risiko einer langfristigen Destabilisierung der Mittelklasse.

Unterschiedliche Antworten von Wohlfahrtsstaaten auf ökonomischen Druck

Um die möglichen Antworten verschiedener Wohlfahrtsstaaten auf die Herausforderungen postindustrieller Gesellschaften genauer zu analysieren, ist die Standardtypologisierung der Wohlfahrtsstaaten von Esping-Andersen (1999) heranzuziehen; wir können uns auf vier Typen von Regierungsformen konzentrieren, nämlich die korporatistische (oder konservative), die liberale, die universalistische (oder sozialdemokratische) und die familistische Regierungsform:

- Ein korporatistisches System (zu dem auch Frankreich gehört) beruht auf der Anerkennung von langfristigen und institutionalisierten sozialen Rechten der Mitglieder bestimmter sozialer Gruppen, vor allem der eingesessenen Arbeitnehmerschaft, die meist im höheren Alter ist und oft eine Gewerkschaftsmitgliedschaft hat. Die Antwort des Wohlfahrtsstaates auf verlangsames Wirtschaftswachstum und internationale Konkurrenz war der noch teurere Schutz dieser Gruppe. Dieser staatliche Schutz erfolgte auf Kosten junger Erwachsener, die gerade ihre Ausbildung beendet hatten und berücksichtigt auch Frauen und Immigranten nur unzureichend, da diese Gruppen weniger Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu verteidigen und schlechter kollektiv organisiert sind. Die Folge dieser Knappheit (geeigneter) Arbeitsplätze, welche insbesondere durch den unzureichenden Wettbewerb mit den eingesessenen Arbeitern entsteht, ist Jugendarbeitslosigkeit. Durch den sich ergebenden stärkeren Wettbewerb unter jungen Arbeitnehmern wiederum sinken sowohl die relativen als auch die absoluten Löhne, welche dieser Gruppe an-

geboten werden. Es kommt zusätzlich noch zu einer Neuverhandlung und dadurch Kürzung der sozialen Rechte dieser neuen sozialen Gruppe. Werden ältere Arbeitnehmer Opfer einer frühen Pensionierung, so profitieren sie doch von einem besseren Schutz ihres Einkommens und der Möglichkeit, noch eine komfortable Rente zu erhalten und/oder günstige Konditionen der Frührente zu beanspruchen (generell sind diese Möglichkeiten stets besser als Leistungen an junge Arbeitslose). Die soziale Generation der Älteren ist relativ homogen, weil sie zur Kohorte der ‚Lohnarbeitergesellschaft‘⁷ der ‚Goldenen Jahre‘ der Sechziger bis Achtziger zählt, welche sich gute Renten für alle erkämpft hatte. Im Gegensatz dazu ist die heutige Generation von Erwachsenen mit einer stärkeren Polarisierung konfrontiert.⁸ Ein anderer Aspekt ist die Entwertung von Bildungsabschlüssen. Obwohl eine kollektive Antwort auf die Schwierigkeiten der Jungen eine massive Verbesserung der (sekundären) Ausbildung sein könnte,⁹ kann aufgrund der Verbindung mit einer fehlenden Verbesserung der Eintrittsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt der Trend einer starken Bildungsinflation (Verschlechterung des nominalen Wertes von Noten) beobachtet werden.¹⁰

- Liberale Regierungssysteme (wie zum Beispiel die USA) zeichnen sich durch eine andere mögliche Antwort auf die dieselben Herausforderungen aus: Wegen der Dominanz des Marktes finden Kürzungen des Sozialstaats statt; die Leistungen an die bedürftigen Bevölkerungsteile werden eingeschränkt und der Wettbewerb forciert. Sogar ehemals bestehende soziale Rechte werden wieder abgeschafft. Implizit wird dadurch der Wettbewerbs zwischen Jungen und Alten (welche nicht dieselben unantastbaren Rechte haben wie in konservativen Regierungssystemen) gefördert. Die Folge sind weniger starke intergenerationelle Ungleichheiten. Jedoch zieht dieser verstärkte Wettbewerb stärkere intragenerationelle Ungleichheiten nach sich.
- Das universalistische System (unter anderem Dänemark) kann definiert werden über einen gemeinsamen Rahmen für langfristige Stabilität, Fortschritt und Entwicklung für alle, und zwar durch eine starke Neigung zu kollektiver Verantwortungsbereitschaft. Der Integration der nachrückenden Generation wird Priorität

eingeräumt, da ein Scheitern in der frühen Sozialisation junger Erwachsener als massives Problem für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft erachtet wird. Hohe Jugendarbeitslosigkeitsraten und der wirtschaftliche Bedeutungsverlust junger Erwachsener birgt folgende Risiken: Zukunftsangst, Verlust des Selbstwertgefühls junger Menschen, wachsende Selbstmordraten und Sinken der Geburtenrate. Allgemein gesprochen ist eine bessere Kontrolle sozialer Risiken während des gesamten Lebenszyklus ein zentrales Kennzeichen des Skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodells.

- Das familistische System (beispielsweise Italien) teilt viele Eigenschaften des korporatistischen Systems, jedoch gelten hier Familien als legitime Institutionen im Prozess der Ressourcenverteilung, sowohl in kultureller Hinsicht als auch in Bezug auf die Regulationsmechanismen des Staates. Genauer gesagt werden einige Wirtschaftssektoren in diesem System stark geschützt (insbesondere die Hauptsektoren der öffentlichen Wirtschaft und große Unternehmen wie Banken, Versicherungen, etc.) und die meisten der Arbeitsvorschriften beruhen auf dem Dienstalter; in den meisten mittleren und kleinen Unternehmen richten sich die Regulationen nach Familienbeziehungen; sowohl Regionalismus als auch die langfristige Loyalität der Arbeitnehmer sind als fundamentale Institutionen etabliert. Im Zusammenhang mit den Post-Wohlfahrtsstaaten und dem Mangel an Arbeitsplätzen, Wohnmöglichkeiten und anderen Ressourcen erwartet man von Eltern junger Erwachsener, ihren Kindern Hilfe und Schutz anzubieten und die meisten Familien handeln entsprechend dem sozialen Druck. Die Konsequenz davon ist ein Trend von zunehmender Abhängigkeit junger Erwachsener bis zum Alter von 35 Jahren (oder sogar länger) im Zusammenhang mit abnehmenden Lohnniveaus und einem sich verschlechternden Lebensstandard für die Kohorten der Neueinsteiger in den Arbeitsmarkt. Infolgedessen üben Senioren politischen Druck aus, um höhere Renten zu erhalten, damit sie ihre Kinder unterstützen können. Diese Abhängigkeit erzeugt stärkere Einschränkungen für junge Familien, erhöht den sozialen Druck auf Frauen, zwischen Beruf und Kindern zu entscheiden und geht einher mit einem starken Rückgang der Fertilitätsraten, was

einen paradoxen Zustand von ‚Familismus ohne Familien‘ hervorruft und wird zu einem Hauptproblem der Nachhaltigkeit der Pensionen und des Wohlfahrtsystems (kürzere und weniger erfolgreiche Karrieren von Jungen, Generationenkollaps von Ein-Kind-Familien, usw.). Im Gegenzug wird der Rückgang der Einkommen von jungen Familien durch eine Reduzierung der Familiengröße ausgeglichen. In diesem System könnte die nationale Homogenität mehr als in anderen Systemen geschwächt werden. Denn die Ungleichgewichte zwischen einzelnen Regionen (starke Arbeitslosenraten in machen Gebieten verbunden mit einem Mangel an geeigneten Arbeitskräften in anderen) werden zu strukturellen Merkmale eines Arbeitsmarktes, wo Regionalismus, starke Bindungen und daraus resultierende schwache geographische Mobilität wichtige Aspekte von sozialen Regulierungen sind. Familistische Wohlfahrtsstaaten sind daher häufig ökonomisch heterogen.

Während die Logiken und Transformationen des Wohlfahrtsstaates zentrale Themen sind, können auch andere Faktoren die wirtschaftliche Situation der jungen Generation beeinflussen. Darunter

- beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum: Eine bessere wirtschaftliche Situation könnte den Druck zur Kürzung der Sozialhilfe unmittelbar vermindern;
- die Qualität des Übergangs von der Ausbildung zum Beruf: Enge Beziehungen zwischen dem Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt, organisierte Praktika, starke

Alumni-Netzwerke, usw. limitieren die Einstiegsprobleme von jungen Erwachsenen;

- die Bevölkerungspyramide: ein Boom der Fertilitätsraten erzeugt 20 oder 25 Jahre später ein Phänomen der ‚Überfüllung‘ des Arbeitsmarkts.¹¹

Die Kombination dieser Faktoren ist viel komplexer als erwartet. Auf Grund der Vielfältigkeit der möglichen Konfigurationen sollten wir erwarten, dass die hier skizzierte Erklärung der Transformation des Wohlfahrtsstaats nur ein Teil der wahren Geschichte jeder Nation darstellt. Auch historische Bedingungen (Demografie, Entwicklungsgrad, Wachstumsmöglichkeiten, usw.) und Errungenschaften der Sozialpolitik (Aufschwung der Bildung, strukturelle Reformen des Arbeitsmarkts, usw.) wichtige Erklärungsansätze dar.

Der multidimensionale ‚Generationenbruch‘ in Frankreich

Seit den späten 1970ern hat die Konjunkturlaute in Frankreich einen dramatischen multidimensionalen ‚Generationenbruch‘ ausgelöst.¹² Diese Darstellung ist düster, aber sie beruht auf einer Zusammenstellung von Makro- und Mikrodaten, die zu konvergierenden Ergebnissen führen. Die empirischen Daten sind eindeutig. Drei Hauptthemen werden hier hervorgehoben:

Erstens die wirtschaftliche Marginalisierung von Neueinsteigern in den Arbeitsmarkt und die direkten Effekte auf die sozialen Strukturen.

Zweitens die langfristigen Konsequenzen

dieses Mangels in Bezug auf die Sozialisierung und die Lebenschancen.

Drittens die Konsequenzen auf die politische Partizipation dieser Kohorten und ihre Unterstützung für den Wohlfahrtsstaat.

Der wirtschaftliche Niedergang der jungen Generation

Der erste Aspekt der Generationsdynamiken in Frankreich ist die veränderte Verteilung von wirtschaftlichen Mitteln auf die verschiedenen Kohorten. Zwischen den 1970ern und heute fand eine große Umverteilung des Einkommens statt. 1977 lag der Einkommensunterschied zwischen den 30- bis 35-Jährigen und den 50- bis 55-Jährigen bei 15 Prozent; heute liegt er bei ungefähr 40 Prozent. Zur Zeit des Wirtschaftswunders starteten die jungen Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt mit dem gleichen Einkommensniveau wie ihre Eltern am Ende ihrer kompletten Karriere. In den letzten 20 Jahren ist eine Stagnation der Einkommen der Jungen zu beobachten, während die Einkommen von älteren Personen um 20 Prozent oder mehr gestiegen sind. 1977 erreichten Arbeitnehmer mittleren Alters die höchsten Einkommen aller Altersgruppen, heute erreichen es die Arbeitnehmer kurz vor der Pensionierung (vgl. Abbildung 1).

Hier ist also ein neuer Trend zwischen Altersgruppen, dessen Konsequenzen in den Sozialwissenschaften heutzutage noch kaum thematisiert werden. Die Veränderungen der relativen Positionen der Altersgruppen sind zweifach: Mitglieder der älteren Generation (jene, die ungefähr 55 Jahre alt sind) waren während ihrer Jugend, im Vergleich zu ihren Eltern, bessergestellt. Bessergestellt sind sie auch in der heutigen Zeit, wenn die inzwischen ältere Generation, mit den heutigen Jungen verglichen wird. Die Kluft zwischen den Generationen resultiert aus doppelten Besserstellungen und doppelten Benachteiligungen.

Das Arbeitslosigkeitsrisiko verschiedener Kohorten

Wie lässt sich diese sich vertiefende Kluft erklären? Eigentlich handelt es sich dabei um eine Konsequenz der sich verändernden kollektiven Kompromisse, die während der Mitt-1970ern und den späten 1980ern geschlossen wurden. Statt Investitionen in die Zukunft oberste Priorität einzuräumen wurde der Schutz der Absicherung von Erwachsenen und Senioren, sogar auf Kosten der Jungen, zum Leitwert.

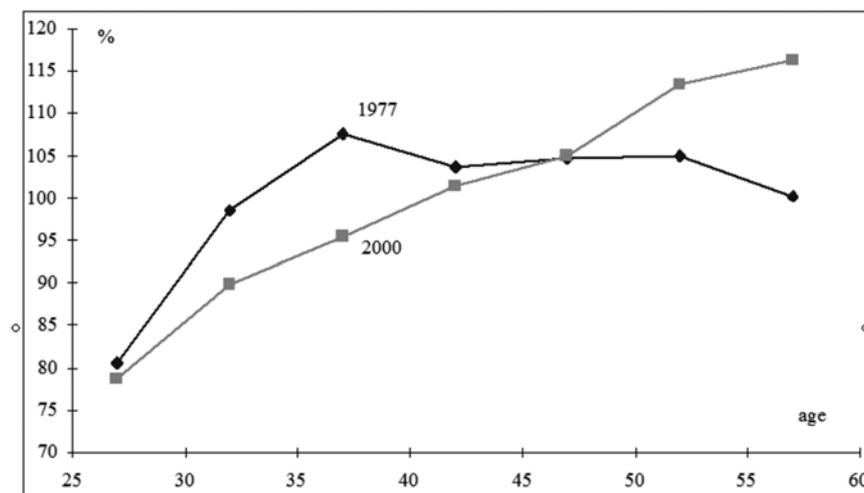


Abbildung 1: Gehälter, nach Altersgruppen, von 1977 bis 2000 (100=Durchschnitt Altersgruppen in Frankreich)¹³

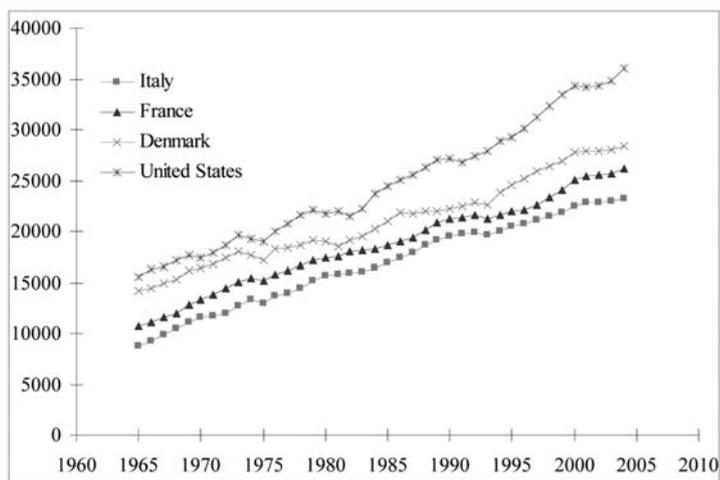


Abbildung 2: Jährliches Bruttoinlandsprodukt von vier Ländern (in PPP \$ Purchasing Power Parity Dollars)¹⁷

Die Arbeitslosigkeit stellt dabei den Hauptfaktor der Umverteilung von Wohlstand dar. Hohe Arbeitslosenraten waren für junge Arbeitnehmer gesellschaftlich akzeptabel, unter der Voraussetzung, dass erwachsene Angestellte mit von ihnen abhängigen Kindern diese Schwierigkeiten vermeiden konnten. 1974 lag die Arbeitslosenrate derer, die die Schule 24 Monate (oder weniger) vorher verlassen hatten, bei vier Prozent; 1985 lag sie schon bei 35 Prozent, was sich bis 1996 nicht ändern sollte; 2002, am Ende der vor kurzem stattgefundenen Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, war sie nahe der 18 Prozent-Marke. Die Arbeitslosenrate der aktuellen Schulabgänger hängt sehr stark von der wirtschaftlichen Situation ab, während die Raten der Personen mittleren und höheren Alters stabiler bleiben: eine Konjunkturfalke hat ernste Konsequenzen für jüngere Erwachsene und ein Wirtschaftsaufschwung kommt zuerst Neueinsteigern in den Arbeitsmarkt zu Gute. Die Konsequenz des einen faulen Kompromisses zum Schutz der Erwachsenen und zu Ungunsten der Jugend lässt sich am Lebenszeiteinkommen ablesen. Selbst wenn die benachteiligten jungen Erwachsenen später zu älteren Erwachsenen (vielleicht auch zu Eltern) werden, ist ihre Arbeitslosenrate, verglichen mit der anderer Altersgruppen, viel höher und ihre Einkommen sind abnormal niedrig, was durch eine Art ‚narbenbildenden Effekt‘ erklärt werden kann.

Narbenbildender Effekt

Das Abschätzen der Langzeitfolgen von Schwierigkeiten in frühen Phasen des Erwerbslebens ist zentral; wenn junge, unterprivilegierte Generationen nicht den Anschluss finden, dann bildet sich eine Art

‚Kettenreaktion‘, die man als ‚narbenbildenden‘, beziehungsweise irreversiblen Effekt bezeichnen kann, da die Einschränkung permanent erscheint. Die Kohortenanalyse zeigt, dass diejenigen Kohorten, die einen schwierigen Berufseinstieg aufgrund von wirtschaftlicher Rezession erleben, in ihrem weiteren Berufsleben, verglichen mit der Durchschnittssituation, relativ langsam aufsteigen, während diejenigen Kohorten, die in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs in den Beruf einsteigen, auch relativ schnell weiter aufsteigen.

Die hier auf Frankreich bezogene These besagt, dass die kohortenspezifische Sozialisation sowohl dem Individuum als auch der Kohorte, der es angehört, bestimmte Möglichkeiten und Lebenschancen eröffnet. Genauer gesagt, die Kohorten die während der 1940er Jahre geboren wurden, die von dem wirtschaftlichen Aufschwung der 1960er Jahre profitierten, befinden sich sowohl im Vergleich zu früheren wie auch zu späteren Kohorten in einer relativ privilegierten Position, da es von 1975 bis heute keinen Wirtschaftsaufschwung mehr gab, der mit dem ‚Wirtschaftswunder‘ vergleichbar war.

Die Entwertung der Bildungsabschlüsse

Ein wichtiger Punkt, auf den jedoch hier nicht ausführlich eingegangen werden kann, sind die Folgen des Bildungsausbaus. Der positive Trend des Bildungszuwachses in den Kohorten der Jahrgänge 1950 bis 1975 geht mit einer starken sozialen Abwertung mittlerer und niedriger Bildungsabschlüsse einher.¹⁴ Um es noch genauer zu formulieren: Die ersten Kohorten des Babybooms haben vom Bildungsausbau zu einer Zeit profitiert, in der eine gute Ausbildung den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt garantierte. Obwohl es

doppelt so viele Hochschulabsolventen in der 1948er wie in der 1935er Kohorte gab, hatten sich ihre Möglichkeiten auf höhere soziale oder politische Positionen nicht verringert. Im Gegensatz dazu wurden die kommenden Generationen mit einer zunehmenden Abwertung des wirtschaftlichen und sozialen Nutzens von Bildung konfrontiert. Die erste Folge ist ein zunehmender Ansturm auf die besten Hochschulen (die ‚Grandes écoles‘ der Elite wie z.B. das *Ecole Polytechnique*, *Ecole Nationale d'Administration*, *Sciences-Po Paris* usw.). Zwar ist ihr Renomee noch immer stabil, doch laufen nun auch sie Gefahr, abzusinken, da die Studenten vermehrt aus weniger hohen Schichten kommen und Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft die Folge sein könnte. Die zweite Folge ist eine starke Abwertung der weniger angesehenen Hochschulen. Die Gymnasien folgen ebenfalls diesem Trend: Sie selektieren stärker ihre Bewerber, was auf eine urbane Segregation hinausläuft. In Frankreich beispielsweise war das Schulsystem traditionell nicht nur die zentrale Institution der Republik und das Herz der Ideen für den Fortschritt, sondern auch die stärkste Stütze der französischen Demokratie und Leistungsgesellschaft. Der Kollaps des Bildungssystems geht einher mit der Auflösung dieses Mythos und pessimistischen Aussichten für den Fortschritt – Entwicklungen, die notgedrungen politische Konsequenzen haben werden.

Die 68er-Generation als Profiteur

Da wir inzwischen 25 Jahre niedriges Wirtschaftswachstum hinter uns haben, können wir nun zwei soziale und genealogische Generationen vergleichen.¹⁵

Zum ersten Mal stehen in einer Zeit des Friedens die jungen Altersgruppen nicht besser da als ihre Eltern, als diese jung waren. Die 68er Generation, geboren 1948, bestand aus Kinder der 1918 Geborenen, die während des Zweiten Weltkriegs junge Erwachsene waren und zu Beginn des Wirtschaftswunders unter schwierigen Bedingungen arbeiteten. Die Bedingungen für die Mitglieder der Babyboom-Generation waren unvergleichbar besser als die ihrer Eltern. Aber der folgenden genealogischen Generation, geboren um 1978 – die heute zwischen 25 und 30 Jahre alt sind – stehen weniger Möglichkeiten offen. Gründe hierfür sind sowohl der Konjunktüreintrich wie auch die relativ geringen Erfolge im Vergleich zu denen ihrer Eltern.¹⁶ Wir beobachten nun einen verstärkten Abwärtstrend

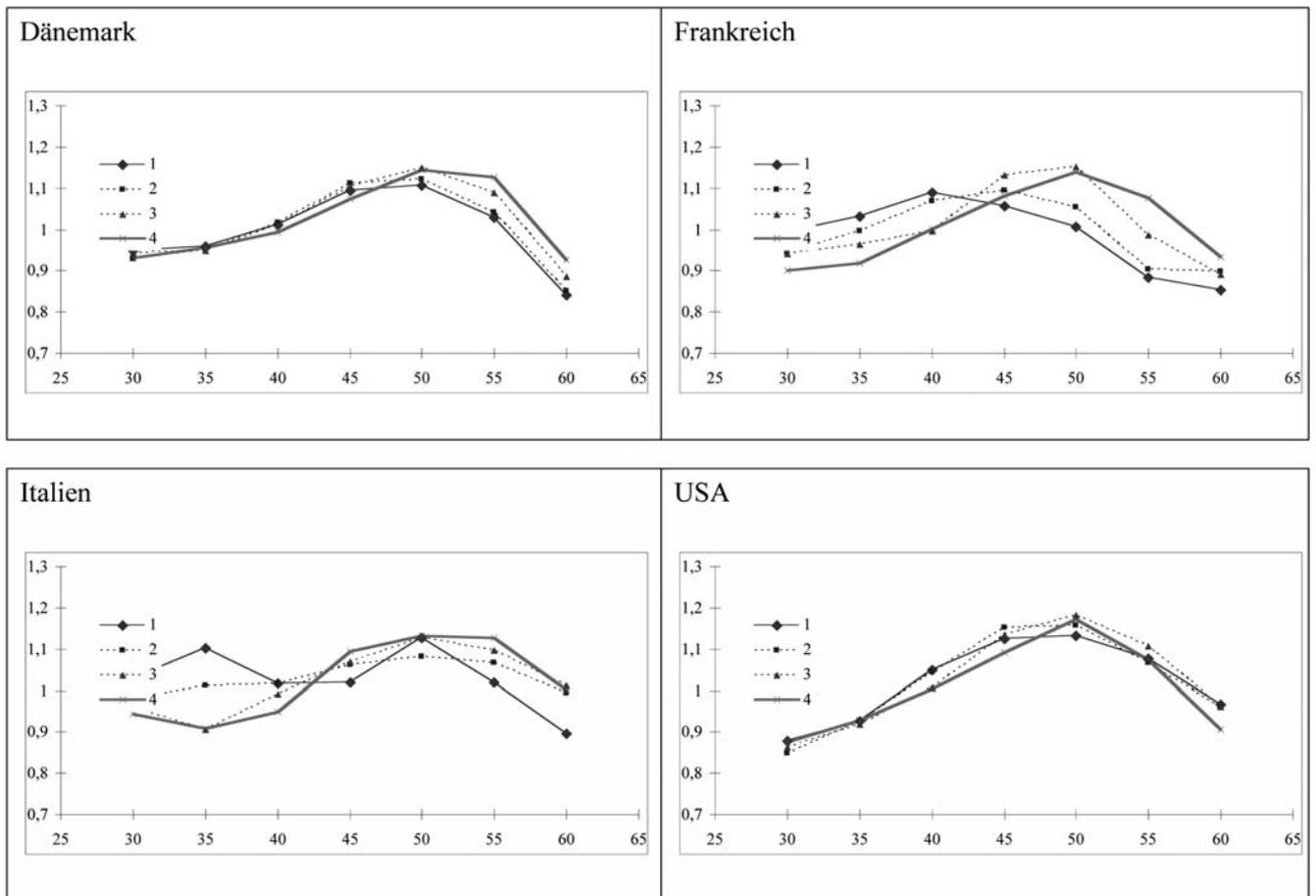


Abbildung 3: Relatives angepasstes verfügbares Einkommen (RADI) für verschiedene Altersgruppen in drei Zeitabschnitten¹⁸

sozialer Mobilität verbunden mit einer steigenden Zahl von Kindern der Mittelschicht, die eine Position, die mit der ihrer Eltern vergleichbar wäre, nicht finden können.

Demnach ist Frankreich ein idealtypisches Beispiel für das Versagen eines korporatistischen Systems: Es ist nicht in der Lage, Vorteile auch für junge Erwachsene zu ermöglichen. Es opfert die Interessen einer großen Zahl seiner Bürger und es schafft keinen Ausgleich zwischen den Generationen. Diese Beobachtung ist sehr interessant, da Frankreich besondere Eigenschaften hat: Es definiert sich über eine homogene Kultur, vor allem im politischen Sinne; es lehnt die liberale Marktwirtschaft ab; es wird zentralistisch regiert; es basiert auf einer Kultur der ‚stop-and-go‘-Politik, die zwischen Perioden exzessiver Investitionen und absoluter Knappheit schwankt und folglich immer neue Gegenreaktionen auslöst. In Frankreich entscheiden außerdem die ersten Jahre auf dem Arbeitsmarkt über den zukünftigen Lebensverlauf: Früher Erfolg führt zu dauerndem Erfolg; frühe Erfolglosigkeit zu lebenslangen Handikaps.

Ist Frankreich eine Ausnahme? Ein internationaler Vergleich der Kohorten

Um eine mögliche Ausnahmeposition Frankreichs zu testen, kann man die Entwicklungen des Einkommens und die Auswirkungen auf den Lebenslauf in verschiedenen Ländern vergleichen. Zum Vergleich wurden Frankreich, Italien, Däne-

mark und die USA ausgewählt, die jeweils ein typisches Wohlfahrtsstaatsmodell repräsentieren. Auch wenn die US-amerikanische Wirtschaft während der 1990er Jahre in vielerlei Hinsicht besser dastand, zeichnen sich doch alle vier Länder durch ein ähnliches Niveau an Entwicklung und annähernd parallelen Trends aus (Abb. 2).

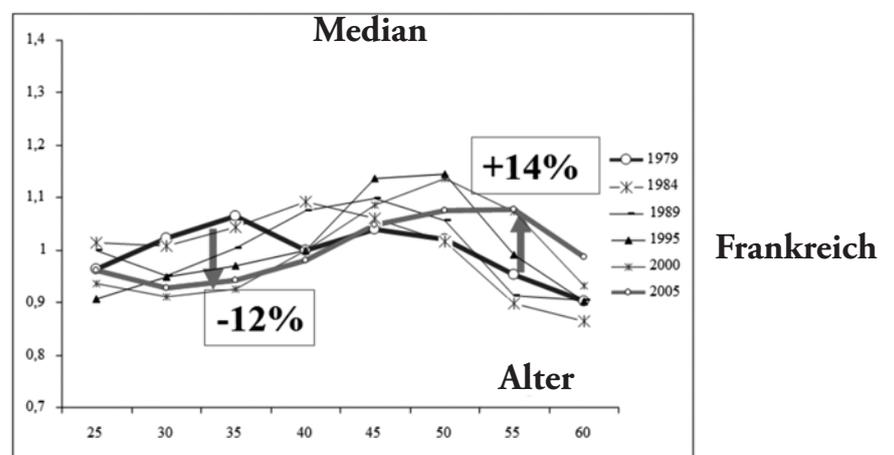


Abbildung 4: Relatives angepasstes verfügbares Einkommen (RADI) 1979-2005 nach Altersgruppen¹⁹

Diese vier Länder wurden aus einer Stichprobe der Mikrodaten des *Luxemburg Income Study Project*¹⁸ genommen. Die Daten des LIS-Projekts bieten die beste Basis, um das angepasste verfügbare Einkommen zu berechnen (verfügbares, an Haushaltsgröße angepasstes Einkommen, wobei dies auf einer Skala der Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder entspricht) und um anschließend einen Vergleich der Lebensstandards der Altersgruppen zu vier verschiedenen Zeitpunkten, um 1985, 1990, 1995 und 2000 zu ermöglichen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Vergleichs des relativen angepassten verfügbaren Einkommens (Relative Adjusted Disposable Income=RADI, Abb. 3):

- Für das Jahr 2000 zeigt die Altersverteilung des durchschnittlichen RADI aller vier Länder einen sich verlangsamen Anstieg bis 55 Jahren und eine Abnahme der Lebensstandards nach der Pensionierung.
- Von 1985 bis 2000 wurde ein genereller Anstieg des Einkommens der Älteren beobachtet (USA ausgenommen). In Frankreich ist dieser Anstieg besonders deutlich, in Dänemark hingegen eher mäßig.
- In Italien und Frankreich ist eine relativ starke Abnahme der Altersgruppe von 35- bis 39-Jährigen charakteristisch. Die Entwicklungen der französischen Gesellschaft gehören zu einer bestimmten ‚Kohortenwelle‘ (es ist eine andauernde Verlagerung des höchsten Einkommens vom 40. auf das 50. Lebensjahr zu beobachten).
- In Italien ist der Rückgang des RADI ab dem 30. Lebensjahr weniger signifikant. Doch muss berücksichtigt werden, dass die meisten Italiener mit 30 Jahren keinen eigenen Haushalt führen und die meisten vom Wohlstand ihrer Eltern profitieren.

Schauen wir uns die Situation in Frankreich noch etwas genauer an (vgl. Abbildung 4): Die 33jährigen hatten den größten relativen Einkommensverlust. Wer vor rund 30 Jahren 33 Jahre alt war, hatte Glück. Die ab 1965 Geborenen hatten die ersten ‚Narben‘, sie holten dies auch nicht mehr auf. Hingegen kann sich glücklich schätzen, wer heute etwa 60 Jahre alt ist, denn er hat – natürlich immer im Durchschnitt – eine relativ makellose Arbeitsmarkt- und Einkommensbiographie.

Das wichtigste Ergebnis aus dem internationalen Vergleich ist also die tiefgreifende Redistribution der Lebensstandards zugunsten der älteren Generation und zu Lasten der jungen Erwachsenen und Erwachsenen im mittleren Alter in Frankreich und Italien. Dänemark und die USA hingegen werden nicht mit solchen massiven Veränderungen konfrontiert. Während sowohl die nordischen wie auch die liberalen Wohlfahrtsstaaten versuchen, die Ungleichheiten zwischen den Kohorten auszugleichen, erzeugen die korporatistischen und familialen Regierungssysteme eine sichtbare Schieflage zwischen den Altersgruppen.

Brüche und Konsum in Wohlfahrtsystemen

Das wichtigste Ergebnis meiner Arbeiten ist, dass die verschiedenen Wohlfahrtssysteme sehr unterschiedlich auf das verlangsamte Wirtschaftswachstum nach 1970 reagiert haben. Das dänische Wohlfahrtssystem begegnete der Herausforderung mit einem universalistischen Ansatz, der allen Altersgruppen gleichermaßen Stabilität und Sicherheit bietet. Die jungen Erwachsenen sind in diesem Modell nicht die spezifisch Leidtragenden der Einsparungsmaßnahmen. Auf der anderen Seite des Ungleichheitsspektrums befinden sich die USA. Sie sind von ihren Prinzipien des wettbewerbfähigen Marktes nicht abgewichen. Sowohl die jungen wie auch die älteren Altersgruppen sehen einem ähnlichen Lebensverlauf entgegen.

Im Unterschied zu Dänemark und den USA haben sich Frankreich und Italien für ein protektionistisches Modell entschieden, in dem sich die Älteren in der besseren Position befinden und den jüngeren Kohorten mehr Schwierigkeiten bevorstehen. Diese Umstände schaffen eine paradoxe Situation, in der die Zufriedenheit mit der Demokratie in den älteren Altersgruppen zunimmt während sie in den jungen Altersgruppen zurückgeht. Sowohl in Italien wie auch in Frankreich ist die Diagnose für die jungen Generationen die des ‚doppelten Opfers‘: Opfer sowohl eines falschen Liberalismus, der Freiheit nur für wirtschaftlich Gutgestellte ermöglicht und ein falscher Sozialismus, der die Jungen vergessen hat.

Fazit

Der zentrale Punkt meiner Schlussfolgerung betrifft also die langfristige Nachhaltigkeit von Wohlfahrtssystemen. Damit ein System

auf lange Sicht stabil sein kann, muss es sein Fortbestehen von einer Generation zur nächsten organisieren. Die heutigen älteren Altersgruppen in Frankreich und Italien profitieren von einem Wohlfahrtsstaat, doch sind die Rechte, die sie akkumuliert haben, die Folge ihrer relativ begünstigten Lebensverläufe. Wir behaupten, dass die neuen Generationen, wenn sie selber Senioren sind, nicht von den gleichen Rechten profitieren werden, da das Fortbestehen des Wohlfahrtsstaates nicht gesichert ist. Das Ausmaß des heutigen Wohlfahrtsystems wird nach und nach, sowie eine Altersgruppe von der nächsten ersetzt wird, erodieren.

Vor diesem Hintergrund lautet die Schlüsselfrage: Werden kommende Generationen in Frankreich und Italien weiterhin ein System unterstützen, in dem ihre soziale Sicherheit im Vergleich zu der älteren Generation gefährdet ist und keine Aussicht auf Besserung besteht? Zur Zeit werden diese intergenerationellen Ungleichheiten noch akzeptiert, weil sie relativ unbekannt, ihre sozialen Auswirkungen noch nicht so ersichtlich sind, und sie von der Politik nicht wahrgenommen werden. Die genannten Beispiele zeigen aber, dass sich das korporatistische und das familiale Modell in einer Sackgasse befinden. Wenn wir Solidarität wollen, muss das universalistische Modell (ähnlich dem der nordischen Staaten) gewählt werden, das die jungen, mittleren und älteren Altersgruppen in einem nachhaltigen Prozess der Sozialisation gleichermaßen einbezieht und unterstützt. In Bezug auf Konsum ermöglichen diese Ergebnisse ein besseres Verständnis für die national unterschiedlichen Perspektiven für Lebensweg und Lebensstandard.

Vergleicht man Frankreich mit den USA, so stellt man fest, dass in Frankreich die junge Generation mit großen Schwierigkeiten konfrontiert wird und, dass umgekehrt heutzutage die Älteren von einem gewissen wirtschaftlichen Aufstieg und wirtschaftlicher Homogenisierung (mehr Gleichheit) profitieren. In Frankreich sind Ältere eine attraktive Zielgruppe von Marketingprodukten, wobei hingegen die Jüngeren sich sozialen Problemen stellen müssen. Die Situation in Italien ist eine ähnliche. Dennoch machen der demografische Kollaps – Italien hat eine Geburtenrate von 1,2 wohingegen Frankreich 2,0 hat – und die steigende familiäre Abhängigkeit das soziale Problem dort nicht sofort sichtbar. Aber es stellt sich dort die Frage, wer sich in Italien in der Zu-

kunft um die Älteren kümmern wird. Im Gegensatz hierzu scheint Dänemark ein stabiles, universalistisches und solidarisches Modell zu haben, das den kollektiven Fortschritt fördert. Die Probleme, die in anderen Systemen auftauchen (größer werdende Kluft zwischen Reichen und Armen, Destabilisierung der jungen gebildeten Mittelschicht, usw.) scheinen hier relativiert und abgemildert zu werden. Die Atmosphäre begünstigt allgemein eine Wissensgesellschaft mit sozialer Homogenität und einer Mittelklasse, die aus Lohnarbeitern besteht. Obwohl wir feststellen müssen, dass die Modelle der Wohlfahrtsstaaten an ihre Grenzen stoßen, befürworte meine Analyse das universalistische Wohlfahrtsmodell, da es nachhaltig ist und seine eigene Belastbarkeit trotz lang anhaltender Veränderungen erhalten kann.

Anmerkungen

1 Teile dieses Beitrags erscheinen auch in: Jones, Ian Rees 2009: *Consumption and Intergenerational Change*, Transaction Publishers. Piscataway, New Jersey.

2 Mannheim 1928.

3 Vorausgegangene Arbeiten sind u.a. Chauvel 1998; Chauvel 2000 und Chauvel 2006.

4 vgl., z.B. Esping-Andersen et al. 2002.

5 Frankreich und die USA durchlebten in der Nachkriegszeit eine Phase des Wohlstands: die Amerikaner die ‚goldene Zeit des Kapitalismus‘ (Maddison 1982) und die Franzosen das ‚Wirtschaftswunder‘ (Fourastié 1979). Diese Phasen stehen im Kontrast zu der folgenden Phase des verlangsamten Wachstums und schlechter wirtschaftlicher Aussichten.

6 Mayer 2005.

7 Castel 2003.

8 Brzinsky-Fay 2007; Bell et al. 2007.

9 Van De Velde 2008.

10 Dura Bellat 2006.

11 Easterlin 1961; Easterlin et al. 1993.

12 Chauvel 2002: Préface.

13 Enquêtes Emploi 2000 et Formation-qualification-professionnelle 1977, INSEE; archives LASMAS-Quételet.

14 Chauvel 2000.

15 Im 20. Jahrhundert trennte ein mittlerer Altersabstand von 30 Jahren die Eltern von ihren Kindern.

16 Diese Eltern sind dabei ihren Kindern auf verschiedene Weise zu helfen, indem sie sich der ‚solidarités familiales‘ (Transfers und Übermittlung von finanziellem, kulturellen und materiellen Leistungen) bedienen, die

Attias-Donfut (2000) beschreibt. Dennoch ist auf der kollektiven Ebene die erste und effizienteste Form der Solidarität die der Redistribution sozialer Positionen.

17 Quelle: Penn World Tables 6.2 (Heston et al., 2006). Die gepunkteten Linien beziehen sich auf die vier Analyseperioden.

Anm. d. Red.: PPP \$= Durchschnittliche Kaufkraft in Dollar.

18 Quelle: Mikrodaten des LIS-Projekt (www.lisproject.org), Berechnungen des Autors. Relatives, angepasstes verfügbares Einkommen (RADI); RADI=1 bezieht sich auf den Durchschnitt der 30- bis 64-jährigen des jeweiligen Zeitabschnitts; Zeitabschnitte 1, 2, 3 und 4 beziehen sich auf die LIS-Daten um 1985, 1990, 1995 und 2000. In der Abbildung schließt 30-jährig die Gruppe der 30- bis 34-jährigen ein. Bevölkerung: nach Haushalts-RADI.

18 Chauvel 2007.

19 Quelle: www.lisproject.org.

Literatur

Attias-Donfut, Claudine (2000): *Rapports de générations: transferts intrafamiliaux et dynamique macrosociale*. In : *Revue française de sociologie*, Jg. 41 (4/2000), 643-684.

Bell, Lisa / Burtless, Gary, / Smeeding, Timothy / Gornick, Janet. (2007): *Failure to Launch: Cross-National Trends in the Transition to Economic Independence*. *Lis Working Paper*, Nr. 456.

Brzinsky-Fay, C. (2007). „Lost in Transition? Labour Market Entry Sequences of School Leavers in Europe. *European Sociological Review*, Jg.23 (4/2007), 409-422.

Chauvel, Louis (1998): *Le destin des générations. Structure sociale et cohortes en France au XXe siècle*. Paris: Presses Universitaires de France.

Chauvel Louis (2000): *Valorisation et dévalorisation sociale des titres. Une comparaison France – Etats-Unis*. In: Zanten, Agnès van (Hg.): *L'état de l'école*. Paris: La Découverte, 341-352.

Chauvel, Louis (2006): *Social Generations, Life Chances and Welfare Regime Sustainability*. In: Culpepper, Pepper D. / Hall, Peter A. / Palier, Bruno (Hg.): *Changing France. The politics that markets make*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, 341-352.

Chauvel, Louis (2007): *Generazioni sociali, prospettive di vita e sostenibilità del welfare*. In: *La Rivista delle Politiche Sociali*, Jg. 4 (3/2007), 43-72.

Easterlin, Richard A. (1961) : *The American Baby Boom in Historical Perspective*. In: *American Economic Review*, Jg. 51 (5/1961), 869-911.

Easterlin, Richard A. / Schaeffer, Christine M. / Maucunovich, Diane J. (1993): *Will the baby boomers be less well off than their parents?. Income, wealth, and family circumstances over the life cycle in the United States*. In: *Population and Development Review*, Jg. 19 (3/1993), 497-522.

Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Tree Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.

Esping-Andersen Gøsta (1999): *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta / Gallie, Duncan / Hemerijck, Anton / Myles, John (2002): *Why we need a new welfare state*. Oxford: Oxford University Press.

Ferrera, Maurizio (1996): *The ‚Southern Model‘ of Welfare in Social Europe*. In: *Journal of European Social Policy*, Jg. 1 (6/1996), 17-37.

Fourastié, Jean (1979): *Les Trente Glorieuses ou la révolution invisible*. Paris: Fayard.

Heston, Alan, Summers / Robert / Aten, Bettina. (2006): *Penn World Table Version 6.2. The University of Pennsylvania: Center for International Comparisons of Production, Income and Prices*.

Maddison, A. (1982). *Phases of capitalist development*. Oxford: Oxford university press.

Mannheim, Karl (1928): *Le problème des générations*. Paris: Nathan.

Mayer, Karl U. (2005): *Life Courses and Life Chances in a Comparative Perspective*. In: Svallfors, Stefan (Hg.): *Analyzing Inequality. Life Chances and Social Mobility in Comparative Perspective*. Palo Alto/Kalifornien: Stanford University Press, 17-55.

Velde, Cécile van de (2008): *Devenir adulte. Sociologie comparée de la jeunesse en Europe*. Paris: Presses Universitaires de France.



Prof. Dr. Louis Chauvel habilitierte 2003 am Institut d'Etudes Politiques de Paris, wo er nunmehr Professor ist. Seine Spezialgebiete sind die Analyse von Sozialstrukturen und die Veränderungen zwischen Generationen. Seit 2005 ist Prof. Dr. Chauvel Generalsekretär der European Sociological

Association sowie Mitglied des Exekutivkomitees der International Sociological Association (ISA).

Kontaktdaten:

Observatory for Social Change, 27, rue Saint-Guillaume, 75337 Paris Cedex 07 France

Tel.: +33 1 45 49 54 52

chauvel@sciences-po.fr

Altersgruppen und Generationen: Konfliktlinien und Potenziale zur Integration

von Prof. Dr. Martin Kohli (Übersetzung: Katharina Pöhlmann)

Abstract: Während die alte Klassenfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts gelöst zu sein scheint, tauchen neue Bruchlinien auf, zum Beispiel zwischen den Generationen. Diese ergeben sich durch historische oder strukturelle Umbrüche politischer, kultureller oder ökonomischer Natur. Der Grund, wieso Alterskonflikte nicht deutlicher hervortreten, liegt in der vermittelnden Funktion von politischen Parteien, Verbänden und der Familie. Obwohl immer wieder anders behauptet wird, begünstigt das Sozialsystem nicht einseitig die Älteren. Auch in politischen Entscheidungsprozessen gibt es keinen Beweis für eine vermeintliche Entwicklung hin zur Gerontokratie.

Die ‚rush hour‘ des Lebens kann als Ausdruck der Bruchlinien zwischen Altersgruppen bzw. Generationen betrachtet werden. Cleavages, die in den sozialen Strukturen verwurzelt sind, erzeugen das Potential für Konflikte; aber ob und in welchem Ausmaß sie für die Akteure beider Seiten zur Realität werden, hängt von deren Mobilisierung ab. Allerdings gibt es auch Verflechtungen über die Bruchlinien hinaus. In unserer Gesellschaft, die von demographischer Diskontinuität gezeichnet ist, hängen wir stark von diesen Verflechtungen ab, um die soziale Integration gewährleisten zu können. Sie werden von einer Reihe von Institutionen, wie den politischen Parteien und Verbänden einerseits und den Familien andererseits, erzeugt. Das Potential für Generationenintegration ist jedoch durch aktuelle Veränderungen der sozialen Strukturen und des

Wohlfahrtsstaates bedroht. Dieser Beitrag wird sowohl die Bruchlinien als auch die Potentiale ihrer Integration behandeln.

Alte und neue Ungleichheiten

Die ‚soziale Frage‘, die das Ende des 19. Jahrhunderts dominiert hat, war die Integration der Industriearbeiter, d.h., die Befriedung des Klassenkonflikts. Dies gelang dadurch, dass man den Arbeitern die Sicherheit eines stabilen Lebensverlaufs gab, wie z.B. durch die Institutionalisierung des Ruhestandes als normalen Lebensabschnitt, finanziert durch das staatliche Sozialversicherungssystem.¹ Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint der Klassenkonflikt nicht mehr zu bestehen und sein Platz vom Generationenkonflikt eingenommen zu werden.² Die neue soziale Frage dreht sich um die Erhaltung des Generationenvertrags, also um die Unterstützung der Älteren und die Investition in die Jungen bei gleichzeitiger Wahrung von finanzieller Solidität und sozialer Gerechtigkeit.³ Dieser Perspektivenwechsel ergab sich einerseits durch den Erfolg des Wohlfahrtsstaates, der altersbezogene Forderungen und Verpflichtungen erzeugte und die Älteren zu seinen Hauptbegünstigten machte, und andererseits durch die derzeitigen demografischen Herausforderungen der niedrigen Fertilität und steigenden Lebenserwartung.⁴ Bewegen wir uns deshalb vom Klassenkonflikt hin zum Generationenkonflikt?⁵ Solch eine Behauptung muss zweifach problematisiert werden.⁶ Erstens ist zu berücksichtigen, dass der Konflikt oder der Wettbewerb

zwischen Alt und Jung um knappe Mittel an sich nichts Neues ist. Er ist auch ein verbreitetes Thema in historischen und anthropologischen Untersuchungen von vor-modernen Gesellschaften. Die Form und der Schauplatz dieses Konflikts haben sich durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats jedoch möglicherweise so verändert, dass die oben gestellte Frage berechtigt ist. Der zweite und für unseren Gedankengang wichtigere Punkt ist, dass die Bruchlinie zwischen den Generationen nicht nur per se, sondern auch im Hinblick darauf, wie sie von der fortgesetzten Existenz der Konflikte zwischen Arm und Reich (oder Arbeitnehmern und Eigentümern) ablenkt, zu bewerten ist. Dazu kommen andere Bruchlinien, die gewöhnlich als ‚neue‘ Dimensionen von Ungleichheit (als Abgrenzung zu den ‚alten‘ der Klasse) bezeichnet werden, etwa jene des Geschlechts und der Ethnie (oder ‚Rasse‘). Wenn man den Generationenkonflikt als neue Hauptbruchlinie der Gesellschaft betont, tendiert man dazu, diese anderen Ungleichheiten zu verharmlosen und damit ideologisch zu verbrämen.⁷ Das Alter ist die wichtigste Basis für öffentliche Ansprüche und Pflichten. Die staatliche Umverteilung über den Lebenslauf ist eines der stärksten Fundamente der von mir so benannten Institutionalisierung des Lebenslaufs als einer Sequenz von klar definierten Lebensperioden, jede mit ihrem eigenen Profil von erwarteten Rollen der Integration in soziale Strukturen, von kulturellen Erwartungen und von gesetzlichen Verpflichtungen und Ansprüchen.⁸ Das Le-

Staat	Jahr	Alter 0 - 17	Alter 18 - 25	Alter 26 - 40	Alter 41 - 50	Alter 51 - 65	Alter 66 - 75	Alter 76+
Australien	1999	87.6	120.4	108.6	122.0	92.0	67.0	63.5
Frankreich	2000	93.4	98.2	99.7	111.6	114.6	88.5	86.4
Deutschland	2001	90.0	95.8	100.2	113.1	112.0	88.8	83.8
Ungarn	2000	92.9	109.2	105.7	109.2	107.8	80.3	82.3
Italien	2000	89.1	101.8	105.6	105.3	112.8	86.2	77.2
Japan	2000	90.6	104.3	98.5	109.2	113.0	90.6	88.8
Schweden	2000	98.3	91.7	99.1	111.8	125.3	88.3	68.6
Schweiz	2001	85.5	109.2	101.2	109.5	114.5	91.0	78.2
Großbritannien	2000	88.4	106.2	108.0	121.3	108.5	77.2	71.0
USA	2000	86.7	93.6	103.5	113.9	121.4	96.8	80.6
OECD 25	2000	90.7	103.2	104.5	112.8	111.9	86.7	79.8

Tabella 1: Relatives Einkommen nach Altersgruppe, ca. im Jahr 2000¹⁸

Staat	Jahr	Alter							
		0 - 17	18 - 25	26 - 40	41 - 50	51 - 65	66 - 75	76+	Total
Australien	1999	11.6	5.6	8.0	8.6	14.0	20.6	28.8	11.2
Frankreich	2000	7.3	7.6	5.6	5.2	6.6	9.9	11.3	7.0
Deutschland	2001	10.9	13.7	8.4	4.1	7.9	9.7	10.7	8.9
Ungarn	2000	13.1	7.1	7.5	8.2	7.2	5.5	4.8	8.1
Italien	2000	15.7	14.0	11.0	11.7	10.7	14.6	16.4	12.9
Japan	2000	14.3	16.6	12.4	11.7	14.4	19.5	23.8	15.3
Schweden	2000	3.6	14.4	4.9	2.8	2.4	4.6	11.5	5.3
Schweiz	2001	6.8	5.5	5.9	3.7	7.6	10.4	12.7	6.7
Großbritannien	2000	16.2	11.9	8.7	7.9	7.6	11.4	19.2	11.4
USA	2000	21.7	19.1	13.8	11.0	13.0	20.3	29.6	17.1
OECD 24	2000	12.3	11.5	8.7	7.5	8.9	11.4	16.5	10.4

Tabella 2: Relative Armutsraten nach Altersgruppe, ca. im Jahr 2000

Staat	Zeitraum	Alter							
		0 - 17	18 - 25	26 - 40	41 - 50	51 - 65	66 - 75	76+	Total
Frankreich	1994 - 2000	0.2	- 0.7	- 0.4	- 0.7	- 1.2	1.5	- 3.5	- 0.4
Ungarn	1995 - 2000	2.8	0.0	0.8	2.2	2.2	- 0.2	- 6.2	0.8
Italien	1995 - 2000	- 2.9	0.4	- 3.1	1.2	- 1.2	- 0.1	0.2	- 1.3
Schweden	1995 - 2000	1.1	2.0	1.5	0.6	0.4	2.2	6.2	1.6
USA	1995 - 2000	- 0.6	0.2	0.1	0.8	0.0	3.4	4.0	0.4
OECD 24	1995 - 2000	0.9	0.7	0.5	0.8	0.5	0.1	- 0.2	0.5

Tabella 3: Veränderungen der relativen Armutsraten nach Altersgruppe, ca. 1995-2000

benslaufprofil der empfangenen Transfers und geleisteten Beiträge zeigt, dass die Älteren die Hauptbegünstigten der Umverteilung durch Renten und Gesundheitsversorgung geworden sind. Diese Umverteilung ist relativ unproblematisch, solange wir davon ausgehen können, dass jeder die verschiedenen Lebensabschnitte durchlaufen wird. Altersgruppen haben keine fixe Mitgliedschaft, wie dies bei Geschlecht und Ethnie normalerweise der Fall ist, sondern eine regelmäßig wechselnde, indem alle Individuen gemäß einem institutionalisierten Kalender durch den Lebenslauf von einem Abschnitt zum nächsten wandern.⁹ Eine unterschiedliche Behandlung von Altersgruppen ist daher moralisch akzeptabel¹⁰ und

kann durch die verschiedenen Bedürfnisse der Altersgruppen oder durch vernünftige politische Ziele gerechtfertigt werden.¹¹ Das einzig wirkliche Problem liegt hier darin, dass die Menschen nicht alle gleich lang leben. Die unterschiedliche Lebenserwartung ist sozial geschichtet und stellt daher eine massive soziale Ungerechtigkeit dar. Die Umverteilung zwischen den Generationen ist dagegen von Natur aus problematisch. ‚Generation‘ kann als Position in der Abstammungslinie der Familie oder, gesellschaftlich, als Kollektiv aller Menschen, die während einer bestimmten Zeitperiode geboren wurden und die gleichen historischen Ereignisse teilen, definiert werden. Eine gesellschaftliche Generation hat daher eine fixe

Mitgliedschaft.¹² Es gibt keine Legitimation, Generationen ungleich zu behandeln – ungeachtet der Frage, wie weit in die Zukunft (oder in die Vergangenheit) die Gleichstellung ausgeweitet werden soll. Die Aufteilung von Belastungen und Belohnungen zwischen den Generationen ist richtig oder gerecht in dem Ausmaß, dass jede Generation dieselbe Behandlung wie die vorangegangene oder folgende Generation erwarten kann, während sie die verschiedenen Lebensabschnitte durchläuft. In diesem Fall ist es z.B. unproblematisch, dass die jüngere Generation während ihres Berufslebens durch ein Umlageverfahren die ältere Generation finanziert, weil jeder erwarten darf, dass seine eigene Rente ebenso von der nächsten Generation finanziert wird.¹³

Der Einfluss von historischen und makrostrukturellen Veränderungen

Leider sind Besser- oder Schlechterstellungen einzelner Generationen jedoch eher die Regel als die Ausnahme. Der Grund dafür liegt in der Prägung einzelner Kohorten durch historische Wendepunkte wie Kriege oder Systemänderungen. Diese variieren sehr stark von Land zu Land. Die Schweiz ist ein Beispiel für ein relativ begünstigtes Land, dessen jüngste Geschichte weniger ereignisreich war als die der meisten anderen europäischen Länder. Die USA sind ein ähnliches Beispiel. Die Generationenliteratur ist noch immer in großen Teilen eine amerikanische Literatur – wie die meisten sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen – und bezieht daher bis jetzt nicht mit ein, was die Menschen im Großteil Europas in Bezug auf historische Umbrüche erlebt haben. Es ist daher absolut notwendig, dass mehr als bisher eine europäische Perspektive miteinbezogen wird.

Die Ökonomie der demografischen Diskontinuität

Weitere Faktoren, die generationelle Bruchlinien verursachen können, sind kulturelle Veränderungen wie jene der 1960er Jahre und auch Veränderungen der institutionalisierten Muster des Lebenslaufs, die zu altersgestaffelten Erfahrungen, Verpflichtungen und Ansprüchen führen. Richard Easterlin¹⁴ veröffentlichte eine Analyse von wirtschaftlichen Bruchlinien zwischen Generationen, basierend auf der demografischen Diskontinuität zwischen ‚Babyboom‘ und ‚Geburtsschwäche‘. Er argumentiert, dass große Geburtskohorten mit mehr Konkurrenz in der Schule, der Arbeit und am

Heiratsmarkt zu kämpfen haben und deshalb über ihren ganzen Lebenslauf benachteiligt sein werden. Als Konsequenz haben sie dann auch weniger Kinder. Für diese kleineren Geburtskohorten gilt das genaue Gegenteil, so dass sie auch wieder mehr Kinder haben werden. Dieses Argument wurde bis jetzt außerhalb der USA nicht bestätigt, jedoch ist es eine starke Erinnerung daran, wie demografische und wirtschaftliche Geschehnisse miteinander interagieren und dadurch unterschiedliche Kohorten produzieren. David Thomson¹⁵ behandelte den Wohlfahrtsstaat als generationelles Komplott. Er versuchte am Beispiel Neuseeland zu zeigen, dass eine Generation das System so gut zu nutzen wusste, dass sie alle Vorteile zusammenraffte, während andere, die früher oder später auf die Welt kamen, dafür zahlen mussten. Diese Generation erschuf zunächst einen Jugendstaat mit Wohnzuschüssen und Begünstigungen für junge Familien, und im Laufe ihres Lebens wandelte sie ihn dann in einen Wohlfahrtsstaat für Ältere um.¹⁶ Dies ist eine provokante Behauptung, die sich bis jetzt jedoch noch in keinem anderen Land bestätigt hat.

Wie schneiden die verschiedenen Generationen hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstands ab? Die beste vergleichende Übersicht über die Einkommen von Altersgruppen oder Kohorten bietet eine OECD-Studie von Michael Förster und Marco Mira D'Ercole.¹⁷ Sie beinhaltet einheitliche Daten für den Beginn dieses Jahrhunderts von verschiedenen Ländern, wovon einige für die Tabelle 1 ausgewählt wurden. Es handelt sich um Nettoäquivalenzeinkommen, das heißt, dass das individuelle Einkommen der Größe des Haushalts angepasst wurde. 100 ist der Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung. Kinder und teilweise auch Junge von 18 bis 25 liegen unter diesem Durchschnitt, ebenso wie die Älteren.

Das relative Einkommen von Kindern und Jugendlichen (also jenen zwischen 1 und 17 Jahren) war in der Dekade von 1985-1995 insgesamt sehr stabil. Einen leichten Anstieg gab es von Mitte der 1990er Jahre bis 2000. Junge Erwachsene haben in beiden Perioden an Boden verloren, was aus der Ausweitung von höherer Bildung, oder in anderen Worten, aus dem späteren Eintritt in den Arbeitsmarkt resultieren kann. Kinder und Jugendliche haben ein niedrigeres relatives Einkommen als die aktive Bevölkerung, wohingegen sich für junge Erwachsene ein un-

einheitliches Bild ergibt. In den meisten Ländern erreicht das Einkommen im mittleren Erwachsenenalter seinen Höhepunkt und sinkt dann wieder ab. Die Älteren schneiden schlechter ab als die aktive Bevölkerung und auch etwas schlechter als Kinder; die USA sind, zusammen mit der Schweiz, in dieser Hinsicht ein Sonderfall. Die ‚alten Alten‘ (75+) haben besonders niedrige Einkommen, erheblich niedriger als jene der ‚jungen Alten‘ (65-74). Auf Grund der Ausweitung der Altersvorsorge stiegen die Einkommen der Älteren ab Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre an. Dieser Trend hat sich danach jedoch umgedreht.¹⁹

Eine andere Beurteilung des wirtschaftlichen Wohlstands der Altersgruppen und Kohorten ergibt sich aus den Armutsraten, die all jene umfassen, deren Einkommen weniger als 50 Prozent des Median-Einkommens beträgt. Zu Beginn dieses Jahrhunderts betrug die Rate 10,4 Prozent in den 24 OECD Staaten. In den liberalen Staaten – Australien, Großbritannien und den USA – wiesen sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Älteren viel höhere Armutsraten auf als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dies ist in den meisten anderen Ländern weniger ausgeprägt. 17 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung leben in relativer Armut gegen 5 Prozent der schwedischen Bevölkerung. Dies zeigt klar, dass Wohlfahrtsstaaten einen Unterschied machen (siehe Tabellen 2 und 3).²⁰

Das durch die Tabellen präsentierte stilisierte Bild zeigt eine massive Differenz der relativen Armutsraten zwischen liberalen und sozialdemokratischen Staaten, also den Wohlfahrtsregimen an den gegenüberliegenden Enden. Kinder und Ältere schneiden im liberalen System schlechter ab als die aktive Bevölkerung – nicht so im sozialdemokratischen System. Die beiden anderen Systeme, das ‚konservative‘ System im Westen Kontinentaleuropas und das ‚familiale‘ System im Mittelmeerraum, befinden sich irgendwo dazwischen. Italien, als Beispiel für ein familiales System, hat ein Muster, das sich auf die männlichen Brotverdiener kon-

zentriert. Trotz einiger Veränderungen der jüngsten Zeit ist das Rentenniveau dieser männlichen Brotverdiener noch immer sehr hoch. In einer langfristigen Perspektive blieb die Armut stabil oder stieg bei den Kindern sogar an. Nach den 1970ern sank sie bei den Älteren, dieser Trend stoppte aber ab der Mitte der 1990er. Man kann also bereits einige Effekte der jüngsten ‚Rentenreformen‘ – oder eher Rentenkürzungen – erkennen.²¹ Für die Politik bedeutet das, dass es zwar notwendig ist, sich auf die Unterstützung der Kinder (und ihrer Eltern) zu konzen-

Prozent der Befragten, die angaben, sie hätten gerne mehr oder viel mehr Staatsausgaben für Renten (Die Befragten wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Antwort ‚viel mehr‘ eine Steuererhöhung erforderlich machen könnte.)

Altersgruppe	Unter 30	30-39	40-49	50-64	65+
Kanada	34.8	23.4	24.6	30.5	20.5
Deutschland	45.5	41.6	41.6	48.4	51.7
Italien	55.8	60.4	65.8	65.8	75.6
Japan	54.6	48.0	53.9	57.9	60.9
Schweden	41.7	51.3	51.9	59.8	66.8
Großbritannien	63.3	79.2	79.7	79.8	87.1
USA	55.0	51.0	45.7	48.9	45.2

Tabelle 4: Altersspezifische Einstellungen zu Staatsausgaben für Renten²⁵

trieren, es gibt jedoch keinen Grund, den Älteren ihre Leistungen zu kürzen, wenn man bedenkt, wie sie im Vergleich zur Gesamtbevölkerung abschneiden.

Eine Mobilmachung nach Generationen ist deshalb eher unwahrscheinlich. Einerseits sind die wirtschaftlichen Bruchlinien noch nicht sehr ausgeprägt, und andererseits müsste eine solche Mobilisierung mehrere Schwierigkeiten überwinden. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass die zeitlichen Grenzen von Generationen oder Kohorten grundsätzlich unscharf sind – normalerweise ein Ergebnis eines simplen Akt des Willens. Diese Unschärfe erleichtert die Wahrnehmung eines gemeinsamen Schicksals nicht: wir könnten Kohorten von Fünfjährigen oder Generationen von 20 Jahren nehmen, und selbst dann wäre nicht klar, wo sie beginnen und wo sie enden. Eine zweite Schwierigkeit liegt darin, dass es innerhalb von Generationen große Unterschiede nach Klasse, Religion, Ethnie oder Geschlecht gibt, was jeglichem Versuch, ein Gefühl von ‚wir sitzen in einem Boot‘ zu erzeugen, die Überzeugungskraft nimmt. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden die wichtigsten Revolutionen von Jugendbewegungen getragen. Dies war der Fall für die Französische

Revolution und die Oktoberrevolution, für die faschistische Revolution in Italien und auch für die nationalsozialistische Revolution in Deutschland. Die meisten Führungseliten der NSDAP, zum Beispiel, waren 1933 in ihren frühen Dreißigern und nach dem ‚Tausendjährigen Reich‘ Mitte Vierzig. Die faschistische Hymne zelebrierte die Jugend als den ‚Frühling der Schönheit‘: „Giovinezza, giovinezza, primavera di bellezza“. Die Faschisten versuchten die Jugend als Vorreiter für kulturelle und politische Veränderungen zu mobilisieren, unvermeidlich im Kampf mit der Erwachsenenwelt.²²

Hin zur Gerontokratie?

Welche Möglichkeiten haben die ‚neuen‘, sich in Zukunft vielleicht noch verschärfenden wirtschaftlichen Konflikte, ein Generationenbewusstsein zu mobilisieren? Was die altersspezifischen Einstellungen zu sozialpolitischen Themen wie z.B. der Rentenhöhe

Seite, dass die Anhebung des Rentenalters sehr unpopulär war – wieder bei allen Altersgruppen.²⁴

Wie lassen sich diese Einstellungen auf die Parteipräferenz umlegen? Altersunterschiede spielen dafür in den USA keine Rolle und sind in Deutschland kontraintuitiv, wenn man annimmt, dass ältere Personen jene Partei unterstützen sollten, die sich am meisten für den Wohlfahrtsstaat einsetzt, sprich die Sozialdemokraten. Durch die Pensionsreform von 1957 gelang es der CDU, die Agenda des Wohlfahrtsstaats für sich in Beschlag zu nehmen. Dies drückte sich dann im Vergleich zur Gesamtwählerschaft auch in höheren Wähleranteilen der CDU/CSU unter der älteren Bevölkerung aus (siehe Abbildung 1). Obwohl die LINKE momentan von den Proteststimmen von hauptsächlich älteren Personen profitiert, begünstigen Alterseffekte die CDU/CSU, die bei Bundeswahlen bei den Wählern 60+ immer mehr

stimmte Themen haben, sowohl auf lokaler als auch auf einzelstaatlicher Ebene, sind die Alterseffekte in Bezug auf ‚junge‘ Themen wie Bildung normalerweise etwas stärker als in Bezug auf ‚alte‘ Themen wie Renten oder Gesundheit. Dieser Unterschied wird jedoch durch die Dauer, die man einer Gemeinde angehört, ausgeglichen. So lässt sich z.B. bei Abstimmungen über die Erweiterung von Schulen beobachten, dass sich beim Abstimmungsverhalten jenes Bevölkerungsteils, der schon einige Zeit in der Gemeinde gewohnt hat, keinerlei Alterseffekte zeigen. Diese existieren jedoch in Gemeinden, wo Leute während ihres Ruhestandes zugezogen sind. Als alte Person in eine Gemeinde zu ziehen, erzeugt keine ausreichende Verbindung zur lokalen politischen Agenda, um so die Integration der Generationen zu fördern. Die Älteren haben zunehmendes Gewicht bei Wahlen, nicht nur wegen ihres steigenden demografischen Anteils, sondern auch auf Grund ihrer im Vergleich zu den Jungen höheren Wahlbeteiligung.²⁸ Ein ähnliches Muster ergibt sich für die Parteimitgliedschaft. Das Altern der Parteimitglieder und der Parteieliten ist unterschiedlich. Die Grünen sind eine Ein-Generationen Partei, die mit ihrer Generation gealtert ist. Ihre Eliten sind zwischen 40 und 50 Jahre alt. Die PDS war vor allem eine Partei von Rentnern, aber seit der Gründung der Linken gab es auch einige Beitritte von jungen Mitgliedern. Bis auf die Grünen sind alle Parteien mit einer höheren Zahl von Mitgliedern im Rentenalter als von solchen aus der Altersgruppe der aktiven Bevölkerung konfrontiert.

Die Parteimitgliedschaft bedeutet aber nicht notwendigerweise Macht. Im deutschen Fall – anders als anscheinend in Frankreich²⁹ – gibt es ein Paradox der Repräsentation: Die Älteren sind im Parlament und in der Regierung viel weniger vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, und seit den 1960er Jahren ist das Durchschnittsalter der Mitglieder des Bundestags sogar etwas gesunken. Neue Formen der politischen Partizipation nehmen jedoch zu, und wir können davon ausgehen, dass diese neue Formen von Altersaktivismus mit dem Altern der 68-Generation an Bedeutung gewinnen werden.

Einige Vertreter der These eines ‚Generationengleichgewichts‘ argumentieren, dass sich das Zeitfenster, in dem man Reformen des Wohlfahrtsstaates durchführen kann, schließt, da die ältere Bevölkerung durch ihr zunehmendes Gewicht bei Wahlen mehr und mehr die politische Arena dominiert.

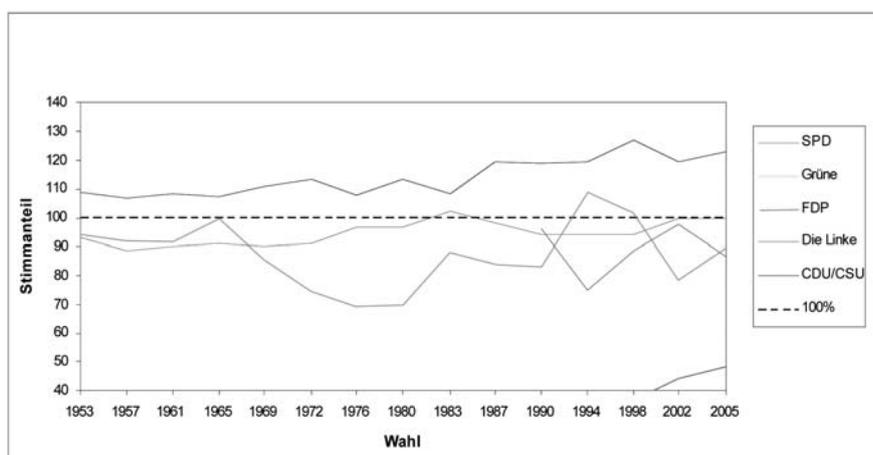


Abbildung 1: Alterskonservatismus? Stimmenanteile der Parteien bei deutschen Bundeswahlen (Anteil der Bevölkerung 60+ als Prozent des Gesamtstimmanteils)²⁷

betrifft, gaben die meisten Leute, die im *International Social Survey Program* 1996 befragt wurden, an, dass die Renten gleich bleiben oder sogar angehoben werden sollen (siehe Tabelle 4). Dies galt mit kleinen Unterschieden für alle Altersgruppen. Obwohl darauf hingewiesen wurde, dass die Steuern möglicherweise angehoben werden müssen, damit die Regierung die Renten erhöhen kann, stimmten noch immer große Teile aller Altersgruppen für eine Anhebung (es wurde eine 5-Punkte-Skala verwendet: ‚stark anheben‘ ‚anheben‘ ‚so belassen‘ ‚senken‘ ‚stark senken‘). Unter den in der Tabelle 6 enthaltenen Ländern erhielt der Vorschlag, die Renten anzuheben, in Großbritannien, wo die staatliche Rente am niedrigsten ist, die meiste Unterstützung.²³ Eine Umfrage des Eurobarometers 2001 zeigte auf der anderen

als die Hälfte der Stimmen erreichen konnte.

Einige Länder – vor allem die Schweiz und die USA – bieten die Möglichkeit, über besondere Maßnahmen durch Referenda abzustimmen. In der Schweiz lieferten jene Referenden, die sich mit Generationenthemen beschäftigten (z.B. Renten oder Bildung), nur bescheidene Alterseffekte.²⁶ Viel wichtiger sind Periodeneffekte, die entweder die Linke oder die Rechte begünstigen und die einen starken Einfluss auf die junge Generation haben. Erstwähler sind besonders empfänglich für Periodeneffekte und tendieren als Kohorte dazu, während ihres gesamten Lebenslaufs ihre ursprüngliche Wahlentscheidung beizubehalten. In den USA, die häufig Abstimmungen über be-

Sie sehen einen Punkt, wo es kein Zurück mehr geben wird, wenn die Macht der Älteren so groß sein wird, dass sie jeglichen Versuch, ihre Begünstigungen zu kürzen, verhindern können. In einem Modell für Deutschland bezogen Hans-Jürgen Sinn und Silke Uebelmesser³⁰ sowohl Demografie als auch altersspezifische Wahlbeteiligung mit ein und erstellten eine Prognose des Durchschnittsalters der Wähler und des ‚Gleichgültigkeitsalters‘, in dem eine Person weder positiv noch negativ von einer Rentenreform betroffen ist. Jenseits dieser Schwelle profitieren die Leute eher von Verbesserungen der Altersvorsorge, darunter haben sie eher eine negative Bilanz, bei der die Kosten den Gewinn übertreffen. Die Annahme ist, dass eine Reform nur dann möglich sein wird, solange der Median-Wähler davon positiv betroffen ist. Die Autoren folgern, dass eine Reform noch bis 2016 durchführbar sei, da sich der Großteil der Wähler bis dahin unter dem ‚Gleichgültigkeitsalter‘ befindet. Das Jahr 2016 sei ‚Deutschlands letzte Chance‘; nach diesem Jahr werde es zu einer Gerontokratie kommen, ohne jede Möglichkeit, die Altersrenten zu kürzen. Ein solches Modell des Eigeninteresses ist natürlich mangelhaft; es setzt voraus, dass die Menschen nur nach ihrem eigenen individuellen Interesse wählen und dass Stimmenanteile direkt in spezielle Politiken umgesetzt werden – beides ist offensichtlich nicht der Fall.³¹ Bei den Älteren gibt es auch ein Interesse an den nachfolgenden Generationen, sowohl in der eigenen Familie als auch auf gesellschaftlichem Niveau. Dies führt möglicherweise zu einer noch stärkeren Tendenz zu einem gruppenorientierten („soziotropischen“) Abstimmungsverhalten als in der Gesamtbevölkerung. Ein einfaches rational choice-Modell, das annimmt, dass die Wähler ihre eigenen individuellen Interessen maximieren wollen, bietet keine valide Darstellung des Wahlverhaltens.

Parteien und Verbände als vermittelnde Organisationen

Wieso treten Alterskonflikte nicht deutlicher hervor? Ein Grund dafür sind die starken Generationenbeziehungen in der Familie. Ein anderer Grund – zumindest im korporatistischen System Deutschlands – ist die vermittelnde Funktion von politischen Organisationen wie Parteien und Verbände.³² Diese Organisationen haben spezielle Gruppen für Ältere gebildet, genauso wie für andere bislang vernachlässigte Kategorien wie

Frauen und Junge. Sie haben diese Gruppen als eine Form von internen Interessensgruppen, die die erwähnten Kategorien für die Ziele der übergreifenden Organisation mobilisieren sollen, konzipiert. Ein anderer Vorteil dieser Gruppen ist, dass sie für politische Führungskräfte die Möglichkeit zur Teilhabe außerhalb der Hauptorganisationshierarchien bieten. Jene, die z.B. den Bundestag verlassen und ihr Mandat an jüngere Kollegen übergeben müssen, können so andere Funktionen in der Senioren-Union oder ähnlichen Gruppen der anderen Parteien übernehmen. Die Idee dabei ist, die Bedürfnisse dieser Bevölkerungskategorien zu befriedigen, indem man ihnen eine spezielle Nischenorganisation zur Verfügung stellt und hofft, dass sie sich weder außerhalb der Partei mobilisieren noch sich in die Kerngeschäfte der Partei einmischen. Dies trifft noch mehr auf die Gewerkschaften zu, wo das Dilemma dadurch verstärkt wird, dass das erklärte Ziel der Gewerkschaften die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ist. Die Gewerkschaften sind jedoch auch auf die Unterstützung und Signalwirkung ihrer Mitglieder im Ruhestand angewiesen. Daher bieten sie ihnen spezielle Gruppen, um sich innerhalb der Gewerkschaft zu organisieren, jedoch ohne deren Kerngeschäft zu beeinflussen.³³ Die sich verändernde Generationenagenda wird durch das Gewicht dieser Gruppen widerspiegelt. In der CDU/CSU zum Beispiel hat sich in den vergangenen Jahren eine Verschiebung von der Privilegierung der Jungen hin zu dem Ziel einer Balance zwischen den Generationen vollzogen. In der Vorbereitung auf die kommenden Bundestagswahlen sind die Vorsitzenden der Jungen Union und der Senioren-Union dazu verpflichtet worden, zusammen eine Agenda der Generationenintegration zu erarbeiten. Solange diese speziellen Gruppen Erfolg haben, bleiben Alterskonflikte in der organisatorischen Reichweite der Parteien und manifestieren sich nicht auf dem offenen politischen Markt. Die grauen Parteien, die einigen Erfolg bei Wahlen (vor allem in den Niederlanden) hatten, sind die Ausnahme. Der Erfolg der meisten solcher Ein-Themen Parteien hält jedoch nicht lange an, da andere Parteien ihr Thema übernehmen und/oder sie sich durch interne Streitigkeiten selbst zerstören. Die einzige erfolgreiche Ein-Themen Partei in Deutschland sind bis jetzt die Grünen, die deshalb Erfolg hatten, weil sie ihr ursprüngliches Thema ausgeweitet haben.

Anmerkungen

- 1 Kohli 1987.
- 2 Bengtson 1993; Kaufmann 2005.
- 3 Albertini/Kohli/Vogel 2007: 319.
- 4 Kohli 2006: 1.
- 5 vgl. auch Hernes 1987; Mirowsky/Ross 1999; Esping-Andersen/Sarasa 2002.
- 6 Kohli 2006: 1.
- 7 Kohli 2006: 13.
- 8 Kohli 2007.
- 9 Kohli 2006: 3.
- 10 vgl. Daniels 1988.
- 11 vgl. Esping-Andersen et al. 2002; Esping-Andersen/Sarasa 2002; Preston 1984.
- 12 Kohli 2006: 3.
- 13 Kohli 2006: 9.
- 14 Easterlin 1980.
- 15 Thomson 1989.
- 16 Kohli 2006: 13.
- 17 Förster/Mira D’Ercole 2005.
- 18 Quellen für Tabellen 1 bis 3: Förster/Mira d’Ercole 2005.
- 19 Förster/Mira D’Ercole 2005.
- 20 Förster/Mira D’Ercole 2005.
- 21 Liebig/Lengfeld/Mau 2004.
- 22 Wohl 1979.
- 23 Hicks 2001.
- 24 Kohl 2003; vgl. auch Kohli 2006: 18.
- 25 Hicks 2001 (basierend auf dem International Social Survey Program, 1996).
- 26 Bonoli 2004.
- 27 Kohli/Neckel/Wolf 1999.
- 28 vgl. Binstock 2000.
- 29 vgl. Louis Chauvels Beitrag in dieser Ausgabe
- 30 Sinn/Uebelmesser 2002: 155.
- 31 Kohli 2006: 12.
- 32 Kohli/Neckel/Wolf 1999.
- 33 vgl. Wolf/Kohli/Künemund 1994.

Literatur

Albertini, Marco / Kohli, Martin / Vogel, Claudia (2007): Intergenerational Transfers of Time and Money in European Families. Common Patterns. In: Journal of European Social Policy, Jg. 17 (4/2007), 319-334.

Bengtson, Vern L. (1993): Is the ‘Contract Across Generations’ Changing? Effects of Population Aging on Obligations and Expectations Across Age Groups. In: Bengtson, Vern L. / Achenbaum, W. Andrew (Hg.): The Changing Contract Across Generations. New York: Aldine de Gruyter, 3-24.

Binstock, Robert H. (2000): Older People and Voting Participation. Past and Future. In:

- The Gerontologist, Jg. 40 (1/2000), 18-31.
- Bonoli, Giuliano (2004): Generational conflicts over resource allocation. Evidence from referendum voting on social policy issues in Switzerland. In: Konferenz 'Erosion oder Transformation des Sozialstaates?'. Fribourg/Switzerland.
- Daniels, Norman (1988): Am I My Parents' Keeper? An Essay on Justice Between the Old and the Young. Oxford: Oxford University Press.
- Easterlin, Richard A. (1980): Birth and fortune. The impact of numbers on personal welfare. New York: Basic Books.
- Esping-Andersen, Gøsta et al. (2002): Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta / Sarasa, Sebastián (2002): The Generational Contract Reconsidered. In: Journal of European Social Policy, Jg. 12 (1/2002), 5-21.
- Förster, Michael / Mira d'Ercole, Marco (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s. In: OECD Social Employment and Migration Working Papers, 22. Paris: OECD. <http://ideas.repec.org/p/oec/elsaab/22-en.html>. (am 16.07.2008).
- Hernes, Helga Maria (1987): Welfare State and Women Power. Oslo: Norwegian University Press.
- Hicks, Peter (2001): Public Support for Retirement Income Reform. OECD Labour Market and Social Policy Occasional Papers, 55. <http://ideas.repec.org/p/oec/elsaaa/55-en.html>. (am 16.07.2008).
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Gibt es einen Generationenvertrag? In: Kaufmann, Franz-Xaver (Hg.): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen. 2. Auflage. Wiesbaden: VS. (1. Ausgabe 2002), 161-182.
- Kohl, Jürgen (2003): Citizens' opinions on the transition from work to retirement. In: ISSA 4th International Research Conference on Social Security 'Social Security in a Long Life Society'. Antwerpen.
- Kohli, Martin (1987): Retirement and the Moral Economy: An Historical Interpretation of the German Case. In: Journal of Aging Studies, Jg. 1 (2/1987), 125-144.
- Kohli, Martin (2006): Aging and Justice. In: Binstock, Robert H. / George, Linda K. (Hg.): Handbook of Aging and the Social Sciences. 6. Auflage. San Diego/Kalifornien: Academic Press. (1. Ausgabe 1981), 456-478.
- Kohli, Martin (2007): The institutionalization of the life course. Looking back to look ahead. In: Research in Human Development Jg. 4 (2007), 253-271.
- Kohli, Martin / Neckel, Sighard / Wolf, Jürgen (1999): Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren. In: Niederfranke, Annette / Naegele, Gerhard / Frahm, Eckart (Hg.): Funkkolleg Altern, (Bd. 2). Opladen: Westdeutscher Verlag, 479-514.
- Liebig, Stefan / Lengfeld, Holger / Mau, Steffen (2004): Einleitung. Gesellschaftliche Verteilungsprobleme und der Beitrag der soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Liebig, Stefan / Lengfeld, Holger / Mau, Steffen (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M: Campus, 7-26.
- Mirowsky, John / Ross, Catherine E. (1999): Economic Hardship Across the Life Course. In: American Sociological Review, Jg. 64 (1999), 548-69.
- Preston, Samuel H. (1984): Children and the Elderly. Divergent Paths for America's Dependents. In: Demography, Jg. 21 (4/1984), 435-457.
- Sinn, Hans-Werner / Uebelmesser, Silke (2002): Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany. In: European Journal of Political Economy, Jg. 19 (1/2003), 153-158.
- Thomson, David (1989): Selfish Generations. The Ageing of the Welfare State. Wellington: Allen & Unwin.
- Wohl, Robert (1979): The Generation of 1914. Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press.
- Wolf, Jürgen / Kohli, Martin / Künemund, Harald (Hg.) (1994): Alter und gewerkschaftliche Politik. Auf dem Weg zur Rentnergewerkschaft? Köln: Bund-Verlag.



Dr. Martin Kohli ist Professor für Soziologie am Europäischen Hochschulinstitut (Fiesole/Florenz) und an der Freien Universität Berlin (seit 1977; seit Oktober 2007 a.D.). Er war u.a. Fellow am Institute for Advanced Study (Princeton), am Collegium Budapest und am Hanse Wissenschaftskolleg sowie Gastprofessor oder Gastwissenschaftler in Harvard, Stanford und Columbia. Von 1997-1999 war er Präsident der European Sociological Association.

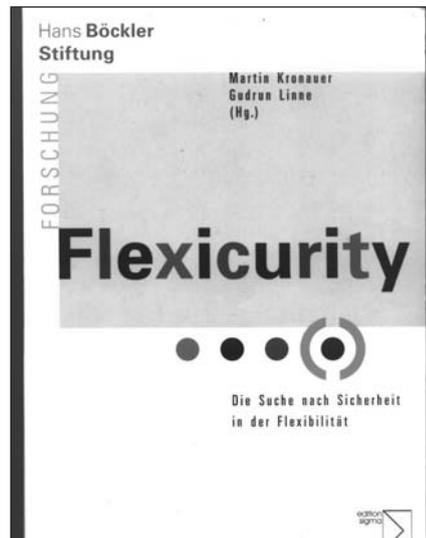
Kontaktdaten:
European University Institute, Dept. of Social and Political Sciences, Via dei Roccettini 9, I-50014 San Domenico di Fiesole
Tel.: +39 055 4685-273,
martin.kohli@eui.eu

Martin Kronauer / Gudrun Linne (Hg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität

Rezensenten: Jörg Tremmel und Isabel Wolff

Ein Begriff, der sich in keinem Duden findet, macht seit einigen Jahren Furore: Flexicurity. Gemeint ist, die von den Arbeitgebern im Zuge wachsenden Globalisierungsdrucks geforderte Flexibilität (flexibility) mit sozialer Sicherheit (security) zu verbinden. Auch Arbeitnehmer in flexiblen Arbeitsverhältnissen wie Teilzeit- oder befristeter Arbeit und solche mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien sollen nicht in Unsicherheit und Prekarität abrutschen. Vor allem die Europäische Kommission propagiert dieses neue Leitbild, um Europa einen Standortvorteil gegenüber den amerikanischen und asiatischen (im speziellen dem chinesischen) Arbeitsmärkten zu verschaffen. Durch die Europäische Sozialagenda vom Jahr 2000 wurde Flexicurity zum Baustein des europäischen Sozialmodells und wesentlichen Bestandteil des Lissabon-Prozesses erklärt. Ist dies nur ein sprachlicher Formelkompromiss, um unvereinbare Gegensätze mit einem Neologismus zu überbrücken? Dass Politik durch neue Begriffe gegensätzliche Positionen lieber verschleiert als sie zu entscheiden, war schon bei der Geburt des Wortes „Sustainable Development“ zu beobachten. Die Autoren des hier besprochenen Sammelbandes (herausgegeben von Martin Kronauer und Gudrun Linne in einer Forschungsreihe der Hans-Böckler-Stiftung) sehen jedenfalls in der theoretischen Fundierung und der Umsetzung des Konzeptes noch erhebliche Lücken. Sie beginnen ihre Einleitung vernünftigerweise dann auch mit einer Definition von Flexibilität und kommen zu dem Schluss, dass es auf Makro-, Meso- und Mikroebene durchaus verschiedene Bedeutungen hat. Die Politik reagiert mit Deregulierung. Auf Unternehmensebene werden Organisations- und Kontrollstrukturen, Arbeitsaufteilungen und -zuschnitte, Kostenstrukturen und Personaleinsatz angepasst. Bei einzelnen Personen machen sich Veränderungen im Bereich der Arbeitszeit- und Arbeitsgestaltung, Entlohnung, Mobilitäts- und Qualifikationsanforderungen und Arbeitsplatzsicherheit bemerkbar.

Terminologisch muss zudem grundsätzlich



unterschieden werden zwischen externer Flexibilisierung, also Einstellungen, Kündigungen und Leiharbeit je nach Marktlage, und interner Flexibilisierung, die von fest Angestellten verlangt, sich bezüglich Arbeitszeit, Aufgabenzuteilung etc. flexibel zu zeigen.

Neben der Analyse des spannungsreichen Verhältnisses von Flexibilität und Sicherheit in der Arbeitswelt hat Buch das Ziel, den Akteuren – Individuen, Unternehmen und den staatlichen Ebenen – Handlungsoptionen aufzuzeigen. Das arbeitsmarktpolitische Instrument Flexicurity soll hier einen Handlungsspielraum schaffen, innerhalb dessen die Protagonisten ihre unterschiedlichen Interessen behaupten können, wobei diese nicht einmal innerhalb der einzelnen Gruppen homogen sein müssen. Im Idealfall kommt es trotzdem zu win-win-Situationen – zumindest ist das das Versprechen des Begriffs „Flexicurity“.

Das Buch sucht die interdisziplinäre Debatte; die Autorinnen und Autoren kommen aus vier Disziplinen: Wirtschaftswissenschaften (v.a. Sozial- und Wirtschaftspolitik), Soziologie, Politologie und Rechtswissenschaften (v.a. Arbeitsrecht). Der Band ist in vier Teile gegliedert und umfasst 17 deutschsprachige Artikel. Die Geschlechterperspektive wird in vielen Beiträgen mitberücksichtigt, eine Generationenperspektive nimmt das Buch – bis auf den Beitrag von Klammer – nicht ein.

Dies ist ein Manko, denn hier besteht sicherlich noch erheblicher Forschungsbedarf.

Im ersten Teil wenden sich die Beiträge der Frage zu, inwieweit politische Maßnahmen mit dem tatsächlichen Regelungsbedarf im Zusammenhang und mit dynamischen Märkten in Einklang stehen.

Hierzu stellt Marcel Erlinghagen in seinem Beitrag die Frage, ob die wachsende Bedeutung von Flexibilisierungsmaßnahmen eine zwangsläufige Folge des globalisierten Arbeitsmarktes oder nur eine Reaktion der Politik auf die Forderungen von Seiten der Unternehmer sind. Diese Fragestellung führt ihn zu einer empirischen Untersuchung, inwieweit das Bild des ‚Arbeitskraftunternehmers‘, der Teil des flexiblen Arbeitsmarktes sein soll, Realität ist. Die Ergebnisse von Erlinghagens Untersuchungen können diese vorherrschende Meinung nur teilweise bestätigen. Die kritische Auseinandersetzung mit dem derzeit vorherrschenden Flexibilisierungsdiskurs endet mit einem Plädoyer für soziale Sicherungssysteme, welche innerhalb der Notwendigkeit einer Flexibilisierung gestaltet werden können. Hier soll Flexicurity einen positiven Ansatz darstellen, vor allem um den Menschen sowohl eine sichere Ausgangsbasis als auch Perspektiven zu vermitteln. Diese Perspektiven sind wichtig, um der wirtschaftlichen Entwicklung mehr Dynamik zu geben. Erlinghagen plädiert für Anreize von staatlicher Seite, welche es den Unternehmen ermöglicht, einen festen Belegschaftskern zu beschäftigen und weitere Arbeitnehmer flexibel zu beschäftigen. Auch sollen Eigen- und Erwerbsarbeit miteinander vereinbar sein und somit neue Beschäftigungspotentiale freigesetzt werden.

Der Autor Klaus Dörre untersucht unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitsmarktpolitische Herausforderung. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist eine interessante Analyse der Integrationspotentiale von Erwerbsarbeit. Er entwirft eine Typologisierung der Erwerbsarbeit in die Zone der Integration, die Zone der Prekarität und die

Zone der Entkoppelung. Empirisch untersucht er zudem die Wahrnehmung ihrer eigenen Situation durch die Betroffenen und ihre Erwartung über ihr zukünftiges Arbeitsleben. Dabei diagnostiziert er, „[...] dass abhängige Erwerbsarbeit ihre Funktion als zentrales ‚Bindemittel‘ der Gesellschaft zu verlieren beginnt.“ (S. 62). Eine Entprekarisierung kann nur stattfinden, wenn die Interessen dieser Gruppe vertreten werden. Hier appelliert Dörre an die Gewerkschaften.

Der zweite Teil setzt sich damit auseinander, wie die Arbeits- und Sozialpolitik bei externer Flexibilisierung gestalterisch handeln muss. Hierzu präsentiert dieser Abschnitt dem Leser eine Fülle von empirischem Material.

Keller und Seifert wollen in ihrem Beitrag Strategien aufzeigen, wie soziale Risiken flexibler Beschäftigungsformen gemindert werden können. Dabei gehen sie auf gesetzliche wie auch tarifvertragliche Regelungen ein. So schlagen sie Kriterien vor, welche die langfristige soziale Sicherung bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen gewährleisten sollen.

Darauf folgend beschreiben die Autoren die Formen und die Entwicklung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und zeigen auf, welche Personengruppen hiervon betroffen sind und welche Beschäftigungen als prekär einzustufen sind. Prekär sind Beschäftigungsverhältnisse demnach, wenn die Chancen auf Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ungünstig sind, da lebenslanges Lernen Voraussetzung für den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben in Phasen der Arbeitslosigkeit ist. Abschließend werden Überlegungen zum Umgang mit atypischen Beschäftigungsformen aufgelistet, wie betriebliche Ansprüche, öffentliche Förderung und über-

betriebliche Formen der Organisation. An dieser Stelle vermisst man allerdings genauere Angaben zu diesen Konzepten.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Auswirkung von Flexibilisierung auf die Erwerbstätigen und deren Biografien und welcher Regelungsbedarf hier seitens der Politik besteht.

Die Autoren Köhler, Struck, Krause, Sohr und Pfeifer tragen aus verschiedenen empirischen Untersuchungen zusammen, welche Gerechtigkeitsvorstellungen Arbeitnehmer in Bezug auf Entlassungen haben. Hier kristallisiert sich heraus, dass die Ansprüche der Bevölkerung an den Arbeitgeber und den Staat, Beschäftigungssicherheit zu bieten sehr hoch sind. Entlassungen werden nur als gerecht angesehen, wenn sie den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern, nicht jedoch, wenn sie der Marktlogik entsprechen. Der Staat oder der Arbeitgeber hat hier also in seiner Funktion, Sicherheit zu gewährleisten, versagt, was der Arbeitnehmer nun ausbaden muss. Hier stellt der Autor ein Problem bezüglich der Flexibilitätsanforderungen an Arbeitnehmer fest, welches auch im Flexicurity-Konzept nicht ausbleibt. Lösungsansätze für dieses Problem werden von den Autoren nur kurz angedeutet, obwohl ein Schwerpunkt zu diesem Thema besser in das Gesamtkonzept des Buches gepasst hätte.

Im abschließenden vierten Teil wird u. a. ein Vergleich von Flexibilisierungsmaßnahmen in verschiedenen europäischen Ländern angestellt und bewertet.

Fink und Tálos diagnostizieren bei allen Ländern, die Gegenstand der Untersuchung sind, große Defizite in der sozialstaatlichen Absicherung von Flexibilisierung. Dabei schneiden konservative Wohlfahrtsstaaten wie Österreich und Deutschland besonders schlecht ab, da die sozialen Sicherungssy-

steme hier noch zu stark auf eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit ausgerichtet sind. Auf Erwerbsgruppen, welche befristete Arbeitsverhältnisse eingehen und die zwischen verschiedenen befristeten Arbeitsverhältnissen womöglich längere Perioden arbeitslos sind, sind diese Sicherungssysteme nicht zugeschnitten. Der Beitrag gibt einen guten Einblick in die Arbeitsmarktpolitik und die unterschiedlichen Ansätze der Länder. Für Leser mit geringen wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen erschließen sich die Zusammenhänge jedoch erst bei mehrmaligem Lesen der Abschnitte.

Inhaltlich bietet der Sammelband detaillierte und vielschichtige Informationen über die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die daraus folgenden Konsequenzen. Letztere werden aus den Blickwinkeln der verschiedenen Akteure beschrieben. Das Werk macht dem Leser jedoch auch klar, dass die Umsetzung dieses verheißungsvollen Konzeptes noch in den Kinderschuhen steckt. Viele Voraussetzungen sind noch nicht vorhanden, um mit Flexicurity dem europäischen Arbeitsmarkt einen Standortvorteil zu verschaffen. Der Leser tut gut daran sich schon im Voraus einen Überblick über das Thema verschaffen. Dies erleichtert die Durchsicht der einzelnen Beiträge, da diese streckenweise sehr tief in die Thematik einsteigen. Was dem Buch teilweise fehlt, sind ausführlichere Einblicke in Flexicurity-Konzepte.

Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.) (2005): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Forschungsreihe der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 65. Berlin: edition sigma., 423 Seiten, ISBN: 3-89404-996-0. Preis: 19,90 €



Advertisement in the IGJR:

You can address **8,000 scientists and opinion leaders** all over the world with an announcement! **There's no better promotion than that!** Additionally, you support the non-profit targets of the Foundation for the Rights of Future Generations by placing an advert in the IGJR.

Request our media data:
Tel. +49 6171 982 367
Fax +49 6171 952 566
E-mail: editors@igjr.org

Dear Reader, Your opinion matters!

We want to improve the Intergenerational Justice Review with your input. Send us your comments to:

IGJR-Editors
Postfach 5115
61422 Oberursel
GERMANY
Phone +49 6171 982 367
Fax +49 6171 952 566
E-Mail: editors@igjr.org

Please tell us of any friends to whom we can send one trial issue free of cost.

Die SRzG ist auf der Suche nach deutsch- und englischsprachigen Artikeln für die demnächst erscheinende Ausgabe 4/2009 des Journals für Generationengerechtigkeit mit dem Thema: **Die Rechte von Kindern und Jugendlichen – mit dem Schwerpunkt Wahlrecht**

Das Thema:

Die UNICEF-Kinderrechtskonvention verdeutlicht die grundlegenden Menschenrechte, die alle Kinder und Jugendliche besitzen. Die vier wichtigsten Grundsätze der Konvention sind: Nichtdiskriminierung; Wahrung der Interessen der Kinder; das Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung; sowie Respekt gegenüber den Ansichten der Kinder. Diese Konvention ist rechtlich bindend und heutzutage fundamental für das Leben der Kinder. In Anbetracht der Tatsache, dass diese grundlegenden Menschenrechte weltweit zur Norm gehören, stellt sich die Frage, ob es noch nötig ist, die Rechte von Kindern und jungen Menschen weiter zu entwickeln. Denkbar ist dies vor allem im Bereich der Partizipationsrechte. Werden Kinder und junge Menschen heutzutage wirklich als Individuen behandelt, die eigene Meinungen besitzen?

Die Gesellschaft fordert von Jugendlichen und Kindern, dass sie verantwortungsvoll und wohlüberlegt handeln und ihr Leben gestalten. Jedoch verwehrt man ihnen, Verantwortung im Rahmen von Wahlen zu übernehmen. Was die jeweiligen politischen Programme der einzelnen Länder in der Welt anbelangt, besitzen junge Menschen kein Mitspracherecht. In manchen Ländern werden Kinder und junge Menschen aber als vollverantwortliche Persönlichkeiten angesehen, wenn sie beispielsweise eine Straftat begehen. Auch dürfen in vielen Ländern Individuen mit 16 arbeiten und folglich Steuern zahlen, ohne mitbestimmen zu dürfen, wie die entrichteten Steuern verwendet werden. Angesichts dieses Hintergrunds stellt sich die Frage: Sollten die Rechte von Kindern und jungen Menschen um das Wahlrecht erweitert werden?

Stichtag für das Einreichen von vollständigen Artikeln ist der 1. August 2009.

Die SRzG ist auf der Suche nach deutsch- und englischsprachigen Artikeln für die demnächst erscheinende Ausgabe 1/2010 des Journals für Generationengerechtigkeit mit dem Thema:

Generationengerechtigkeit und die Geißel des Krieges

Das Thema:

Die Charta der Vereinten Nationen, die am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet wurde, beginnt mit den Worten: *„Wir, die Völker der vereinten Nationen - fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat [...]“*. Die Charta wurde offensichtlich unter dem Eindruck der Folgen des zweiten Weltkrieges unterzeichnet, des historischen Ereignisses, welches den schärfsten Absturz menschlicher Wohlfahrt in der Geschichte zur Folge hatte. Seitdem haben sich die Prioritäten aufgrund einer Ära nie dagewesenen Friedens in der OECD Welt, aber auch auf dem Globus insgesamt, verschoben. Obwohl inzwischen nicht weniger als 192 Staaten die Charta der VN unterschrieben haben, die mit einer Entschlossenheitserklärung die Welt von der Geißel des Krieges zu befreien beginnt, verwüsten bewaffnete Konflikte immer noch große Teile der Welt, insbesondere in Afrika, im nahen Osten und in Zentralasien. Laut den Ergebnissen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) in Hamburg, hat sich die Zahl der Konflikte seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sogar erhöht, wobei innerstaatliche Konflikte die Statistik zunehmend anführen.

Die negativen Auswirkungen von Kriegen für die Zukunft von Gesellschaften liegen auf der Hand. Abgesehen von den direkten Opfern des Krieges, und ihren potentiellen Nachfahren die nie geboren werden, reichen traumatisierte Soldaten und Opfer ihre psychologischen Folgeschäden in ihrer Rolle als

Eltern an die kommenden Generationen weiter. Weiterhin haben neue Formen innerstaatlicher Konflikte eine wesentlich höhere Dauer im Vergleich zu klassischen zwischenstaatlichen Konflikten und schädigen die Gesellschaften, Ökonomien und staatlichen Strukturen der betroffenen Länder auf Jahrzehnte hinaus. Daher gehen heutige innerstaatliche Konflikte mit einer wesentlich höheren Beeinträchtigung der zukünftigen Generationen einher als klassische Staatenkriege mit klar bestimmten Kriegsparteien, die im Normalfall mit einem Waffenstillstand oder Friedensvertrag enden. Offensichtlich ist das Problem, vor das die „Geißel des Krieges“ die Menschheit stellt, noch längst nicht gelöst. In diesem Zusammenhang ist es umso erstaunlicher, dass Studien zu Generationengerechtigkeit das Thema bislang vernachlässigt haben, zumal die VN Charta explizit die künftigen Generationen als Adressaten ihrer Entschlossenheit, die Kriege zu beenden, nennt.

Die Ausgabe 1/2010 des Journals für Generationengerechtigkeit wird diese Fragen thematisieren, mit dem Ziel, die Grundlagen für eine tiefgehende Diskussion der Friedenspolitik im Rahmen von Generationengerechtigkeit zu schaffen. Die Ausgabe soll das Verhältnis der Rechte heutiger und künftiger Generationen auf ein Leben in Frieden klären, die Rolle humanitärer Interventionen im Rahmen des Kapitels VII der VN Charta und von Interventionen im Allgemeinen unter Berücksichtigung von Konfliktmanagement, Peacebuilding, Peacekeeping, State und Nation Building ansprechen. In Anbetracht der besonderen Gefahren, welche durch die Existenz von Massenvernichtungswaffen für die Zukunft der Menschheit entstehen, sind auch die Abschaffung und Ächtung atomarer, biologischer und chemischer Waffen ein wichtiger Bestandteil dieses Themenkomplexes.

Mehr Informationen finden Sie auf der SRzG-Webseite.

Stichtag für das Einreichen von vollständigen Artikeln ist der 1. Oktober 2009.

Die SRzG ist auf der Suche nach deutsch- und englischsprachigen Artikeln für die demnächst erscheinende Ausgabe des Journals für Generationengerechtigkeit mit dem Thema: „**Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Problemlösungen in der Parteiendemokratie**“

Die Entscheidungsfindung im politischen System Deutschlands ist komplex. Schon die Koalitionspartner in einer Mehrpartei- enregierung vertreten mit Blick auf die nächsten Wahlen parteipolitische Eigeninteressen. Bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen wird die Opposition zum Vetospieler im Bundesrat. Auch das Bundesverfassungsgericht und der Bundespräsident können Gesetze stoppen und zurückweisen. Eine Konsensdemokratie ist anderen Systemen per se weder über- noch unterlegen. Entscheidend ist, wie der Konsens organisiert wird. Das deutsche System ist eine weniger sinnvolle Form, da es Blocka-

den belohnt. Vor allem langfristige Vorhaben fallen der Parteienkonkurrenz zum Opfer: Kurzfristig scheint es nicht rational, die Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen (mit-) zutragen, sondern erstrebenswert, die eigene Partei als Vertreter der Partikularinteressen der Wählerschaft zu profilieren. Diese Mechanismen verhindern bisweilen eine sachorientierte Zusammenarbeit. Das Ausbleiben von – kostspieligen – Reformen im Bildungssystem oder die Aufgabe von Klimaschutzzielen zugunsten einer Förderung rückständiger Industrien sind Beispiele, die illustrieren, dass häufig zukunftsorientierte Maßnahmen von einzelnen Parteien blockiert werden. Insbesondere zukünftige und nachrückende Generationen werden also durch fehlende sachorientierte Zusammenarbeit der Parteien benachteiligt. Wie kann eine solche Kooperation der Parteien gefördert und „Opposition um der Opposition willen“ eingedämmt werden? Welche institutionellen Reformen könnten

helfen, die Blockademechanismen zu reduzieren? Welche neuen Institutionen oder Verfassungsartikel könnten zu mehr Sachorientierung führen? Welche Vor- und Nachteile birgt der Föderalismus für politische Systeme? Reformvorschläge könnten sich etwa mit den Kompetenzen und dem Abstimmungsverhalten des Bundesrates, mit der Einführung von Elementen direkter Demokratie, mit den Geschäftsordnungen des Bundestages und der Landtage oder der Länge der Legislaturperioden beschäftigen. Auch die Frage wie die Repräsentanten auf den verschiedenen Ebenen (Bund, Land, Kommune) gewählt werden, oder gewählt werden sollten, spielt eine Rolle. Hier geht es darum, wie der Wählereinfluss in der Politik zum Tragen kommen soll.

Stichtag für das Einreichen von Vorschlägen ist der 1. November 2009.

Stichtag für das Einreichen von vollständigen Artikeln ist der 1. Dezember 2009.

Neuigkeiten

Im Anschluss an die Vorstellung unseres Redaktionsbeirates in Ausgabe 1/2009 'Historische Ungerechtigkeit', stellen wir Ihnen hier Neumitglieder des Redaktionsbeirates vor. Außerdem können Sie in der Neuigkeiten Sektion erfahren, wie sich die Zusammensetzung des Redaktionsbeirates, des Wissenschaftlichen Beirates und des Kuratoriums verändert hat.

Neue Mitglieder:



Dr. Ingolfur Blühdorn ist außerordentlicher Professor für Politik und Politische Soziologie an der Universität Bath (UK). Seine Forschung verknüpft Aspekte sozialer und politischer Theorie, politischer Soziologie und Umweltsoziologie. Im Fokus seiner Publikationen stehen hauptsächlich Themen wie soziale Bewegungen und ihre Organisationen, Grüne Parteien und die Transforma-

tion von politischen hin zu fortgeschrittenen Konsumdemokratien. Seine neusten Buchveröffentlichungen umfassen „Economic Efficiency – Democratic Empowerment“, „Contested Modernization in Britain and Germany“ (mit Uwe Jun, Rowman & Littlefield, 2007), „The Politics of Unsustainability: Eco-Politics in the Post-Ecologist Era“ (mit Ian Welsh, Routledge, 2008) und „In Search of Legitimacy: Policy Making in Europe and the Challenge of Societal“ (Burdich, 2009).

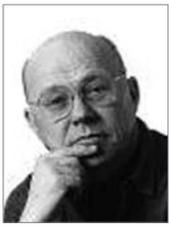


Ph.D. Huey-li Li ist Professorin für Bildungstheorie an der Universität Akron in Akron, Ohio. Sie wurde in Taiwan geboren, und hat an der Nationalen Universität von Taiwan die chinesische Klassik studiert. Sie arbeitete daraufhin als Lehrerin an einem Gymnasium in Kaohsiung, Taiwan, bevor sie in den USA ihren Dokortitel in

Philosophie erwarb. Ihre gegenwärtigen Forschungsfelder sind die ethischen Grundlagen der Umweltbildung, Ökofeminismus, die Lehretik, Postkolonialismus in der Erziehung und globale Staatsbürgerkunde.



Prof. Dr. Eckhard Jesse studierte Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft. Er war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und von 1978 bis 1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Trier. 1982 verfasste er seine Dissertation zu der Gestaltung des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland. 1983-1989 war er Hochschulassistent an der Universität Trier, wo er 1989 habilitierte. Nach einigen Lehrstuhlvertretungen ist er seit 1993 Professor an der TU Chemnitz, wo er den Lehrstuhl für politische Systeme und politische Institutionen inne hat. Seit 2007 ist er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft.



**Prof. Dr. Dr.
Udo E. Simonis**

Volkswirtschaftslehre in Mainz, Wien und Freiburg. Bis zu seiner Promotion

1967 war er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kiel. Im Anschluss daran arbeitete er zwei Jahre lang als persönlicher Berater der Präsidenten von Sambia. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Japan hat er seit 1973 die Professur für Okinomie an der TU Berlin inne. Zudem war er von 1981 bis 1987 Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und von 1988 bis 2003 Forschungsprofessor für Umweltpolitik,

ebenfalls am WZB. Seine Forschungsschwerpunkte sind der ökologische Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft, sowie Internationale Umweltpolitik (Weltumweltpolitik).



Prof. Janna Thompson

ist Dozentin und außerordentliche Professorin an der Philosophischen Fakultät der Universität Trobe in Melbourne (Australien). Sie ist Autorin von „Justice and World Order“, „Taking Responsibility for the Past“ und „Intergenerational Justice“. Des Weiteren hat sie Artikel und Arbeiten über Umweltethik und soziale Philosophie geschrieben.

Neuigkeiten:

Prof. Nandita Biswas Mellamphy und Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin mussten den Redaktionsbeirat aufgrund anderweitiger Verpflichtungen leider verlassen. Wir möchten uns für ihre Unterstützung in ihrer Zeit als Beiratsmitglieder bedanken.

Anna Lührmann verlässt das Kuratorium um ihrem Ehemann in den Sudan zu folgen, wo er die Position des Botschafters übernehmen wird. Wir wünschen ihr das Allerbeste und danken ihr für ihr Engagement und ihre Unterstützung.

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Foundation for the Rights of Future Generations)

Chefredaktion: Joerg Chet Tremmel

Redaktion: Patrick Wegner, Hannah Taylor-Kensell, Dan Sylvain, Karsten Gödderz

Layout: OblaDesign, Bad König

Druck: LokayDruck, Königsberger Str. 3, 64354 Reinheim (www.lokay.de)

ISSN 1617-1799

Redaktionsanschrift:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen,
Postfach 5115,
61422 Oberursel Deutschland
Tel.: +49(0)6171-982367
Fax: +49(0)6171-952566
Email: kontakt@srzg.de
Internetseite:
www.generationengerechtigkeit.de

Das Journal für Generationengerechtigkeit (JfGG) erscheint seit der Umstellung zum Jahreswechsel 2008/2009 regelmäßig in englischer und deutscher Sprache und publiziert Artikel nun erst, nachdem sie ein Peer-Review Verfahren durchlaufen haben. Das Editorial-Board setzt sich auch 50 internationalen Experten zusammen, die aus zehn verschiedenen Ländern stammen, und dabei neun Disziplinen repräsentieren. Das JfGG (ISSN 1617-1799) wird nicht nur von der Wissenschaftsgemeinde gelesen, sondern auch von Parlamentsmitgliedern, Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft und Personen, die ein generelles Interesse an generationenübergreifender Gerechtigkeit besitzen. Die Internetausgabe ist kostenlos, das Jahresabo der gedruckten Ausgabe kostet 25 Euro. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Mehr Informationen zum Abo finden Sie auf der letzten Seite. Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei

korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplars an die SRzG ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle weiteren Rechte vorbehalten.



Jugend für Europa förderte den Freiwilligendienst von Hannah Taylor-Kensell und Dan Sylvain.

Das Symposium „Easing the Rush hour of Life“ wurde gefördert durch:



Robert Bosch Stiftung

HANIEL STIFTUNG



Mitglied werden!

Einfach ausfüllen und in die Post
oder an Fax-Nr. (0 61 71) 95 25 66

**SRzG - Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen**

Postfach 5115
61422 Oberursel

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, PVSt., DPAG, Entgelt bezahlt, D 54906

Antrag auf Fördermitgliedschaft

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Stadt _____

Telefon _____ Fax _____

E-mail _____ Geburtsdatum _____

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Theorie der Generationengerechtigkeit | <input type="checkbox"/> Arbeitswelt |
| <input type="checkbox"/> Generationengerechtigkeit in der Verfassung | <input type="checkbox"/> Bildung |
| <input type="checkbox"/> Ökologie | <input type="checkbox"/> Kinder- und Jugendlichenrechte |
| <input type="checkbox"/> Staatsverschuldung | <input type="checkbox"/> Unternehmen und Generationengerechtigkeit |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherung | <input type="checkbox"/> Demografie |

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV werden? _____

Wie haben Sie von der SRzG erfahren? _____

Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen, wobei allerdings für Unterdreißigjährige ein Mindestbeitrag von 25 Euro, und für Ältere von 50 Euro gilt. Bitte Einzugsermächtigung ausfüllen oder überweisen auf das Konto „SRzG, Kto.-Nr. 803955580, GLS Bank eG (BLZ 430 609 67)“

Ort und Datum

Unterschrift

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), meinen Förderbeitrag (Spende) in Höhe von _____ € jährlich bei Fälligkeit (im Dezember) zu Lasten meines/unseres (bei Gemeinschaftskonten) Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Konto-Nummer des Mitglieds _____ bei der (Name der Bank) _____

Bankleitzahl _____

Ort und Datum

Unterschrift

Weitere Informationen unter Tel.: 06171/ 982367, www.srzg.de, e-mail: kontakt@srzg.de. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!